

Abonnements-Bedingungen:
Monatspreis 1.10 Mk.
Wochenpreis 0.30 Mk.
Einzelnummer 5 Pf.

Vorwärts

Die Interfions-Gebühr
Betragt für die sechsgehaltene Kolonelle
oder deren Raum 40 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 27. Januar 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Fördernde Feinde.

Es ist bezeichnend, daß die bürgerlichen Parteien über die Aufgaben der Sozialreform niemals sprechen können, ohne das Thema zu verlassen und sich in den Kampf wider die Sozialdemokratie zu stürzen.
Sachlich ist dazu kein Anlaß, man könnte bei den einzelnen Forderungen bleiben und die Möglichkeiten ihrer Durchführung besprechen.

Schon der Centrums-Abgeordnete Erzberger ließ den national-liberalen Hehl ahnen, da er mit einigen aus allem Zusammenhang gerissenen Citaten sozialdemokratischer Schriftsteller den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu beschreiben meinte.
Ein Beispiel nur, wie die Centrumsleute sich vor peinlichen sozialdemokratischen Feststellungen und Fragen verhalten: Weil vor zehn Jahren einmal bayerische Sozialdemokraten unter den besondern Verhältnissen des einzelstaatlichen Parlaments für das Budget stimmen zu sollen gemeint haben, welche Meinung die Gesamtpartei alsbald korrigierte, darum glaubt Herr Erzberger, seine Partei sei der Rechenschaft überheben, daß sie gegenüber der sozialpolitischen Unfruchtbarkeit der Regierung ihre parlamentarische Macht in keiner Weise ernsthaft einsetzt.

Doch Herr Hehl zu Herrnsheim übertreibt den Centrumsredner an Sozialistenvernichtungsfähigkeit turnhoch.
Wie das Centrum macht zunächst der national-liberale Lebergewaltige von Worms natürlich in Sozialpolitik.
Er beschwört sich, daß das Centrum die Anträge aus seiner Mappe genommen habe und nun mit ihnen sich rühme und seiner Partei den Rang ablaufen wolle, wobei er nur vergißt, daß auch in seine Mappe die sozialpolitischen Anträge erst aus der Mappe derer gelangt sind, die sie zuerst unmittelbar aus dem Leben und den Räten der arbeitenden Klasse schöpfen, und daß seine Anträge auf diesem Wege eine hundertfache Verdünnung erfahren haben.

Doch Herr v. Hehl erkennt, daß die sozialpolitische Kosi, die er bietet, bei den Arbeitern nicht den Zweck erreicht, zu dem sie bestimmt ist, sie der Sozialdemokratie zu entfremden.
Darum, statt gründlicherer Sozialpolitik, unmittelbar dem Feinde auf den Leib!
Je weniger Sozialreform, um so hitziger gegen die Sozialdemokratie.

Ein Kröfus im Kapitalistenreich wie Herr v. Hehl hält sich natürlich zum Zweck der Sozialistenfische Bedienung.
Er kann nicht selbst Posten wälzen und die Wahrheit erforschen, er hat "seine Leute", wie er von "meinen Bauern" spricht, die auf seinen Gütern ihm Profite schaffen.
Es scheint jedoch, als sei sein Sekretär für das Fach der Sozialistenvernichtung ein galliger Spötter, der dem Herrn selbstsam selbstmörderisches Material zufließt.
Herr v. Hehl hielt fürchterlich Wutsturm mit der Sozialdemokratie, eine Thatsache stets niederschmetternder als die andre; nur die Sozialdemokratie wurde niemals getroffen und niedergeschmettert.
Es ist fabelhaft, was sich Herr v. Hehl alles über die Sozialdemokratie hat ausfinden lassen.
In bizarrerem Amterbunt reißt sich Schlager an Schlager: Es sei nichts mit der Margischen Weisheit von der Vereinnahmung der Proletarier aller Länder, weil - angeblich in Australien die Arbeiter, in Abwehr deutscher Lieberzollpolitik, Maßregeln zur Ausschließung deutscher Arbeit billigen.
Das Internationale Bureau der Sozialisten habe seine Tätigkeit bereits eingestellt, - aber gerade in den nächsten Tagen wird eine Zusammenkunft des in Hehlischer Phantasie verschollenen Bureau zur Vor-

bereitung des nächsten internationalen Arbeiterkongresses stattfinden.
Die amerikanischen Arbeiter wollen nichts von der Sozialdemokratie wissen, sie seien ausgezeichnete Gentlemen, dort herrschten "gesunde Verhältnisse", - während in den Vereinigten Staaten Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital stattfinden, deren Begleiterscheinungen deutsche Unternehmer und deutsche Nationalliberale zur Verhängung tollster Ausnahmungs- und Zuchtstrafgesetze veranlassen würden.
Auf dem Dresdener Parteitag sei kein Wort für Arbeiterinteressen gesprochen, - während die gesamte Betätigung der Sozialdemokratie nichts ist als Wirken für Arbeiterinteressen.
Die Sozialdemokratie wolle expropriieren, aber "seine Bauern" in seinem Wahlkreis wollten nicht expropriert werden, - während Herr v. Hehl selbst und seinesgleichen an der Aufgabe der Expropriierung mit vorzüglichstem Erfolg gearbeitet hat.
Die Sozialdemokratie habe die sozialpolitischen Gesetze abgelehnt, um Unzufriedenheit zu scharfen, - während die Sozialdemokratie diese Gesetze verurteilt hat, aber sie ablehnte, weil sie möglichen Forderungen des Nötigsten nicht entsprachen.
Die Sozialdemokratie habe gegen das Budgetgesetz gestimmt, - was nicht wahr ist.
In der Schweiz sei der Sozialdemokrat Ernst Finanzminister und könne keine Steuergesetzgebung fertig bringen, - während Ernst Regierungsrat in Zürich ist und seine Steuervorschläge von den Besitzenden vertworfen werden, weil sie gerechte Besteuerung erstrebten.
In Lyon habe die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung Steuern auf Miete und Reparaturen beschlossen, - während in Lyon eine sozialdemokratische Gemeindeverwaltung nicht existiert.
Die Sozialdemokraten suchen "womöglich erfolglose Streiks" herbeizuführen und haben die Niederlage in Crimmitschau gewollt, um für ihre Partei Vorteile zu haben, - während... doch es sei uns erspart, das Uebermaß der Spahmacheret, zu der den Herrscher von Worms der strotzende Sozialistenvernichtungssekretär beurteilte, ernsthaft zu erwidern.

So wird die Sozialdemokratie geistig vernichtet.
Den andern Typus verteilt Herr Gamp.

Der Geheim-Ober-Regierungsrat Gamp, einst im preussischen Handelsministerium tätig, machte dem Reichstag das intime Bekenntnis, daß er nicht so viel in Süßchen sah wie mancher Sozialdemokrat, daß er vielmehr den ganzen Tag in seinem Walde herumlaufe.
Das Waldbild hat aber in diesem Ordnungsgesetzler wenig friedliche Empfindungen erweckt.
Herr Gamp hat es sich im grünen Wald gelobt, der würdige Nachfolger seines großen Parteigenossen Stamm zu werden.

Herr Gamp kämpft nicht mit Sozialpolitik, nicht mit Citaten, nicht mit "Geist", sein Beruf ist scharf zu machen!

Herr Gamp erachtet die bisherige Sozialpolitik als zu weitgehend.
Ihm ist es ungeheuerlich, daß die Angestellten des Gastwirtsgewerbes 26 freie Tage im Jahre beanspruchen sollen und daß die Unternehmer wegen Uebertretungen der Arbeiterschutzbestimmungen - "keine Lumpereien" nannte er das in bedeutungsvoller Jüngentrung - schwer bestraft werden.
Herr Gamp ist erfreut, daß die Regierung "nicht überhaften" will, und Minister Möller ist des konfessionellen Schwurwortes wert gegenüber dem Angriff des national-liberalen Hehl.
Herr Gamp fordert die Regierung auf, mit Energie gegen die Sozialdemokratie einzuschreiten, denn der sozialdemokratische Terrorismus werde stets gefährlicher und das Königtum sei in Gefahr.
Herr Gamp sieht sorgenvoll in die Zukunft, denn die Sozialdemokratie sei nicht im Abflauen, sondern könne in 15 bis 20 Jahren die Majorität im Reichstage gewinnen.

Die Sozialdemokratie dankt dem freikonservativen Politiker für die trefflichen Aussichten, die er ihr eröffnet, und noch weit mehr für die unübertreffliche Arbeit, die er vollführt, um diese Aussichten zur Wirklichkeit werden zu lassen.
Die Spahmacher-Politik des Herrn Gamp hat gerade die Partei, der er angehört, von Wahl zu Wahl in ihrer Anhängerschaft vermindert und die Sozialdemokratie gefördert.
Wenn Herr Gamp und die Seinen, die zwar im Reichstage an Zahl nicht vorwalten, die aber in Preußen herrschen und im Lande den kapitalistischen Ton angeben, wenn sie 15 bis 20 Jahre weiter für uns wirken, so dürfte uns die Majorität schnell gesichert werden.
Dann soll Herr Gamp nicht mehr allein im Walde umherlaufen und wunderliche Grillen fangen, sondern viele Arbeitende, die er heute in der Ueberarbeit der Fabriken hält und von der Freude der Natur wie von aller Freude der Kultur aussperrt, werden mit ihm lustwandeln und still des abgehalften Spahmachers lächeln.

Vorläufig aber beherrscht der Spahmachergeist noch unser Land.
Der sächsische Bundesrats-Verollmächtigte Fischer bewies es neu, indem er noch einen Versuch unternahm, um die Haltung der Behörden im Crimmitschaulamp zu rechtfertigen.
Der neue Versuch brachte kein neues Material, sondern alte Ausflüchte, die nur wiederum das völlige Unverständnis der sächsischen Regierung in Angelegenheiten der Arbeiterklasse bekräftigen, die nur wiederum zeigen, daß diese Regierung unfähig ist, sich aus dem politischen System auch nur im mindesten zu erheben, das zur Erwitterung des gesamten sächsischen Volkes geführt hat und zugleich zur Eröberung ganz Sachsens durch die Sozialdemokratie.

In Crimmitschau und Sachsen wird seit jeher nach den Wünschen des Herrn Gamp regiert.
Die Erfolge sind so, wie Herr Gamp sie für das ganze Reich bestrachtet. -

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. Januar.

Der Abschluß der preussischen Etats-Debatte.

Am Abgeordnetenhaus brachte der dritte und letzte Tag der Etatsberatung in der Hauptsache ein Rededuell zwischen den national-liberalen Führern auf der einen, den konservativen und freikonservativen auf der andern Seite.
Die Rechte

stellte sich so, als ob sie darüber ärgerlich sei, daß in der national-liberalen Partei der liberale Gedanke in letzter Zeit mehr in den Vordergrund gerückt und der nationale zurückgedrängt ist.
Außerdem sind die Herren verstimmt, weil in einigen Landtags-Wahlkreisen, wo bisher die Freikonservativen mit den Nationalliberalen zusammengegangen waren, diese sich mit dem Freisinn verbündet haben.
Diese Bündnisse sind nur, wie Abg. von Eynern (natl.) ausplauderte, nicht etwa geschlossen, um die Reaktion zu schwächen und den Liberalismus zu stärken, sondern mehr aus persönlichen Gründen.
In Elberfeld z. B. ließ man den bekannnten Wahlrechtler Weyerbusch nur deshalb fallen, weil sich die Führer seiner Fraktion, die Herren v. Jedlich und Dr. Arendt dort unbeliebt gemacht haben.
Die Nationalliberalen haben also bei der letzten Landtagswahl lediglich Gefühlspolitik getrieben; es heißt ihnen zu hohe politische Einsicht beilegen, wenn man glauben wollte, daß sie im Ernst an die Stärkung des Liberalismus gedacht haben.
Rein die Nationalliberalen sind, was sie stets gewesen, Leute ohne jeden politischen Grundsatz, die zu allem, was die Regierung thut, Ja und Amen sagen.
Graf Witow fordert zum Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie auf; sofort jahren die Nationalliberalen Hurra und stimmen im Abgeordnetenhaus durch den Mund des Herrn Sattler in diese Parole ein; die Regierung predigt den Kampf gegen die Polen, und die Nationalliberalen betonen einer nach dem andern die Notwendigkeit dieses Kampfes.

Im übrigen ist dem Geplänkel der "staatserkhaltenden Parteien" eine ernste Bedeutung nicht beizulegen.
Unterbrochen wurde diese Komödie durch eine Rede des Abg. Dr. Porzsch (C.), der ein Volksschulunterrichtsgesetz, auch ohne Verbindung mit einem allgemeinen Volksschul-Gesetz und Unterstützung des katholischen Klerus in Oberschlesien forderte, sowie durch eine Jungfernerede des Polen Dr. v. Starzynski, der in etwas schärferem Tone als am Tage vorher sein Fraktionsgenosse Dr. v. Jazdzewski mit der Regierung ins Gericht ging.

Der Etat wurde, wie üblich, der Budgetkommission überwiesen, die am Donnerstag ihre Arbeiten beginnen soll.
Die nächste Plenarsitzung findet daher erst Freitag statt.
Auf der Tagesordnung steht neben kleineren Vorlagen auch die erste Lesung des Ausführungsgesetzes zum Reichs-Steuer-

Die Opfer der Kaserne.

Unter diesem Titel ist soeben im Verlage von G. Ditz u. Co. in München eine Broschüre erschienen, die unsern Genossen Rudolf Kräfte, früheren bayerischen Premierlieutenant, zum Verfasser hat.
Gerade in der gegenwärtigen Zeit, wo fast jeder Tag die Nachricht von bestialischen Soldatenmissethatungen in der deutschen Armee bringt, kommt das Schriftchen wie gerufen.
Wird doch auch hier wieder mit prägnanter Schärfe und zwingender Logik von einem militärischen Fachmann alles bestätigt, was schon seit jeher von der Sozialdemokratie über die Ursachen und Begleiterscheinungen der schrecklichen Soldatenmissethatungen gesagt worden ist.
Ja noch mehr: Rudolf Kräfte's Schrift läßt eine in ihrer ungestümmten Sachlichkeit geradezu vernichtend wirkende Kritik an den aus trüber vormärzlicher Zeit stammenden, teilweise direkt vernunftwidrigen Bestimmungen des Militär-Strafgesetzbuchs, durch das sich wie ein roter Faden als Leitmotiv der Gedanke hindurchzieht: Der Vorgesetzte ist ein Halbgott, der Untergebene ein Wurm.

An einer Reihe von Vorkommnissen aus dem Kasernenleben beleuchtet der Verfasser die empörend ungleiche Wirkung bei der Anwendung der Strafparagrafen gegen Untergebene und Vorgesetzte.
Auf der einen Seite drakonische Härte und despotische Strenge im Interesse der heiligen Disziplin, auf der andern Seite dagegen größtmögliche Nachsicht und denkbarste Milde zur Erhaltung der Autorität.
Welch furchtbare Perspektive eröffnet sich den Untergebenen bei den Bestimmungen über Trunkenheit im Dienst, thätliche Vergehens an Vorgesetzten, in den Aufreißparagrafen usw.
Im verhältnismäßig geringfügiger Vergehen willen werden dort kalten Blutes Existenzen vernichtet, junge hoffnungsfrohe Leben einfach ausgelöscht, während die brutalen Ausschreitungen roher Vorgesetzter meistens eine kaum nennenswerte Sühne finden.
Darum auch keine Ausnahme der Soldatenmissethatungen.
Treffend heißt es an einer Stelle: "Daher sind sich nachgerade alle ansändigen Leute einig, daß die Mißhandlung eines Soldaten durch einen Vorgesetzten eine erbärmliche Feigheit ist.
Die Herrschaften schlagen nur deswegen zu, weil sie wissen, daß der Soldat sich nicht wehren kann.
Sie würden sich sehr hüten, einen Soldaten anzurühren, wenn dieser von seiner Körperkraft Gebrauch machen dürfte, wie er wollte.
... Durch nichts wird die Disziplin schwerer geschädigt, als durch Mißhandlungen selbst.
Der Mann weiß ganz genau, daß der Offizier, der ihn schlägt, eine verbotene Handlung begeht.
Wie kann der Untergebene vor einem Vorgesetzten Respekt haben, der sich selbst Mißhandlungen zu Schulden kommen läßt?
Ferner werden Mißhandlungen durch Offiziere oft in einer geradezu bühnischen Weise ausgeführt.
Da sieht sich der Herr zuerst sorgfältig um, ob ihn niemand beobachtet, ob auch kein Vorgesetzter in der Nähe ist, und findet er die Luft rein, so schlägt er sein Opfer.
... Oder der Offizier wartet, bis die Wache auf den Zimmern, im Gergierhaus oder in der Reithalle ist und unternimmt dann hier seine feigen Vitalitäten."
Eine unerschöpfliche Quelle der Mißhandlungen bietet bekanntlich der militärische Drill, der aus dem Menschen gleichsam einen Maschinenmensch macht.
Nach einer drastischen Schilderung der Drillmethoden sagt der Verfasser: "Allerdings hat der Drill einen Vorteil.
Er ist

nämlich eine famose Eselsbrücke für unfähige Vorgesetzte. Ist ein Vorgesetzter, mag er nun Unteroffizier, Leutnant oder Hauptmann sein, nicht im Stande, seine Soldaten zu guten Feldsoldaten auszubilden, so verlegt er sich auf den Drill, wozu kein Verstand, sondern nur eine gehörige Portion Grobheit und eine feste Stimme gehört, die nicht leicht verlagert. Das Durchprügeln von Rekruten durch „alte Leute“ bezeichnet er als die verächtlichste Gemeinheit, die sich denken lässt, denn „weil ein solcher Offizier so feig ist, die möglichen Monstrositäten einer Mißhandlung selbst auf sich zu nehmen, hegt er die Untergebenen ins Feuer. Einem solchen Vorgesetzten die Gpauleten vor der Front heruntergerissen und vor die Füße geworfen.“

Weiter zeigt der Verfasser, wie wenig ernst es wohl den Kriegeministern und den übrigen Offizieren, wie auch — außer der Socialdemokratie — den politischen Parteien und deren Presse mit der Befestigung der Soldatenmishandlungen ist, weil diese an dem ganzen kulturellen Militärwesen nicht rütteln wollen. Daher auch keine Änderungen des Militär-Strafgesetzbuches sowie des zur lächerlichen Farce gewordenen „Vescherberrechts“ der Soldaten. Als die unumgänglich notwendige Verbesserung in dieser Hinsicht fordert er unter andern das Recht, sich über Mißhandlungen sofort beschweren zu können, und das passive Widerstandsrecht dergestalt, daß als übliches Vergreifen an einem Vorgesetzten der Verweis, Mißhandlungen abzuwehren, nicht anzusehen ist.

Schließlich enthält das Werkchen noch eine Anzahl militärgerichtlicher Urteile der letzten Zeit, die nicht verfehlen werden, jeden Leser seine eignen Vergleiche über die Gerechtigkeit des Militär-Strafsystems anstellen zu lassen. Auch in dieser Beziehung wird sich die Schrift erweisen als was sie der Verfasser bezeichnet — als eine Anklageschrift gegen den Militarismus. —

„Südwestafrikanische Greuel.“

Da offiziöse Mitteilungen aus dem Herero-Lande heute böslich ausgeblieben sind, kommt unsrer Ahasi-Presse eine Meldung der „Daily Mail“ gerade recht, um Stimmung für einen südwestafrikanischen Kreuzzug nach ostafrikanischen Küsten zu machen. In der Scherl-Presse lesen wir deshalb:

„Vom Herero-Kriege werden heute aus englischer Quelle Nachrichten verbreitet, die alle bisherigen Unglücksdepeschen übertreffen, Grausen und Entsetzen hervorrufen. Ein eigner Londoner Drahtbericht übermittelt uns das Folgende:

London, 26. Januar. Im Herero-Aufstande meldet ein Kapstädter Telegramm der „Daily Mail“, nach mäßigen Schätzungen seien die aufständischen Stämme etwa 15 000 Mann stark, die in der Mehrzahl schlecht bewaffnet seien. Aus allen Teilen des Landes träfen Meldungen über furchtbare von den Hereros verübte Grausamkeiten ein. Die deutschen Truppen, die kürzlich Keetmanshoop verließen, wurden von den Hereros umzingelt, überwältigt und gefangen genommen. Die Gefangenen wurden ausförmlich Martern unterworfen und dann lebendig verbrannt. Den Offizieren wurden die Glieder abgeschnitten und die Augen mit dem Daumen ausgequetscht, dann liegen die Hereros sie sterbend auf dem Felde liegen. Hendrik Witbooi bleibt treu. Es seien Verhandlungen im Gange, um den deutschen Truppen die Landung in Port Nolloth zu gestatten. Selbst in optimistisch gestimmten Kreisen befürchtet man einen länger dauernden schwierigen Feldzug.“

Die „Daily Mail“ ist bekanntlich das Sensationsblatt, das seiner Zeit die haarsträubenden Geschichten von der Ermordung der Bekinger Gefandtschaft verbreitete. Das Blatt listete seinen gewöhnlichen Lesern dabei die schauerlichsten Einzelheiten auf; wie die Frauen vergewaltigt wurden und wie die Europäer nach der Erfüllung der Gefandtschaften zum Teil selbst ihre Angehörigen erschossen, um sie vor den Bestialitäten der „Boxer“ zu schützen. Und diesem Blatte entnimmt man jetzt gläubig die Schauererzählungen, von denen man in der Kapfsonie ja gar nichts wissen kann, da das Herero-Gebiet viele hundert Kilometer weit von der Grenze entfernt liegt.

Die „Daily Mail“-Meldungen aus Ostasien belächelt man skeptisch, aber die Schauererzählungen aus Südwestafrika verbreitet man ohne die geringsten Skrupel; dient sie doch dazu, das Kriegesieber zu steigern und den deutschen Speiseger gegen die Hereros aufzubringen. —

Ostasien.

Aus Port Arthur laubt der dortige Korrespondent des „New York Herald“ (Pariser Ausgabe): „Blanco, der diplomatische Agent des Statthalters Admiral Alexejew, äußerte in einer Unterredung mit mir, die Japaner seien verrückt geworden und wollten Korea einnehmen, während sie gleichzeitig die Verantwortlichkeit vor der Welt auf Japan zuschieben möchten. Die Japaner, so erklärte er, möchten Rußland durch ihr merkwürdiges Benehmen in Korea veranlassen, den ersten Schuß abzugeben, aber Rußland wird das nicht thun. Auf die Frage, was Rußland thun würde, falls Japan Wafampko besetzt, antwortete er, in einem solchen Falle würde Rußland vielleicht Krieg aufgeben. Am Montag sollte eine zweite Feldbatterie von acht Geschützen und das zehnte sibirische Regiment nach dem Jalu abgehen. Diese Streitkräfte dürften Wiju besetzen und den Jalu zu einem russischen Fluß machen, um die Mandchurerei vor einer japanischen Invasion zu schützen.“ —

Deutsches Reich.

Der Kolonialdirektor Stübel hat, wie die „Vossische Zeitung“ berichtet, seine Entlassung eingereicht. Die Folge der in den Etat eingeschmuggelten, von der Budgetkommission einstimmig gestrichelten „Kolonialwaren“ bei der deutschen Votschaft in Paris und London. Verantwortlich für die Täuschung des Reichstags ist übrigens lediglich der Reichskanzler. Es wird niemand glauben, daß Herr Stübel ohne Wissen des verantwortlichen Chefs jene Aktion unternommen hat. Herr Stübel spielt also lediglich die Rolle des Sündenbocks! —

„Wir haben zu befehlen!“

Der preussische Polizeiminister hat seine Auffassung von der Polenpolitik in den verlassungsbrüchigen Satz zusammengefaßt: „Wir haben zu befehlen, Sie haben zu gehorchen!“ Diese Politik der absoluten Herrergewalt führt zu Eingriffen in die persönlichen Freiheiten der polnischen Staatsbürger, die ganz unglücklich klingen. Aus Posen wird uns als Neuestes vom Kriegsschauplatz der Germanisation gemeldet:

Der Präsident des Ober-Landesgerichts in Posen berief dieser Tage sämtliche Gerichtsbeamte, Richter und Gerichtsschreiber z. polnischer Nationalität zu sich, um sie von einer Ministerialverfügung in Kenntnis zu setzen, in der ihnen befohlen wird, ihre etwaige Mitgliedschaft an polnischen Banken aufzukündigen und

nicht nur die auf ihren Namen, sondern auch die etwa auf den Namen ihrer Frau oder Kinder gemachten Einlagen zurückzugeben.

Jetzt befehlt also die Behörde schon, wo Beamte ihre Gelder anlegen; so wird am Ende morgen befohlen, daß die Beamten polnischer Herkunft ihre Ersparnisse bei der halaisischen Landbank anzulegen haben. —

Vom Centrum-Judez.

Die regierende Partei des Deutschen Reiches erhebt jetzt den Anspruch, daß ihr kirchliches Judentum, das so ziemlich alle Klassen der Kunst und des Gedankens verbietet, mit Staatsgewalt ausgeführt wird.

Die Centrumsnummer des „Simplicissimus“ ist diesen erlogekrönten Bemühungen zum Opfer gefallen. Sie ist der Inquisition überantwortet worden, deren Funktionen Polizei, Staatsanwalt und Gericht übernommen haben.

Auch bei dieser Gelegenheit beweist das Centrum, daß es dort, wo es in der Macht ist, jedes Recht skrupellos zerreißt. In der bayrischen Kammer hat es am Montag und Dienstag, nach dem Vorgang bei dem Zollkampf, ohne jedes Bedenken die Geschäftsordnung und das parlamentarische Recht über den Haufen geworfen. Unser Genosse Segitz wollte in dem bayrischen Abgeordnetenhanse Stellen aus der konfiszirten Nummer verlesen, um zu zeigen, daß von einem Vergehen gegen die Religion keine Rede sein könne. Darauf entstand, wie schon kurz telegraphisch gemeldet, am Montag folgende Scene:

Vizepräsident v. Leistner fordert den Redner auf, wenn die Verlesung nicht zur Beweiskämpfung notwendig ist, davon abzusehen.

Abg. Segitz (Soc.): Ich halte es für notwendig, den Artikel zu verlesen, weil nur dadurch die Möglichkeit geboten ist, zu beurteilen, ob die Beschlagnahme berechtigt war oder nicht.

Vizepräsident v. Leistner: Ich habe keineswegs ein Verbot ergehen lassen, sondern ich habe dem Redner bloß nahegelegt, ob er nicht auch so seine Meinung äußern könnte.

Abg. Segitz verliest den Artikel, wird dabei aber durch den Abg. Dr. v. Daller (C.) unterbrochen, der sich zur Geschäftsordnung zum Worte meldet.

Es entspinnt sich eine 1/2 stündige Geschäftsordnungs-Debatte darüber, ob die Verlesung des Artikels aus der beschlaggenommenen Nummer zulässig ist. Diese Frage wird von den Abgg. Dr. v. Daller (C.), Verus (C.) und Geiger-München (C.) verneint, dagegen von den Abgg. Wagner-Kempten (lib.), Dr. Casselmann (lib.), Ehrhart-Speyer (Soc.), sowie vom Vizepräsidenten von Leistner bejaht.

Gegen Ende der Debatte ersieht Präsident Dr. v. Orteler im Saal und erklärt die Verlesung für unzulässig.

Auf Antrag des Abg. Segitz (Soc.) wird die Entscheidung des Hauses angerufen. Es stimmt das sehr schwach vertretene Centrum für, alle übrigen Parteien gegen die Meinung des Präsidenten. Das Bureau ist zweifelhaft, auf welcher Seite sich die Mehrheit befindet. Deshalb kommt es zu einer namentlichen Abstimmung. Diese ergibt die Anwesenheit von 73 Abgeordneten, von denen 38 (Centrum) für, 45 (alle übrigen Fraktionen) gegen den Präsidenten stimmen. Da nicht die Mehrheit der Abgeordneten anwesend ist, so gilt die Abstimmung nicht. Das Haus ist beschlußunfähig und eine weitere Beratung nicht möglich.

Am Dienstag versuchte der Centrumspräsident v. Orteler zunächst, die Entscheidung zu verhindern. Es gelang ihm aber nicht. Die Abstimmung über die Zulässigkeit der Verlesung wurde sofort vorgenommen und mit den 67 liberalen Stimmen gegen 83 Socialdemokraten und Liberalen verneint. Es gelang übrigens unserem Genossen Segitz dennoch, die Verlesung durch stückweise Aufnahme in seine Rede zum großen Teil durchzuführen.

Es ist ganz selbstverständlich, daß die inkriminierten Artikel des „Simplicissimus“ zur Kenntnis des Hauses gebracht und folglich verlesen werden mußten, wenn sich die Kammer ein Urteil über die Berechtigung der Konfiskation bilden wollte. Dennoch hat das Centrum seine Mehrheit mißbraucht um das unbestreitbare parlamentarische Recht zu vernichten. Andererseits beweist das Vorgehen, welche Heidenangst die Schwarzor von den Wahrheiten des Wirklichen haben.

Im Reichsland stellt sich die Regierung gleichfalls in den Dienst der Centrums-Inquisition. Die Aufführung des Schauspiels „Kapellenberg“ von Robert Thomalla in Colmar (Elsch) wurde von der Regierung verboten, und zwar, wie dem „Berliner Tageblatt“ berichtet wird, infolge der Centrumsagitation. Anfangs war die Aufführung von der Zensur erlaubt worden. Das Centrum hat also in diesem Fall erreicht, daß sein Inquisitionsgericht vom Staate anerkannt wurde. Geht das so weiter, so wird der katholische Index staatliche Gehehskraft erhalten.

Das nationale Schwein. Unsere Junker übertragen bekanntlich die ihnen angeborne nationale Bestimmung auf das von ihnen produzierte Vieh. Nationale Schweine und Cäsen zeichnen sich danach durch alle denkbaren Vollkommenheiten aus, während das ausländische Vieh mit allen erbfeindlichen Lasten behaftet ist, als das es die agrarische Menschenfreundlichkeit gänzlich aus unsrem Vaterland ausschließen möchte.

Diese Metaphysik vom nationalen Vieh erfährt jetzt eine bedeutende Erweiterung und Vertiefung. Das nationale Vieh hat nämlich auch Abfaltungen in seiner nationalen Qualität. Nicht jedes im Inland erzeugte Rindvieh ist im Vollbesitz seiner nationalen Bestimmung. Jast scheint es, daß es auch innere Feinde im Reiche des Rindviehs giebt, in Inland geborene, aber leider vaterlandslos gestimmte Tiere. Der nationale Patriotismus hebt den Begriff des nationalen Viehes auf und schafft Rangstufen der nationalen Viehtugenden.

In Münchener Blättern finden wir folgendes Inserat: An das verehrliche Publikum!

Betreff: Fischiges Schweinefleisch.

Die ergebenst unterfertigten Korporationen erlauben sich dem sehr verehrlichen Publikum zur gefl. Kenntnissnahme zu bringen, daß durch die Zufuhr von norddeutschen Schweinen an den heiligen Schloß-Viehhof Schweine mit fischigem Geschmack im Fleische hierhergebracht wurden.

Ein Erkennen solcher Tiere im lebenden Zustande sowohl wie im toten ist für den Metzger, Schweine Metzger und Wirt, ebenso wie für den Händler beim Einkauf unmöglich, da sich diese Tiere von den übrigen durch nichts unterscheiden, und sind auch die Einkaufspreise genau dieselben wie für alle anderen Schweine.

Kam ist es leider mehrmals vorgekommen, daß Metzger, Schweine Metzger und Wirte trotz der Abfaltung, nur beste Schweine zu kaufen, solche Tiere erließen und dadurch beim Verkaufe in ihren Geschäften von den Kunden große Verdrießlichkeiten hatten.

Aus diesem Anlasse erlauben wir uns das verehrliche Publikum dahin aufzuklären, daß die betreffenden Metzger, Schweine Metzger und Wirte völlig schuldlos sind an der Verabreichung solchen fleischigen und möge deshalb das verehrliche Publikum seinen bisherigen Lieferanten die Kundenschaft nicht entziehen.

Die ergebenst unterfertigten: Verein der Münchener Viehkommissionäre und Händler, Gewerbeverein der Galtwirte Münchens, Innung der Alt- und Jung-Metzgermeister Münchens, Schweine Metzger- und Wirtsmacher-Innung, Vereinigung der Gastwirte Münchens und Umgebung.

Es steht nunmehr fest, daß die norddeutschen Schweine hinsichtlich ihrer nationalen Tugend nicht einwandfrei sind, sie sind

— offenbar wegen der Nachbarschaft des Meeres fischig — dahingegen bewährt sich das bayrische Schwein als das nationale Schwein, und der süddeutsche Schlachtruf lautet: „Nieder mit den fischigen Schweinen!“

Unser ostelbischen Agrarier aber werden nur mit Jern und Sämer für die nationale Ehrenhaftigkeit ihrer Schweine gegen die bayrischen Verbädigungen bis zum letzten Plutostropfen kämpfen müssen, behandeln die Bayern doch ihre Schweine, wie sie selbst die jenseits der Reichsgrenzen erstandenen Schweine zu bewerten lieben. —

Zwei Centrumsblätter über Crimmitschau. Der Ausgang des Kampfes in Crimmitschau giebt dem größten Teil der Centrumsprelle wieder Anlaß, ihrem wütenden Haß gegen die Socialdemokratie Ausdruck zu verleihen. Mit an der Spitze steht der hadernde „Volkstreue“. Er behauptet in seiner Nummer vom 24. Januar: „Durch die in Crimmitschau beobachtete „Geschicklichkeit“ und „Taktik“ hat die Socialdemokratie der Unternehmerschaft zu einem blühigen Triumph verholfen.“

Der Zufall will es, daß ein andres Centrumsblatt, die „Süddeutsche Arbeiter-Zeitung“, das Verbandsorgan der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands, am selben Tage mit den nämlichen Worten genau das Gegenteil dessen schreibt, was das hadernde Centrumsblatt läßt. Die „Westl. Arbeiter-Zeitung“ schreibt: „In Wirklichkeit hat man der Socialdemokratie einen blühigen Triumph bereitet wie selten vorher. Die Socialdemokratie hat den Nachkampf, den die Unternehmern anbieten, aufgenommen und die Gelegenheit wahrgenommen, der Arbeiterchaft an einem angelegentlichsten Beispiele zu zeigen, wie in der heutigen Gesellschaft Regierung, Unternehmung und Kapitalisten sich verbinden, um ihre einfaches menschlichen Forderungen zu unterdrücken. ... Auf Jahre hinaus wird der Streik von Crimmitschau ein durchschlagender Agitationsstoff für die Socialdemokratie sein.“

An einer andren Stelle schreibt die „Westl. Arbeiter-Ztg.“: „Sind die Forderungen, dank der Einsichtslosigkeit und der überlegenen Machtstellung des Crimmitschauer Unternehmertums, nicht durchgedrungen, so kann von einer Niederlage nichtsdestoweniger keine Rede sein.“ —

Veteranenlos. Der Kreuznacher „General-Anzeiger“ berichtet, daß seit dem 14. Januar der Einwohner Mathias Spengler aus Ravensberg (Regel Frier), ein Veteran von 1800 und 1870/71, vermißt wurde. Wie das Blatt schreibt, war Spengler „wegen seiner Treue und Ehrlichkeit überall gern gesehen“. Als Veteran bezog er eine Unterstützung von zehn Mark monatlich. Er war ganz arm, hatte eine große Familie, und er mußte, wenn es keine Arbeit gab, manchmal betteln gehen, um sein und der Seinigen Leben zu fristen. Vor etwa vierzehn Tagen mußte er wegen Bettelns fünf Tage (!!) Haft verbüßen. Am 14. Januar wurde er aus dem Gefängnis in Kirchberg entlassen, traf aber bei seinen Angehörigen in Ravensberg nicht ein. Am 18. machte sich ein Teil der Einwohner auf die Suche; und in der Nähe der Seidenburger Mühle fand man seine Leiche im Bach. — Der „General-Anzeiger“ meint, Spengler sei „ausgehend“ beim Ueberpringen des Baches verunglückt; der Arbeiterverein habe in ihm eines seiner eifrigsten Mitglieder verloren.

Daß der Veteran verunglückt sei, ist lediglich eine Behauptung des „General-Anzeigers“, vielleicht erfunden, um der Familie des Toten willen, vielleicht auch, um die ihm ein kirchliches Begräbniß zu sichern. Das Blatt schreibt ja, daß Spengler „ausgehend“ verunglückt sei. Nichts in der Notiz spricht dafür, daß es sich um eine Verunglückung handle; alles an der Schilderung deutet auf einen Selbstmord hin. Der Mann hat offenbar, unsrer göttlichen Weltordnung im allgemeinen und der preussisch-deutschen Herrschaft im besonderen überdrüssig, sein Veteranen- und Bettlerdasein von sich geworfen. Was blieb ihm anders übrig? Sollte er weiter darben und betteln? Das nächste Mal hätte ihn die preussische Gerechtigkeit noch härter getroffen. Es ist unglücklich, daß man einen braven, alten Mann, der aus Hunger und Not, aus Sorge um seine Familie, seine Mitmenschen um eine Gabe bittet, fünf Tage ins Gefängnis wirft. Der Mann hat in zwei Kriegen sein Leben aufs Spiel gesetzt für das Vaterland. Und wie dankt ihm dies Vaterland! Es läßt ihm die Wahl zwischen dem Verhungern und dem Selbstmord! —

Soldatenmishandlungen in 114 Fällen brachten den Gefreiten und Kapitulanten Kable von der 6. Compagnie des Infanterieregiments Nr. 155 in Ostrowo auf die Anklagebank. Die Verhandlung fand heute vor dem Kriegsgericht in Posen statt. Der Angeklagte ist in einer Unteroffizierschule „ausgebildet“ und erst seit dem 1. Oktober v. J. bei Regiment. Er hat im November und Dezember die ihm zur Ausbildung zugewiesenen Rekruten dienstlich und anherdienstlich aufs schwerste mißhandelt. Zu den Mißhandlungen benutzte er seine Faust, sein Seitengewehr und einen Klappschellenstiel. Den Kadettler Dehmel hat der Angeklagte so übel zugerichtet, daß Dehmel am ganzen Körper braun und blau war und ins Garnison-lazarett geschafft werden mußte. Einen Rekruten hat er so lange an der Nase gerissen, bis diese blutete. Andre Rekrutiere hat er geohrfeigt, ihnen mit der Faust Zähne angeschlossen oder sie mit dem Kopf gegen die Spinde gestoßen. Dem Umstande allein, daß die Mißhandlungen sehr bald zur Kenntnis der Anklagebehörde kamen, ist es wohl zu danken, daß dieses Scheusal von Soldaten-erzähler nicht noch Weidenbach aus dem Felde schlug. Democh nahm das Gericht von den 114 in der Anklage aufgeführten Fällen 111 als erwiesen an, deren sich der Angeklagte in der gleichschrweise nicht zu langen Zeit seiner „Wirksamkeit“ schuldig gemacht habe. Er erkannte nach dem Antrage des Anklagevertreters auf ein Jahr Gefängnis. —

Zur Kolonialpolitik.

Die Kritik, die einige Parteiblätter an der Stimmhaltung der Fraktion gelegentlich der Beratung des Kolonial-Etats für den südwestafrikanischen Aufstand übten, macht es wünschenswert, die bezüglichen Äußerungen Nebels nach dem stenographischen Bericht wiederzugeben, denn der Parlamentsbericht des „Vorwärts“ enthält Ungenauigkeiten.

Nachdem Nebel ausgeführt, daß er bisher sich vergeblich bemüht habe, Aufklärung über die eigentlichen Ursachen des Aufstandes zu erhalten, fuhr er wörtlich fort:

Meine Herren, wenn wir die Gründe des Aufstandes genau kennen und annehmen müßten, wie wir jetzt glauben annehmen zu können, daß die Schuld an diesem Aufstand ausschließlich auf deutscher Seite beziehentlich auf Seite des Regimes lastet, das in Südwest-Afrika besetzt, so würden wir von vorn herein gegen eine Bewilligung dieses Etats stimmen.

Nachdem wir uns aber über die Ursachen, welche diesen Aufstand herbeigeführt haben, bis auf diesen Augenblick noch im Unklaren befinden, sind wir zu dem Entschluß gekommen, bis auf weiteres dieser Forderung gegenüber uns der Abstimmung zu enthalten. Meine Herren, wir begreifen, daß Sie, die Sie die deutsche Kolonialpolitik bisher unterstützt haben, auch die volle Verantwortung für die Zustände, wie sie in unsren Kolonien bestehen, mitzutragen haben, und daß Sie, nachdem jetzt dieser Aufstand ausgebrochen ist, die selbstverständliche Verpflichtung besitzen, Jboreits alles anzubieten, um ihn so rasch als möglich zu Ende zu bringen und die Kolonisten, welche im Vertrauen auf Ihre Zusagen und Versprechungen sich dort niedergelassen haben, nach Möglichkeit zu retten. Damit aber nicht der Anschein erweckt wird, als wollten wir dem entgegnetreten, sind wir unsrerseits übereingekommen, uns in diesem Falle der Abstimmung zu enthalten. Ich bemerke aber ausdrücklich, daß dies in gar keiner Weise unsre Stellung zu der Kolonialpolitik irritiert, die wir nach wie vor als nach jeder Richtung hin als unheilvoll betrachten müssen.

Aus diesen Worten geht zweierlei hervor. Erstens, daß die Fraktion keinen Anstand nehmen wird, in dritter Lesung gegen den Wahlrechts-Gesetz zu stimmen, falls bis dahin über die Säubung des in Süddeutschland herrschenden Systems an dem Aufstände kein Zweifel mehr besteht, und zweitens, daß die Verfassung, die Fraktion habe ihre Stellung gegenüber der Kolonialpolitik geändert, eine grundsätzliche ist.

Eine formale Frage. Unser Leipziger Bruderorgan beschäftigt sich mit unsrer gegen Herrn v. Gerlach gerichteten Notiz: „Unverbesserlich“ in der wir die Ministerentscheidungen dieses unentwegten Optimisten auf eine Revision der sozialdemokratischen Stellungnahme zur Kolonialpolitik zurückweisen. Auch die „Leipziger Volks-Ztg.“ vermag, genau wie wir, in der Stimmenthaltung kein Anzeichen revisionistischer Gesinnung zu entdecken, da sie, ganz unsrer Auffassung entsprechend, in der Stimmenthaltung ganz und gar keine Vorübung zum Ja-Sagen erblickt.

Wohl aber findet unser Leipziger Bruderorgan die Form anständig, in der der „Vorwärts“ Herrn v. Gerlachs Ministermaximen entgegengetreten ist. Es findet nämlich die Parallele mit Bebel's und Liebknecht's Abstimmung im Jahre 1870 unpassend. Die beiden Genossen hätten damals mit ihrer Stimmenthaltung keinen Prinzipienverstoß begangen. Denn dem heimischen Boden gegen einen feindlichen Angriff zu verteidigen, verstoße keineswegs gegen ein sozialdemokratisches Prinzip. Da freilich der französische Angriff durch die Bismarck'sche Politik provoziert worden sei, hätten unsre Genossen Stimmenthaltung für geboten erachtet müssen.

Im Falle des Hetero-Kredits habe aber die Sache anders gelegen. Hier habe es sich nicht um die Verteidigung des heimischen Bodens gegen einen feindlichen Angriff gehandelt. Die Kolonialpolitik sei vom Standpunkte der Sozialdemokratie prinzipiell zu negieren — folglich — habe der Kredit abgelehnt werden müssen!

Selbstamerweise zieht die „V. Z.“ diese Konsequenz nicht. Sie begnügt sich vielmehr damit, zu betonen, daß ja Bebel selbst in seiner Begründung jedes Kompromiß an die Kolonialpolitik als solche für ausgeschlossen erklärt habe. Je nun, ganz das Gleiche haben auch wir gethan. Nachdem wir diese Bebel'sche Erklärung in Fettdruck ins Feld geführt hätten, wiesen wir zum Ueberflusse noch auf die Abstimmung von Anno 1870 hin. Der Vergleich mag ja gehintert haben, aber er traf unsre Erwähnung in der Hauptsache doch zu. Denn prinzipiell sind wir ja schließlich auch gegen den Krieg, in dem wir nur egoistische Aktionen der herrschenden Klasse erblicken. Das Proletariat spielt weltpolitisch vorläufig eine passive Rolle, es hat auf die Entscheidung der Geschichte keinen Einfluß. Es wird deshalb in der Regel auch bei Kriegen im Parlament eine neutrale Rolle beobachten, sofern es nicht gegen Annullation Protest zu erheben verpflichtet ist.

Prinzipiell sind wir auch Gegner der Kolonialpolitik. Prinzipiell gehen wir sicher den Heteros das Recht zu, ihr annuanciertes Land in jedem Augenblick zu verteidigen. Und trotzdem erklärte sich Bebel nicht gegen den Kredit, sondern für Neutralität, da es sich um den Schutz von gefährdeten Menschenleben handelte.

Wir räumen gern ein, daß man in dem vorliegenden konkreten Fall auch durch Ablehnung der Forderung den die Kolonialpolitik negierenden Standpunkt der Partei hätte zur Geltung bringen können — aber wir waren ganz der Meinung der „Leipziger Volkszeitung“: „Bon „Bewilligungen“ ist überhaupt nicht die Rede gewesen.“

Husland.

Eine Wahlreform in Ungarn.

Aus Budapest wird uns geschrieben: Inmitten des trostlosen Obstruktionskampfes, den die Marodeure des Parlaments noch immer nicht aufgeben wollen, obwohl sie vergeblich gefragt werden, wenn ihr „Kampf“ gilt, hat Graf Tisza Mittwoch für eine ernste Sache Zeit gefunden: für eine Enquete über die Reform des Wahlrechts. Wie engherzig die Wahlberechtigung in dem einer Parlaments-Herrschaft so völlig unterworfenen Ungarn ausgemessen ist, zeigt die Wahlerzahl: Der so selbstbewußt auftretende und den „Willen der Nation“ für sich in Anspruch nehmende Reichstag ist von nicht mehr als 1089942 Wählern erwählt. Und welche Tücken in diesem Wahlssystem eingeschlossen sind, zeigt schon ausreichend die Thatsache, daß mit Ausnahme der vom kroatischen Landtage entsendeten Abgeordneten (vierzig an der Zahl, die aber noch dem so symbolisch zusammengestellten kroatischen Landtag durchwegs verlässliche Magyaren sind) und einigen vereinzelt deutschen, rumänischen und slowakischen Abgeordneten (die aber zum Teil wegen „Aufreizung“ gegen die „ungarische“ Nation im Gefängnis sitzen) das ganze Abgeordnetenhaus magyarisch ist — obwohl der Magyarenstamm nur knapp die Hälfte der Bevölkerung Ungarns ausmacht. Eigentlich wird der Reichstag im gleichen Wahlrecht gewählt: was nicht hindert, daß die Zahl der Wähler eines Wahlbezirks zwischen 100 und 13000 schwankt, daß die Wahlberechtigung einmal bei 34 Kreuzern, einmal bei 48 1/2 Gulden anfängt — sie differiert von Bezirk zu Bezirk und ist für jede Erwerbsklasse verschieden. Das allermerkwürdigste bei dem ungarischen Wahlrecht ist allerdings die Europäer ganz unbegriffliche Thatsache, daß das Land eine indifferente Ordnung des Wählens gar nicht kennt, die ganze Form und Gestaltung des Wahlrechts der Willkür des herrschenden autonomen Organs ausgeliefert ist. Eine der erstaunlichsten Besonderlichkeiten ist zum Beispiel jene, daß es in Ungarn keine Wahlorte gibt. Die Wähler müssen aus den Dörfern und Gemeinden auf dem Punkt sich sammeln, den der Wahlleiter bestimmt und müssen überall das „Voter“ beziehen — auf freier Felde oft — das ihnen angewiesen wird. Ebenso komisch geht die Abstimmung vor sich: es werden ins Wahllokal immer abwechselnd zehn Wähler von der „einen“ Partei hineingelassen (der Kandidat muß vorher genannt werden), die ihre Stimme natürlich mündlich abgeben müssen, worauf dann wieder Wähler der „anderen“ Partei folgen. Auch Wahlzeiten gibt es nicht: Der Wahlleiter kann ebenso die Wahl nachmittags, wie abend beschließen, er kann sie aber auch die ganze Nacht durch dauern lassen, so haben Abstimmungen von Zweitausend Wählern oft schon 24 bis 30 (ununterbrochene) Stunden gedauert — eines der probatesten Mittel, um sibirische oppositionelle Wähler von der Abstimmung fernzuhalten. Daß ein solches Wahlssystem der Korruption Thür und Thor öffnet, ist selbstverständlich, und für die uneuropäische Art der ungarischen Gesetzgebung ist es ganz bezeichnend, daß es ihr nicht einfällt, die Quellen der Korruption — die öffentliche Abstimmung und die centralisierte Wahl — abzuschaffen, sondern daß sie sich ein umfangreiches Wahlgesetz (mit etwa 100 Paragraphen) gegen Wahlfälschungen gegeben hat, das natürlich das Papier nicht wert ist, auf dem es gedruckt ist.

Nach den Mitteilungen Tisza's soll sich die Reform des Wahlrechts auf folgende Punkte beziehen: Abstellung der Ungleichheiten des Censur und damit im Zusammenhang eine Herabsetzung des Censur, eine Abstellung der Ungleichheiten der Wahlbezirke und die Einführung der Abstimmung nach Gemeinden. An eine Abschaffung des Censur, an das allgemeine Wahlrecht, denkt die Regierung nicht, auch will sie den Arbeitern durch eine „Anleihe“ die Thür zum Parlament öffnen. Die „Selektion“ soll sich demnach vollziehen, daß nur die in der Großindustrie beschäftigten, eine bestimmte Zeit in demselben Betrieb thätigen — ein feiner Plan! — und ein gewisses Einkommen ausübenden Arbeiter wahlberechtigt werden. Die Gesetzgebung soll so rechtzeitig erfolgen, daß die nächsten Wahlen schon nach dem neuen Gesetz ausgeschrieben werden

können. Der Enquete war auch Grotzky Bolyanyi als Vertreter der Sozialdemokratie beigegeben; Rezoly vertrat die sogenannte „reorganisierte“ Partei, die nicht leben kann, aber anscheinend noch nicht gestorben ist.

Den helleren Köpfen ist es nicht unklar, daß die eigentümlichen Mängel des ungarischen Parlamentarismus, die in der „Obstruktion“ eines Duzend von zweideutigen und zum Teil auch persönlich bemakelten Abgeordneten hervortreten, nicht zum wenigsten eine Folge von Blulleere dieses Parlaments sind, das mit den breiten Massen, den werthätigen Massen des Volkes, keinen Zusammenhang besitzt, ein Produkt der „reinen“ Politik ist und daher der Gefahr der ernstlichsten Obstruktion ganz anders ausgesetzt, als ein Parlament, das wirklich ein Ausdruck der Volkskraft ist. Nur in einem solchen Parlament kann der politische Kampf aus Beweggründen des Sportes und der Rancune geführt werden — wie es jetzt im magyarischen Abgeordnetenhaus geschieht. Wie in Oesterreich, braucht auch in Ungarn die Wahlreform zuerst und zum Teil der Staat selbst.

England.

Eine Ministerkrise in Sicht? „Daily News“ schreiben, das Ergebnis der langen Beratungen, welche das Cabinet am Freitag und gestern abgehalten habe, sei, daß der Rücktritt des Ministers des Auswärtigen Marquis of Lansdowne, des Vizepräsidenten des Geheimen Rats Marquis of Londonderry und des Handelsministers Gerald Balfour bevorstehe. Diese Demissionen seien als Protest dagegen beabsichtigt, daß der Premierminister seine eigene Finanzpolitik durch die Chamberlains verdrängen lasse und die Anhänger Chamberlains bei der Kandidatur für das Parlament unterstütze. Wie das Blatt weiter erzählt, habe der König während seines letzten Besuches in Chatsworth dem Premierminister Balfour nachdrücklich seine Ansichten über Chamberlains Vorgehen ausgedrückt, besonders über dessen Tragweite für die Prärogativen der Krone.

Parlamentarisches.

In der Budgetkommission des Reichstags erbat am Dienstag zunächst vor dem Eintritt in die Tagesordnung der Direktor des Kolonialamtes eine Aenderung des Verhandlungsplanes: das Kolonialamt sei durch die Ereignisse in Südwestafrika in eine solche Lage von Arbeiten verwickelt worden, daß ihm eine Verschiebung der Beratung des Kolonialetats angenehm sei. Die Kommission willfahrte diesem Ersuchen.

Die Kommission setzte ihre Beratungen bei der Position für den Umbau der Bahnhofsanlagen in Reg fort. Der Referent, Abg. Bebel, hatte die Streichung von 800000 Mark gefordert, weil nach bedeutende Reste aus dem Vorjahre vorhanden sind. Nach einer sehr langen Debatte, bei der u. a. die Freiservativen und Konservativen der Minister Bubbe als Autorität in strategischen Dingen aufmarschieren ließen, nachdem sie bekanntlich im preussischen Abgeordnetenhaus bei der Kanalvorlage auf dieselbe Autorität geachtet haben, wurde der Antrag des Referenten abgelehnt und die Forderung in der Höhe der Regierungsvorlage bewilligt.

Bei der Forderung für den Bau einer Bahn von Angelingen über Bigh nach Reg wurde dagegen der Antrag des Referenten auf Streichung der halben Summe (750000 Mark) angenommen, weil auch hier noch fast die gesamte früher bewilligte Summe unverbraucht geblieben ist. Die Vertreter der Regierung erklärten diese Restierwirtschaft aus dem Umstände, daß ganz neue Pläne hätten ausgearbeitet und der eigentliche Bahnbau deshalb verzögert werden müssen.

Zu einer längeren Erörterung über elektrische Schnellbahnen regte eine Anfrage des Abg. Müller-Meinungen an. Minister Bubbe erklärte, daß die Angelegenheit fortdauernd Gegenstand ernstlicher Prüfung bei den Behörden sei; bis jetzt sei man aber noch nicht über das Stadium „äußerster“ Versuche hinausgelangt. Neben den elektrischen Schnellbahnen würden auch die andern Fragen des elektrischen Bahnbetriebes sorgsam studiert: auf der Strecke Niederhosenweide—Spindlersfeld habe man mit einem einphasigen Motor so günstige Erfolge erzielt, daß man dem Besuche des elektrischen Betriebes der Stadtbahn auf dieser Grundlage wahrscheinlich nabetreten werde. Zunächst werde er die Verbindungsbahn zwischen Hamburg und Altona elektrisch betreiben lassen.

Nachdem noch der Abg. Mayer die Frage des „Eisenbahnkrieges“ zwischen Preußen und den Reichs-Eisenbahnen einerseits, den süddeutschen Eisenbahnsystemen andererseits angeht, und darauf die schon bekannte, nur nicht überall geglaubte Erklärung des Ministers wieder einmal erhalten hatte, daß Preußens Eisenbahnen sich durchaus von solchen Konkurrenzmanövern fernhielten, unterbreitete der nationalliberale Abg. Leinenweber aus Pirmasens der Kommission eine Resolution, nach der der Reichstag den Kaiser auffordern sollte, den Ankauf der Halzbahnen durch das Reich und ihre Angliederung an das System der elsass-lothringischen Reichsbahnen in die Wege zu leiten. Aus geschäftsordnungsmäßigen Gründen konnte die Resolution bei den zur Beratung stehenden Positionen nicht behandelt werden und Herr Leinenweber wird seine Resolution beim Etat des Reichs-Eisenbahnamtes wieder einbringen.

Wahlprüfungs-Kommission. Wegen Behinderung des Referenten wird die Weiterprüfung der Wahl Drejsky (4. Marienwerder) zurückgestellt und in der Prüfung der Wahl des sozialdemokratischen Abg. Dr. Braun, Wahlkreis Lebus (4. Frankfurt a. O.) eingetreten. Bei der Hauptwahl kamen drei Kandidaten in Betracht, Dr. Braun (Soz.), Felsch (L.), Geheimrer Regierungsrat Schwabach (nat.). Es erhielten in der Hauptwahl Stimmen: Braun 12817, Felsch 8208, Schwabach 7025; in der Stichwahl: Braun 14625, Felsch 14204. Gegen die Wahl wurde Protest erhoben von der Partei des Kandidaten Schwabach. Dem Protest war ein im Januar 1903 ausgegebenes, von dem Regierungspräsidenten v. Windheim und einer Anzahl anderer Regierungsbeamten unterzeichnetes Flugblatt beigelegt und behauptet, durch die Unterzeichnung des Flugblattes seitens der Regierungsbeamten sei eine so große Beeinflussung der Wahl erzielt worden, daß der im Flugblatt empfohlene Kandidat Felsch in die Stichwahl gelangt sei. Ohne diese Beeinflussung wäre jedoch Schwabach in die Stichwahl gekommen, und da in einer eventuellen Stichwahl zwischen Braun und Schwabach vielleicht mehr Wähler der Partei Felsch für Schwabach gestimmt haben würden, als Schwabach'sche Wähler Felsch gewählt haben, wäre Braun nicht gewählt worden.

Die Kommission ging zuerst auf diese Protestangaben ein. Von keiner Seite wurde bestritten, daß durch die Unterzeichnung des Aufrufs für Felsch seitens der Regierungsbeamten eine amtliche Beeinflussung der Wahl vorliege. Dagegen wurde von sozialdemokratischer Seite eingewendet, ob für die Entscheidung über Gültigkeit oder Ungültigkeit einer Wahl der Zeitpunkt, in dem die Beeinflussung stattgefunden hat, in Betracht zu ziehen sei. Das betreffende Flugblatt sei im Januar verbreitet, also lange vor der Ausschreibung der Wahl erschienen. Von allen andern Rednern wurde jedoch die Wirkung der Beeinflussung auch in jenen, der Wahlausführung monatelang zurückliegenden Zeitpunkt betont und angenommen. Darauf beantragte der Referent, im Plenum zu beantragen, die Wahl für ungültig zu erklären; der Korreferent stellte den Antrag auf Gültigkeitserklärung. Letzterer Antrag wurde mit allen gegen die drei sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt; vor das Plenum kommt also der Antrag auf Ungültigkeitserklärung der Wahl des Abgeordneten Dr. Braun.

Dann trat die Kommission in eine Beratung ein, inwieweit Gegenproteste bei der Prüfung von Wahlen Berücksichtigung

werden sollen. Es überwog die Ansicht, daß nur Angaben eines Gegenprotestes Berücksichtigung finden sollen, die sich auf Angaben des wirklichen Wahlprotestes beziehen. Bei dem ersten zur Prüfung gelangenden Fall soll die Frage entschieden und dann im Bericht über den bezüglichen Fall die Entscheidung der Kommission niedergelegt werden. — Nächste Sitzung: Donnerstag.

Aus Industrie und Handel.

Reichsbankdiskont. In der gestern abgehaltenen Monatsitzung des Centralbankdiskonts der Reichsbank kam auch die Frage einer Ermäßigung des Reichsbankdiskonts zur Erörterung. Der Reichsbankpräsident erklärte, daß trotz des günstigen Verlaufes eines Herabsetzungen des Diskontsatzes ihm als nicht angebracht erscheine, einmal in Rücksicht auf die unklare politische Situation im fernem Osten, die den Ausbruch eines Krieges zwischen Rußland und Japan nicht ausschließt, sodann wegen des hohen Standes der ausländischen Wechselkurse; sei doch längst Gold aus dem freien Verkehr nach Holland abgeflossen. Dagegen wurde von anderer Seite geltend gemacht, daß infolge der zunehmenden Goldzufüsse von Indien nach England zu erwarten sei, daß der Londoner Privatdiskont sich ermäßigen und damit auch die jetzigen hohen englischen Wechselkurse fallen würden, eine Herabsetzung des deutschen Reichsbank-Diskontsatzes also doch wohl nicht als inopportun gelten könne. Die große Mehrheit des Centralbankdiskonts war jedoch mit der Beibehaltung des jetzigen Diskontsatzes einverstanden.

Aus der Geschichte des Eisenbahnbaues in Deutschland.

Benige nur, die heute Tag für Tag die Eisenbahn benutzen und ohne diese sich unser soziales Leben gar nicht vorzustellen vermögen, ahnen, aus welchen außerordentlich bescheidenen Anfängen sich in Deutschland das Eisenbahnwesen entwickelt und welche Mühen es gekostet hat, für die ersten Eisenbahnbauten die notwendigen Kapitalien zusammen zu bringen, sowie die von den Regierungen und Behörden anfangs fast überall erhobenen weiten Bedenken und Einwände zu überwinden. Die älteste in Deutschland errichtete Lokomotiv-Eisenbahn ist bekanntlich die am 1. Januar 1805 in ihr 70. Lebensjahr ein tretende Ludwigs-Bahn in Nürnberg, welche die Schwabersjähre Nürnberg und Regensburg miteinander verbindet. Aus Anlaß der geplanten Verstaatlichung dieser kann eine deutsche Meile langen Bahn, die in ihrer heutigen Verfassung fast mehr als Verlebensbedeutsam, denn als Mittel der Verkehrsverbesserung gelten muß, bringt der „Internationale Volkswirt“ einen Abriss der Gründungsgeschichte dieser Bahn, die fast wie eine Mär aus uralten Zeiten klingt.

Welche enorme Schwierigkeiten, schreibt das Blatt, die Nürnberg-Patrizier, die Plattner, Scharrer und Ley, Ende der zwanziger und anfangs der dreißiger Jahre zu überwinden hatten, ehe es ihnen vergönnt war, das Stephenson'sche Dampflok auf deutschem Boden dahingeleiten zu lassen, könnten wir uns kaum mehr vorstellen. Sowohl die Bahn von Stodion nach Darlington, als die ungleich größere und fühnere von Liverpool nach Manchester waren schon im Betrieb, und dennoch wurden die absonderlichsten und abergläubischsten Entwendungen gegen den Eisenbahnbetrieb vorgebracht. Doch das waren Schwierigkeiten, die man mit dem Verstand und mit mechanisch-physikalischen Kenntnissen beantworten konnte. Viel schwieriger war die Geldbeschaffungsfrage. Das Komitee rechnete in seinem Prospekt einen Nettogewinn von 12 1/2 Proz. pro Anno aus, und trotzdem bedurfte es dreier Monate, ehe das erforderliche Aktienkapital von 1320 Aktien a Einhundert Gulden gezeichnet wurde. Von den Zeichnern entfielen auf die damals schon reiche Handelsstadt Nürnberg 119, die zusammen 700 Stück (120000 M.) subskribierten, auf Färth 35 Teilnehmer mit 136 Aktien und 56 Teilnehmer mit 484 Aktien auf auswärtig.

Dabei hatte man die unangenehmsten Vorarbeiten gemacht. Es wurden monatelang die Fuhrknechte, Reiter und Wagen zwischen Färth und Nürnberg gezählt, die jährlichen Unterhaltungs- und Betriebskosten minutiös berechnet und auf 12800 Gulden fixiert, die jährliche Einnahme nach dem Mittel der bisheriger Frequenz (täglich 600 Personen a 6 Kreuzer und 300 Centner Waren a 4 Kreuzer) zu 29220 Gulden (50057 Mark) geschätzt und hieraus eine Rente von 16400 Gulden = 12 1/2 Proz. des Anlagekapitals berechnet.

Im Jahr 1834 griff wieder Entmutigung unter den Aktionären ein. Eine bayerische Autorität, der Oberbergamt Ritter v. Baader, bewies schlagend, daß an Stelle des versprochenen 12 1/2 prozentigen Dividenden ein reiner Verlust von 15 Proz. eintreten müße, und die Nürnberg-Patrizier wurde durch die Forderung Stephenson's erregt, der für seine Betriebsleiter und dessen Dolmetscher ein Honorar von 8000 Pfund verlangte. Mangel eines Expropriationsgesetzes ging die Grundablösung langsam voran. 1835 konnte man Nürnberg-Fürther Aktien mit 35 Proz. Disagio kaufen. Zum Glück konnte man einen billigen Betriebsleiter, einen bayerischen Ingenieur Paul Denis, engagieren. Anfangs Mai 1835 konnten die Bahnarbeiten selbst begonnen werden, und da diese beinahe ununterbrochen schönes trockenes Wetter begünstigte, so wurde der Bau mit den verschiedenen Gebäuden binnen acht Monaten vollendet und die Bahn am 7. Dezember dem Verkehr geöffnet.

Die standhaften Aktionäre wurden glänzend belohnt. Die Einnahmen aus dem Personenverkehr allein ergaben in den ersten dreizehn Monaten 63000 Gulden, die Aktien stiegen in raschem Lauf auf 500 Gulden (500 Proz.) — der Betrieb lief anfangsgemäß ein spärlicher. Von 1835 bis 1860 wurden Eisenbahn halber die Vormittagszüge mit animalischer Kraft und die Nachmittagszüge mit Wasserkraft betrieben. Bis 1847 war die Gesamtzahl der Pferde-fahrten (4945) größer als die der Dampf-fahrten (4398), erst von da an sank die Benutzung der Pferde, um im Jahre 1861 gänzlich in Wegfall zu kommen.

Als Kuriosum erwähnen wir ferner, daß der Personaletat noch im Jahre 1840 folgende Jahresgehälter nachweist: Der Direktor 1500 Gulden, der Inspektor 800 Gulden, die Kassierer in Färth und Nürnberg je 500 Gulden, dagegen der von Stephenson gefandte Lokomotivführer 1500 Gulden. Ob wohl noch einmal in deutschen Landen ein Lokomotivführer ein größeres Gehalt bekommen hat als sein Direktor?

Selbst hat die Ludwigs-Bahn gar manches erlebt, gute und trübe Zeiten. Ihre Blüthezeit hatte sie in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts; in 1850 standen die Aktien von 100 Gulden auf 900 Mark. Dam trat als Konkurrenz die Nürnberg-Fürther Straßenbahn auf, die zunächst einen Pferde-bahnbetrieb eröffnete, später aber diesen in einen elektrischen Betrieb umwandelte. Die Dividenden, die früher jahrelang über 30 Proz. betragen hatten, fielen 1901 auf 4 Proz., und stellten sich in den beiden letzten Jahren auf 5 Proz. Jetzt möchte Nürnberg, da die Bahngesellschaft wertvollen Immobilienbesitz hat und die Geleisungsanlagen den Verkehr auf der Nürnberg-Fürther Straße hindern, gern das „Wähle“ ankaufen, aber die Bahnverwaltung verlangt 3 Millionen Mark, und daß darauf die Stadt eingehen wird, erscheint recht fraglich.

Die Deutsche Trennhand-Gesellschaft, Berlin, versendet für das Jahr 1903 ihren Geschäftsbericht. Nach diesem beträgt der Nettogewinn 524414 M. (i. V. 494130 M.), der nach Abzug der Unkosten und Zinsen verfügbare Reingewinn 410517 M., woraus bei 125000 M. Reberweisung an die Sonderrücklage (wie i. V.) 295000 M. als 15proz. Dividende verteilt werden. Die Rücklagen erreichen die Höhe von 1 1/2 Millionen Mark, gleich 83 1/2 Proz. des Aktienkapitals.

Die Textilindustrie des Barmer Bezirks war nach dem Bericht der dortigen Handelskammer während des abgelaufenen Jahres im ganzen recht gut beschäftigt. Der Begehr in Barmer Besatz-artikeln aller Art war genügend und ging zeitweise selbst über die Herstellungsfähigkeit hinaus; letztere wurde leider durch den Mangel an Amstfelle, die nicht immer in den erforderlichen Mengen beschafft werden konnte, beschränkt. Was sonst noch ersichtend auf

Das Geschäft einwirkte, war die im Laufe des Jahres eingetretene Verteuerung der Kunstseide sowohl wie der wollenen und baumwollenen Garne. Der Verkaufspreis für Kunstseide beträgt zur Zeit etwa 50 Proz. gegen die Marktpreise. Nichtsdestoweniger schloß das Jahr befriedigend und auch mit nicht ungünstigen Ausblicken für das neue Jahr. Die Riemendreherei war während des ganzen Jahres genügend beschäftigt und die Wandweberei befand sich in der gleich günstigen Lage. Namentlich war der Bedarf in baumwollenen und kunstseidenen Spitzen ganz bedeutend, so daß einzelne Betriebe Nachtstunden zur Erledigung der Aufträge zu Hilfe nehmen mußten. Von hervorragender Bedeutung waren kunstseidenen Galons und Bandstulpspitzen sowie Herkuleslilien und Soutaches sowohl aus Kunstseide wie aus Baumwolle und Wolle. In Stapelartikeln, wie Wäschebündchen, Belourschuhborde, feinen und baumwollenen Wändern, war gute Beschäftigung vorhanden, doch ließen die Preise viel zu wünschen übrig. In den günstig beschäftigten Industriezweigen zählten auch die mechanischen Webereien für Stützwaren, die namentlich im ersten und letzten Jahresviertel sich einer sehr lebhaften Tätigkeit zu erfreuen hatten. Dementsprechend befanden sich auch die Stützfabriken und Appreturanstalten in wesentlich besserer Lage als im Vorjahre.

Die amerikanische Wirtschaftskrise. Die seit einem halben Jahr das amerikanische Wirtschaftsleben beeinflussende Krise hat auch die Gründungswut der letzten Jahre recht merklich herabgestimmt. Es sind weit weniger Gründungen industrieller Unternehmungen erfolgt als seit 1896, und von diesen existiert eine große Anzahl nur erst dem Namen nach. Besonders weist das letzte Quartal 1903 einen bedeutenden Anstieg auf. Nach einer Zusammenstellung der „New Yorker Handelszeitung“ belief sich in 1903 die Kapitalsumme der Gründungen neuer Aktiengesellschaften und der Kapitalerhöhungen bestehender Gesellschaften im Gebiet der Vereinigten Staaten auf 425 Millionen Dollar, dagegen 1902 auf 1223, 1901 auf 2906, 1900 auf 945 und 1899 auf 2683 Millionen Dollar.

Gewerkschaftliches.

Die Ausübung des Koalitionsrechts ist kein grober Unfug.

Der § 152 der Gewerbe-Ordnung hebt bekanntlich alle Verbote auf, die der Ausübung des Koalitionsrechts gegenüberstehen. Sinngemäß dürften demnach auch die Gesetzesparagrafen, welche eigentlich eine andere Materie ordnen, aber nicht aufgehoben sind, weil sie dem Wortlaut nach das Koalitionsrecht nicht betreffen, keine Anwendung auf die Ausübung desselben finden. Polizei und Gerichte wenden aber solche Strafbestimmungen tagtäglich gegen Streikende an. Ja, man kann wohl sagen, daß manche dieser Bestimmungen völlig in Vergessenheit geraten sind und überhaupt nicht angewandt werden, bis plötzlich ein Streik oder eine Aussperrung sie wieder in Erinnerung bringen. Oft auch erhoffen die Polizeibehörden aus solchen Anlässen sogar Strafbestimmungen, die man nach Beendigung einer Lohnbewegung einfach wieder in der Pappschublade verschwinden läßt. Dahinein war auch für längere Zeit das Mädchen für alles in der Justiz, der Grobe Unfug-Paragraß, gewandert, bis ihn eine findige Behörde in Neu-Ruppin wieder hervorholte und sein abgestäubt gegen einen Streikposten aufmarschieren ließ.

In Neu-Ruppin holte zur Zeit des Tischlerstreiks der Tischlermeister Busse einen Arbeitswilligen vom Bahnhof ab. Der Streikposten S. lief hinter ihnen her und rief dem Kollegen zu: „Kollege, hier ist Streik. Du weißt nun, was Du zu thun hast.“ Als der Arbeitswillige weiter mitging, folgte S. ihnen, um weiteres Einreden auf den Kollegen zu versuchen. Der Tischlermeister verbat sich das, worauf S. erwiderte, er habe ein Recht dazu. Erst als mit dem Verhaftenlassen gedroht wurde, entfernte sich S. Er erhielt demnach eine Anklage wegen groben Unfugs und wurde auch in zweiter Instanz vom Landgericht verurteilt, das groben Unfug als vorliegend annahm. — Angeklagter legte Revision ein. Sein Vertreter, Rechtsanwalt Dr. Heinemann, machte vor dem Kammergericht geltend: Das Verurteilungsgericht habe kein Recht gehabt, dem Tischlermeister den in dessen Begleitung befindlichen Gesellen abspenstig zu machen. Mit anderen Worten: es werde hier die Ausübung des Koalitionsrechts als grober Unfug angesehen, denn es sei doch eine Ausübung des Koalitionsrechts, wenn versucht werde, auf den Willen anderer dahin einzuwirken, daß sie sich dem Streik anschließen. Grober Unfug könne nach der üblichen Definition des Begriffs schon deshalb nicht angenommen werden, weil sich das Verhalten des Angeklagten nicht gegen das Publikum in seiner Allgemeinheit richtete, sondern nur gegen diesen einen bestimmten Meister, dem er den neugewonnenen Gesellen abwendig machen wollte. Dieser allein sei „beunruhigt“ worden und das sei noch dazu bei Ausübung des Koalitionsrechts geschehen.

Der Strafenat des Kammergerichts folgte denn auch dem Antrage des Anwalts und sprach den Angeklagten mit folgender Begründung frei: Grober Unfug sei es, wenn das Publikum in seiner Allgemeinheit in einer den äußeren Bestand der Ordnung bedrohenden Weise belästigt werde. Hier irre nun der Vorderichter, wenn er den Tischlermeister als einen Teil des Publikums in seiner Allgemeinheit ansehe. Im Gegenteil habe sich Angeklagter ganz allein gegen die Persönlichkeit des Tischlermeisters gewandt, als er behauptete, zu der Einwirkung auf den Willen des Arbeitswilligen ein Recht zu haben. Auch sei nichts „Gröbliches“ dargethan. Angeklagter müsse deshalb freigesprochen werden.

Weiter hat das Kammergericht vergessen festzusetzen, daß das bloße Ansprechen von Arbeitswilligen an sich nie etwas „Gröbliches“ ist und daß auch die Beunruhigung einer unbefristeten Personenzahl durch Ausübung des Koalitionsrechts nie ein „Unfug“ sein kann. Der Spruch des Kammergerichts läßt findigen Richtern immer noch die Möglichkeit, durch geeignete Formulierung der sogenannten „tatsächlichen Feststellungen“ Streikposten wegen groben Unfugs zu verurteilen.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Kartomagnatener und Arbeiterinnen! In der Kartomagnatenerfabrik von Stande u. Polenski, Wasserhorststraße, haben sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen wegen Reduzierung der Arbeiterinnenlöhne die Arbeit niedergelegt. Zugang ist streng fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Buchbinder-Verbandes.

Die Gewerkschaften besaßen sich gestern Abend in Feuersteins Saal erneut mit der Haltung der Arbeitgeber zu den neuen Tarifforderungen. In der äußerst lebhaften Debatte wurde mehrfach entgegen den Vorschlägen der Branchenkommission befürwortet, jegliche am Mittwochmorgen den Meistern den Tarif zur Unterschrift vorzulegen und falls derselbe nicht anerkannt werde, sofort in den Streik einzutreten. Schließlich fand jedoch folgender Antrag der Kommission mit erheblicher Mehrheit Annahme: Der neue Tarif ist am (heutigen) Mittwochmorgen jedem einzelnen Arbeitgeber zur Information zu überreichen; im übrigen erklärt sich die Kommission bereit, das Ergebnis der am Freitag stattfindenden außerordentlichen Meisterversammlung abzuwarten. Am Sonntag werden alsdann eventuell weitere Beschlüsse gefaßt.

Deutsche Reich.

Nachtlänge aus Crimmitschau.

Die Aufnahme der Arbeit ist jetzt so weit vorgeritten, daß in den Spinnereien der größte Teil der früher dort beschäftigten Arbeiter eingestellt ist. In den Webereien dürfte es noch einige Zeit dauern, bis der Betrieb völlig im Gange ist. Nach der „Leipziger Volkszeitung“ waren am Sonnabend 5340 Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigt, während vor dem Ausbruch 7503 Personen beschäftigt waren. Von den Arbeitern sind 1844 Sachsen, 303 nichtsächsische Deutsche und 193 Ausländer. Es sind also noch 2760 Personen aus Crimmitschau arbeitslos. Bei den Arbeitswilligen-Transporten, die noch eintreffen, scheint es sich um Leute zu handeln, die bereits vorher engagiert waren. Wenn wirklich sich bei dem einen oder andern Scharmacher der Wunsch geregt hat, durch weiter fortgesetzte Arbeitswilligen-Transporte die Zahl der Ausgesperrten zu vermindern, so hat die Qualität dieser Leute die meisten Unternehmer wohl von diesem Experiment abgelenkt.

Die Arbeitswilligen verlassen bereits Crimmitschau. Mit Beendigung der Aussperrung haben für sie die Sonderbegünstigungen aufgehört, welche ihnen von den Unternehmern gewährt wurden. Wenn sie aber nur denselben Alltagslohn wie die zurückgekehrten Ausgesperrten erhalten, müssen die angehenden Leute verkümmern. Natürlich giebt die Leitung der Ausgesperrten jetzt keinen Pfennig mehr für die Fortschaffung von Arbeitswilligen aus; sie überläßt die Kosten dafür den Fabrikanten oder den Behörden, welche die Anschaffung dieser „besonders nützlichen“ aber jetzt überflüssigen Elemente begünstigt haben.

Mit welcher Gedankenlosigkeit und Unkenntnis der Verhältnisse über die Sachlage in Crimmitschau selbst von „wohlmeinender“ bürgerlicher Seite Urteile über die gegenwärtige Situation gefällt werden, zeigt ein Artikel des ehemaligen Nationalsozialen Weinhausen in der „Nation“, auf den hier nur eingegangen werden soll, weil gerade die Frage der Unterstützung berührt wurde. Ohne sich auch nur im geringsten um irgend eine Information an unterrichteter Stelle zu bemühen, schreibt nämlich der Herr:

„Die Arbeiter sind mit ihren Kräfte erschöpft, sie werden Mühe haben, die Tausende der weiterhin Ausgesperrten auf Wochen hinaus vor Not und Entbehrungen zu schützen.“

Davon kann gar keine Rede sein. Die Arbeiter haben nur aus tatsächlichen Erwägungen den Kampf abgebrochen. Ihre Klasse ist so gefüllt, daß sie sofort morgen wieder in einen Zustand treten könnten. Der Textilarbeiter-Verband hat durch die Aussperrung eine Stärkung erfahren, die niemand hätte voraussehen können und steht allen Eventualitäten gewappnet gegenüber. Jedenfalls kann er mit Ruhe einer zweiten Aussperrung in Crimmitschau entgegensehen; ob dies die Fabrikanten können, werden ihre Jahresabschlüsse zeigen.

Unfälle in den Fabriken. In einer Fabrik brach die von einem Streikbrecher bediente Dampfmaschine zusammen, so daß der Betrieb wieder eingestellt werden mußte. Eine kleine Fabrik, die 35 Personen beschäftigte, brannte ab.

Die Crimmitschauer Pastoren müssen den Schmerz erleben, daß eine Anzahl ihrer Amtsbrüder aus anderen Teilen Sachsens ihr Vorgehen heftig tadeln. Von den in Sachen einer am 17. Februar in Chemnitz zu begründenden Evangelisch-sozialen Vereinigung für Sachsen am 20. Januar in Glauchau versammelten Herren, meist Theologen, ergiebt folgende Erklärung:

„Wir erwarten von allen vereinten Vertretern der evangelischen Kirche, daß sie jeden Versuch, dem Arbeiterstande in seinen Kämpfen um Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage ein geringeres stilles Recht zuzumessen als den Unternehmern, scharf entgegenzutreten. Ebenso erklären wir, daß die in dem Briefe des Herrn Pastor Schint in Nummer 2 der „Christl. Welt“ dargelegte Auffassung des Crimmitschauer Streiks — abgesehen von der Verurteilung grober Ausschreitungen — keineswegs in allen evangelisch-kirchlichen Kreisen Sachsens geteilt wird.“

Die in Sachen der am 17. Februar in Chemnitz zu konstituierenden Evangelisch-sozialen Vereinigung für Sachsen am 20. Januar in Glauchau Versammelten: Vemann, Pastor, Glauchau; Kleinert, Pastor, Klingenberg; Krusper, Pastor, Meißen; Lic. Dr. Viktor Kühn, Pastor, Dresden; Liebsier, Pastor, Leipzig; Rulert, cand. rev. min., Leipzig; Sammler, Pastor, Meerane; Lic. Steude, Seminarlehrer, Waldenburg; Titmann, Buchhändler, Oberlungwitz; Wapler, Pastor, Oberspannsfeld; Weidauer, Pastor, Glauchau, Dr. Finke, Pastor, Glauchau.

Unter den Herren, welche ihre Unterschrift zu diesem Schriftstück gegeben haben, befinden sich auch mehrere Pastoren aus Distrikten, in denen die Textilindustrie eine nicht minder bedeutende Rolle spielt als in Crimmitschau. Ja, einer der Herren stammt sogar aus einem Orte, in dem der Bestreitung für die Textilindustrie durchgeführt ist, aus Meerane. Diesen Herren gegenüber werden die Crimmitschauer Pastoren nicht gut in dem Stile des Pfarrers Schint in der „Christl. Welt“ erwidern können, es wären ihnen die Verhältnisse unbekannt. — Immerhin kommt auch diese Kundgebung zu spät für die sächsische Landeskirche. Wo haben die Herren während der Aussperrung gesiebt?

Ausland.

Die Aussperrung der Arbeiter und Arbeiterinnen von Datsch Papierfabrik bei Odensee ist in der vorigen Woche ohne weiteres aufgehoben worden und die Ausgesperrten sind wieder in den Betrieb zurückgeführt. Damit wird die Sache aber wohl nicht erledigt sein. Die Aussperrung, die deswegen vorgenommen wurde, weil sieben Arbeiter sich weigerten, Rohstoffe, die durch die Hände von „Insenzunft“-Arbeitern gegangen waren, aus den Eisenbahnwagen zu laden, verstrickte gegen das im Juni 1903 zwischen der Arbeiterorganisation und den vereinigten Papierfabriken geschlossene Uebereinkommen, wonach alle Streitigkeiten durch Verhandlungen geregelt oder schließlich durch ein Schiedsgericht erledigt werden sollen. Das Schiedsgericht muß in diesem Falle die Aktiengesellschaft wegen Vertragsbruches verurteilen. Die Unternehmerpreise sucht den Ausgang dieser Aussperrung als einen Sieg über die Arbeiter hinzustellen. Dazu liegt jedoch kein Grund vor, da den Arbeitern keinerlei ihr Arbeitsverhältnis berührende Bedingungen für die Wiederaufnahme der Arbeit gestellt wurden. Freilich ist es ihrer Centralorganisation auch nicht gelungen, aus Anlaß dieser Aussperrung eine Regelung der Verhältnisse im Odensee-Datsch die Anerkennung des Koalitionsrechtes der Datscharbeiter zu erringen.

Kommunales.

Eingemeindung eines Teiles von Plönssee. Der Ausschuss zur Vorbereitung der Vorlage, die einen Teil des Gutsbezirks Tegeler Plönssee — östlich des Schiffahrtskanals bis zum Wedding hin (also ohne die Gefängnisanstalt) — der Gemeinde Berlin einverleiben will, nahm nach längerer Beratung die Vorlage einstimmig an. Gleichzeitig stimmte der Ausschuss einem Zusatzantrag Dinske zu, der verlangt, daß der Fiskus die ihm zufallenden Gulaufgaben vertraglich übernehme, sowie einem Antrag der sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses (Kleinert, Hynke und Stadthagen), der dahin geht, den Magistrat zu ersuchen, zwecks Eingemeindung des gesamten Terrains vom Schiffahrtskanal ab bis zum Tegeler See, einschließlich des Tegeler Sees, mit den zuständigen Instanzen in Verbindung zu treten. Durch die Eingemeindung würde der Wedding nach Norden und Westen zu bis an den Schiffahrtskanal angeschlossen werden. Nach Norden zu würde aber, da auf dem eingemeindenden Terrain die Schiefhänge und eine Reihe Vegetationsplätze liegen, eine geringe bebauungsmöglichkeit vorhanden sein. Anders läge es, wenn die Ausschließung der Jungfernhöhe und des bis zum Tegeler See reichenden Geländes erreicht würde. Die Eingemeindung ist im Interesse der Kanalisation und des Verkehrs sehr wünschenswert.

Verfassungen.

Der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter hielt am 18. d. M. seine Generalversammlung ab. Zuerst gab der Kassierer Henschel die Abrechnung für das 3. Quartal 1903. Einer Einnahme von 2142,10 M. stand eine Ausgabe von 1125,50 M. gegenüber, so daß ein Ueberschuß von 1016,60 M. zu verzeichnen war. Hierauf gab der Vorsitzende Haffner den Jahresbericht. Mit dem starken Anwachen der Organisation hat sich der Wirkungsbereich und das Arbeitsgebiet wesentlich erweitert. Aber es ist auch von allen Funktionären des Vereins mit anerkannter Opferfreudigkeit unter erfreulichem Entgegenkommen der Kollegenchaft im Interesse unserer Sache gearbeitet worden. Dieses solidarische, kollegiale Zusammenarbeiten wird uns auch die Gewähr für weitere Erfolge im neuen Jahre bieten. Die Gesamteinnahme betrug 10 345,91 M., die Ausgabe 5525,20 M., so daß am 1. Januar ein Bestand von 4520,71 M. vorhanden war. Die Mitgliederzahl ist von 451 auf 683 gestiegen. Des Weiteren fanden 14 Vorstandssitzungen und 4 kombinierte Sitzungen mit der Agitationskommission statt. Weiter wurden abgehalten 6 General-, 60 Mitglieder- und 8 Vertretungsdelegierten-Verfassungen. Vorträge wurden gehalten 8, davon 3 gewerkschaftlicher, 2 wissenschaftlicher und 3 politischer Natur. Zu den bereits bestehenden 3 Jahrsstellen wurde noch eine 4. Jahrsstelle im Norden Berlins eingerichtet. Der Arbeitsnachweis wurde von 257 Kollegen benutzt; davon waren im Verein 187, im Verband 65 und unorganisiert 35; eingelaufen waren von Fabrikanten 136 Adressen. Die Hauptvermittlung geschah jedoch indirekt durch den kollegialen Verkehr im Arbeitsnachweisbüro, worüber eine Kontrolle zu führen nicht möglich ist. Die Agitationskommission hielt 121 Vertretungsreden ab. Erschienen waren 1835 Kollegen; davon waren organisiert im Fachverein 687, im Verband 545 und 114 vertretten sich auf andre Organisationen. Zu Streiks kam es in 7 Fabriken, davon 4 erfolgreich. Der Bibliothek wurden 833 Bücher entliehen.

Lichtenberg. Der sozialdemokratische Wahlverein hielt am 19. Januar eine Versammlung ab. Genosse Grempe sprach über: „Schritte in der Heizung- und Beleuchtungsreform unter besonderer Berücksichtigung des Arbeiterhaushalts“. Der Redner erntete für seine gemeinverständliche Darlegung großen Beifall. — Der Bericht aus der Gemeindevertretung wurde auf Antrag des Genossen Grauer zurückgestellt und soll dieser das Thema einer der nächsten Versammlungen sein. Genosse Bell berichtete dann über die Forderungen der Gemeinde-Arbeiter und die Stellung, die die bürgerlichen Gemeindevertreter zu denselben einnehmen. Aus dem Berichte geht hervor, daß auch die allerbescheidensten Forderungen, selbst wenn diese gar keine finanzielle Belastung mit sich bringen, keine Gegenliebe finden und mit Argumenten bekämpft werden, die, wenn nicht von Willkür, dann aber von einer außerordentlichen Rücksichtslosigkeit der Gegner zeugen. Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter — so führte der Redner aus — werden bei der diesjährigen Etatsberatung mit allem Nachdruck dafür eintreten, daß endlich einmal das Versprechen, die Arbeitsverhältnisse, die Lohnverhältnisse, die Versorgungsfrage für im Dienste der Gemeinde abgerufene Arbeiter analog der der Gemeindebeamten zu regeln, erfüllt werde. Unter Vereinsangelegenheiten wurde berichtet, daß die zur Zeit eingesetzte Kommission in Sachen Euge Aichert empfiehlt, den durch den Vorstand wegen gewerkschaftlicher Verfehlungen ausgesprochenen Ausschuß aufrecht zu erhalten. Die Versammlung stimmt dem einstimmig zu. — Die Genossen Kaul und Junke wurden als Abteilungsführer der 1. und 2. Abteilung beauftragt, ebenso als Bezirksführer die Genossen Rehler für den 3. Bezirk, Karl Schulz für den vierten und Kopenhagen für den zwölften Bezirk. — Der Vorsitzende ersucht und erhält nun die nachträgliche Zustimmung zur Ueberweisung von 300 M. an den Kreis-Vertrauensmann, ebenso berichtet derselbe über die Besetzung der Kreisämter.

Weissenhof. Am Dienstag, den 19. Januar 1904 fand im „Prälaken“ die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt. Der Vorsitzende Kuntz gibt zuerst den Bericht des Vorstandes, worin derselbe betont, daß das vergangene Jahr ein sehr arbeitsreiches gewesen sei, weil die Wahlen stattfanden. — Nach längerer Diskussion werden 14 Mitglieder aus dem Wahlverein ausgeschlossen, weil sie bei den preussischen Landtagswahlen nicht gewählt haben, und keine genügenden Entschuldigungsgründe angeführt hatten, die das Fernbleiben von der Wahl rechtfertigen könnten. Aus dem Bericht des Kassierers ist zu entnehmen, daß im letzten Jahre eine Einnahme von 1741,01 M. erzielt wurde, der eine Ausgabe von 1455,53 M. gegenüber stand. Die Mitgliederzahl ist von 499 auf 685 gestiegen. Jedoch sind nach Neujahr 1904 noch 108 Mitglieder frisch eingetreten, so daß der Wahlverein jetzt ca. 800 Mitglieder zählt. — Der Bericht des Vertrauensmannes K. K. K. besagt, daß er wegen den Landtagswahlen nicht nur 12, sondern 15 1/2 Monate seinen Posten seit seiner Wahl hatte. Für die Agitation zu den Reichstagswahlen wurden insgesamt 1006,97 M. aufgebracht und für die Landtagswahlen 815,50 M. verausgabt. — Bei den Neuwahlen wurden die Vertrauensposten folgendermaßen besetzt: K. K. K., Vertrauensmann; Schmutz, 1. Vorsitzender; Quast, 2. Vorsitzender; Zeise, Kassierer; Fuhrmann, Schriftführer; Kaufhold, Kai und Sorrer Revisoren; Hill und Waller Bibliothekare; Liebenow, Walterstättner, Gaal, Siebert und Schänderlein, Abteilungsführer. In eine Kommission zu den Vorarbeiten zur Feier des 1. Mai wurden Kuntz, Hill und Siebert gewählt. — Im Schluß wurde noch auf die jetzt nahenden Gemeindevertreterwahlen aufmerksam gemacht und die Genossen aufgefordert, dafür zu sorgen, daß alle die Wählerlisten einsehen, die bei Schmutz, König-Chaussee 38, ausliegen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Rußlands Jögern.

London, 26. Januar. (B. L. Z.) Dem „Reiterbüreau“ wird von der japanischen Gesandtschaft mitgeteilt, daß selbst sie von einer Antwort Rußlands an Japan nichts belam. Seit der letzten japanischen Note seien zwischen den beiden Regierungen keinerlei Mitteilungen ergangen. Aller Wahrscheinlichkeit nach werde die nächste russische Note direkt von Petersburg an den Gesandten in Tokio, Baron Rosen, telegraphiert werden, der sie der japanischen Regierung überreichen werde.

Bern, 26. Januar. (B. L. Z.) Der Bundesrat hat eine internationale Konferenz zur Revision der Genfer Konvention betreffend Verbesserung des Loses der im Kriege verwundeten Militärpersonen auf den 18. Mai nach Genf einberufen und die Konventionsstaaten zur Beschickung der Konferenz eingeladen. Als Vertreter der Schweiz werden zu derselben der Gesandte in Paris, Dr. der Oberfeldarzt Mueret-Bern und der Nationalrat Didier-Bard abgeordnet.

London, 26. Januar. (B. L. Z.) Der wegen Bilanzfälschungen heute zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilte Finanzmann Whitaker Wright brach alsbald nach Verkündung des Urteils vom Gefängnis entflohen zu Boden.

Untersuchung der Chicagoer Brandkatastrophe.

Frankfurt a. M., 26. Januar. (B. L. Z.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus New York, daß die zur Untersuchung des Brandes des Proquois-Theaters ernannten Geschworenen in Chicago die Theaterbesitzer, viele Angestellte sowie die Spitzen der städtischen Behörden, darunter auch den Mayor Harrison, in Anklagezustand versetzt hätten. Die Anklage laute auf fahrlässige Tötung.

Reichstag.

19. Sitzung. Dienstag, den 26. Januar 1904, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowsky.

Die zweite Lesung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt.

Abg. Werner (Antif.):

Wenn Herr Fischer behauptete, die Arbeiter zögen ein freies Koalitionsrecht der sozialen Fürsorge vor, so hat er wohl nur für die sozialdemokratischen Arbeiter gesprochen...

Staatssekretär Posadowsky:

Es ist eine Begleiterscheinung des politischen Lebens, daß Neuerungen, die im öffentlichen Leben gemacht worden sind, namentlich solche vom Ministerische, mißverstanden und falsch weiter kopiert werden...

Sächsischer Bundesbevollm. Geheimrat Dr. Fischer:

Ich habe mir vorgenommen, erst später auf den Grimmitzhauser Streik zurückzukommen, aber die Wahllosigkeit und Heftigkeit der Angriffe des Herrn Abg. Fischer...

Das Drama von Grimmitzschau ist nun zu Ende. Ich würde der Ansicht sein, daß diejenigen, die es angeht, ihre Lehren daraus ziehen, ohne daß es eines besonderen Epilogs bedarf...

Da werden die Maßnahmen getroffen, die man als „kleinen Belagerungszustand“ zu bezeichnen pflegt. Von den geistigen Ausführungen des Abg. Fischer kann ich nur sagen: So viel Worte, so viel Unwahrheiten...

Wie die Anordnungen der Behörden umgangen werden, davon will ich Ihnen ein Beispiel aus der Zeit des Sozialistengesetzes erzählen. Ich war damals Amtshauptmann und verbot eine Versammlung in Joidau...

nicht in Ordnung sei. (Auf bei den Socialdemokraten: Ahnungsvoller Engell (Große Heiterkeit) Ich ging also selber in die Versammlung hin — ich erinnere mich noch wie heute — es war an einem Sonntag...

Nachdem der Streik so häufig geendet hatte, mußte natürlich ein Sündenbock gefunden werden, das sollte die sächsische Regierung sein. In der That aber ist der Streik für die Arbeiter verloren gegangen infolge des festen Zusammenrückens der Arbeitgeber...

Abg. Mugdan (fr. Sp.):

Herr Fischer hat behauptet, daß die ganze socialpolitische Thätigkeit nur dem Willen der Socialdemokratie anzuschreiben sei. Er hat sich dabei sogar auf den Fürsten Bismarck berufen...

Bei der Krankenversicherung wünsche ich nicht wieder eine Novelle, die nach drei bis vier Jahren wieder geändert wird, sondern ein umfassendes Gesetz, das jahrzehntelang in Kraft bleiben kann...

Die Herren Socialdemokraten haben sich früher in den Streit zwischen Klassen und Arbeitern nicht gemischt. Seit einigen Wochen erst hat das offizielle Organ der Socialdemokratie eine Stellung gegen die Ärzte eingenommen...

Grenel der festgestellten Verträge der Berufsvereinigungen weitem. Aber wenn es sich um die Krankenkassen handelt — in Bayern, das ist ganz was anderes! Da sind es nicht die angestellten Ärzte, die die Arbeiter knechten...

Die vielgerühmte Selbstverwaltung der Krankenkassen ist in Wahrheit auch nichts weiter als eine Verwaltung durch die angestellten Beamten. Sehen Sie sich doch die Liste der Teilnehmer an den Generalversammlungen an...

Zum Schluß ein paar Worte über die Unfallversicherung. Ich glaube, daß der Abg. Trimborn der Vater der Bestimmung ist, wonach zu jedem Schiedsgericht ärztliche Sachverständige hinzuzuziehen sind...

Der Abg. Baum sprach im vorigen Jahre von der unüberbrückbaren Kluft zwischen den arbeitenden und den besitzenden Klassen. Die Socialdemokratie ist aber keineswegs die Vertreterin aller Arbeiter. Es sind etwa 21 Millionen Personen gegen Unfall versichert...

Abg. Erzberger (C.):

Der Staatssekretär sprach von Sparmaßregeln, aus denen die Handwerker-Enquete um ein Jahr verschoben werden sei. Sparmaßregeln sind überall an anderen Stellen...

Gegenüber den geistigen Ausführungen des Abg. Fischer möchte ich darauf hinweisen, daß das Centrum in den letzten Jahren im Gegensatz zum Fürsten Bismarck socialpolitisch vorangegangen ist. Damals, 1877, war von einer großen socialistischen Bewegung noch nicht die Rede...

wird gegen den Freihandel losgelegt, fikt der Schutz Zoll auf den Regierungsbanken, so wird gegen den Schutz Zoll losgelegt — die Hauptfrage ist, daß überhaupt losgelegt wird! (Heiterkeit.) Das hat Herr Fischer gestern allerdings gründlich besorgt. (Große Heiterkeit im Centrum.) Auch Herr Galtzer hat in seiner bekannten Broschüre über Arbeitsmarkt und Handelsverträge sich ganz ähnlich geäußert. Herr Fischer warf uns dann vor, daß wir mit zwölf unerbittlichen Resolutionen kommen. Ja, wann sollen wir denn eigentlich Resolutionen einbringen? Im vorigen Februar wurde uns von den Herren Wurm und Hoch der Vorwurf gemacht, wir brähten nur mit Mühsicht auf die Wahlen Resolutionen ein. Jetzt nach den Wahlen paßt es den Herren wieder nicht. Unsere Resolutionen scheinen doch den Herren recht unangenehm zu sein. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Was thun denn die Herren Socialdemokraten anders, als schöne Reden zu halten und am Schlusse Resolutionen einzubringen? Herr Fischer fragte uns, was wir denn zu thun gedächten, wenn die Regierung es ablehnte, auf unsere Forderungen einzugehen. Nun, in Bezug auf die Krankenversicherung der Heimarbeiter hat der Herr Staatssekretär uns bereits eine entgegennommene Antwort gegeben; die Herren brauchen sich jedenfalls den Kopf darüber nicht zu zerbrechen, was wir später thun werden. Zunächst mögen Sie (zu den Socialdemokraten) nur die Frage beantworten: was glauben Sie denn, was kommen wird, wenn der Etat vom Reichstag einmal abgelehnt werden sollte? (Auf bei den Socialdemokraten: Sehr einfach!) Nun wenn das so einfach ist, so hätte ja Herr Webel das Nähere darüber gegenüber Herrn von Soltman auf dem Frankfurter Parteitag ausführen können, als es sich um die Budgetbewilligung im harrischen Landtag handelte. (Sehr gut! im Centrum.) Sehr richtig äußerte Herr Grillenberger damals, es wäre doch offenbare Verächtlichkeit, schließlich gegen Verbesserungen zu stimmen, die man selbst befragt habe. (Hört! hört! im Centrum.) Eine solche Verächtlichkeit sollten Sie uns doch nicht zutrauen. (Sehr gut! im Centrum.) Protestieren muß ich weiter gegen die Behauptung des Abg. Fischer, die gesamte deutsche Arbeiterschaft sei antimonarchisch gesinnt. Der Frankfurter Arbeiterkongress, auf dem 600 000 christlich und monarchisch gesinnte Arbeiter vertreten waren, beweist das Gegenteil. (Sehr richtig! im Centrum.)

Redner wünscht des weiteren Vermehrung der Gewerbe-Aufsichts-Beamten und der Revisionen. Erfreulich ist es, daß die Aufsichts-Beamten immer engere Fühlung mit den Arbeitern suchen. Leider erweisen sich die unteren Verwaltungsbehörden gegenüber den Arbeitgebern noch immer in der Beziehung viel zu entgegenkommend, als sehr häufig ausnahmsweise Sonntagsarbeit gestattet wird. Die Berufsvereinigungen legen zu wenig Wert auf die Ausdehnung der Unfallversicherungs-Vorschriften. Nachahmenswert ist das Vorgehen einer amerikanischen Fabrik, die Prämien für Erfindungen der Arbeiter auf dem Gebiete der Unfallversicherungs-Vorschriften aussetzt. Die Regelung der Fürsorge für Arbeitslose wird immer mehr Sache der Gemeinden. Nicht ist mit einer Arbeitslosen-Versicherung vor-gegangen, Leipzig will folgen. Die polnische Faktion hat ja einen Antrag eingebracht, wonach noch in dieser Session eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit vom Reich einzuführen sei. Das hat und auch der Herr Staatssekretär wird den Herren jedenfalls sehr dankbar sein, wenn sie uns mitteilen, wie dies bei Columbus zu lösen ist. (Sehr gut! im Centrum.) — Aus vielen Berichten geht hervor, daß die Angestellten der Straßenbahnen in vielen Städten eine überaus lange Arbeitszeit und schlechte Bezahlung haben. Dabei haben die Gesellschaften sehr hohe Dividenden erzielt. Die Gemeinden sollten Konzessionen zum Bau von Straßenbahnen nur dann erteilen, wenn in den Verträgen mit den Aktien-gesellschaften Schutzbestimmungen für die Arbeiter enthalten sind. Möge Herr Schröder durch seinen Einfluß auf seine Freunde in Berliner Rathhaus dahin geltend machen. Ich bitte den Staatssekretär um eine Statistik über die Lage der Straßenbahn-Angestellten. Die Straßenbahner sollten ganz der Gewerbe-Inspektion unterstellt werden.

Welche Maßnahmen sind weiterhin für die Mollereien in Aussicht genommen? Es sind uns Anlagen zugegangen, daß Arbeiter in Mollereien im ganzen Jahre keinen freien Sonntagvormittag hatten. — Wir begrüßen weiter die Bundesratsverordnung vom November v. J., wonach in den Ziegeleien sämtliche Ausnahmebestimmungen für weibliche und jugendliche Arbeiter beseitigt sind. Aber diese Verordnung geht uns doch noch nicht weit genug. Wieviel sind die Schlafräume der Ziegelei-Arbeiter ganz ungenügend. Wir bitten den Staatssekretär um den Erlaß einer Verordnung, wonach der Betrieb der Ziegeleien für das ganze Reich einheitlich geregelt wird.

Die Ueberschreitungen der socialen Verordnungen werden seitens der Gerichte leider ungemein niedrig bestraft. Ein Arbeitgeber, durch dessen Fahrlässigkeit ein Arbeiter mehrere Finger verlor, wurde mit einer Geldstrafe von 30 Mark bestraft! (Hört! hört!) — Den Ausbau der Gewerbe-Inspektion halten wir für ein wichtiges Mittel, um den socialen Frieden herbeizuführen! (Beifall im Centrum.)

Abg. Fehr. Dehl zu Ehrenheim (nall.): Die Thronrede hat mich gerade in der Richtung enttäuscht, in der sie Herrn Limborn befriedigt zu haben scheint. So erwartete ich während der Verlesung der Thronrede jeden Augenblick den zeitlichbedingten Maximalarbeitsstag für Frauen — ich spreche hier mehr für meine Person als für die Mehrzahl meiner politischen Freunde. (Woh! bei den Socialdemokraten.) Weiter erwartete ich Specialgesetze für die Heimarbeiter, allerdings auch eine Verschärfung der Strafen für persönliche Beleidigungen, denen die Abgeordneten, Industriellen unter andern seitens der kleinen socialdemokratischen Presse so vielfach ausgesetzt sind. Heute ist es völlig wirkungslos, solchen Zeitungen den Prozeß zu machen, da die Strafen so gering sind. Hätten wir die hohen englischen Strafen für Beleidigungen, so wäre die Existenz dieser Blätter vielfach in Frage gestellt. Weiter hätte ich gewünscht eine Einschränkung der gemeingefährlichen Streiks durch Erweiterung der Arbeitskammern und Einführung des Verhandlungszwanges bei Streiks. Ueber den Crimmitschauer Streik hätte die Regierung eine Reichsenquete veranlassen sollen. Ich bedauere das Hinausschieben der Handwerkerenquete. Man hätte die Hälfte des Zuschusses für St. Louis streichen und zur Durchführung dieser Enquete verwenden sollen.

Die socialdemokratische Devise: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ findet bei den Proletariaten anderer Nationen sehr wenig Gegenliebe. Die Arbeiter in Amerika, Australien und Neuseeland sind Schutzgegner und hätten hier im Reichstag unsern Vorkämpfer nicht nur mit beschlossenen Lebhafte Ohorufe bei den Socialdemokraten, sondern auch für sein Inkrafttreten gesorgt. Ich bedauere, daß der Vorkämpfer noch nicht in Geltung ist.

Man wirft uns vor, daß wir nichts Positives thun. Was hat denn der Dresdener Parteitag geleistet? Kein einziger Antrag für das Volkswohl ist dort aufgetaucht, der einzige Zweck des Parteitages schien der zu sein, daß die Nationalische die Freistatliche versprechen. (Sehr gut! bei den Nationalliberalen.) Die Socialdemokraten behaupten immer, unsere socialpolitische Gesetzgebung sei nur auf ihre Anregung zu stande gekommen; alle Anträge aber, die sie selber eingebracht haben, waren keinen Schutz werth. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Als der Antrag über bezüglich der Arbeitskammern in der Kommission beraten wurde, zeigte sich, daß er ganz unbrauchbar war. (Zuruf bei den Socialdemokraten: In welcher Kommission?) Und wenn wir auch Ihre Anträge annehmen würden, dann würden Sie ja nur im Lande erklären: das sind alles keine Konzeptionen! Die Hauptsache ist Ihnen eben der große Kladderadatsch. In meinem Wahlkreise Worms hat ja Herr Webel den Bauern an, mich zu expropriieren, sie könnten dann das Land genossenschaftlich bewirtschaften. So wird stets auf die große Expropriation, auf den Selbstmord der bürgerlichen Gesellschaft hingewiesen, worauf dann die Proletarier das Heft in die Hände bekommen und sich an den gedachten Tisch

setzen sollen. Abg. David hat Herrn Webel selbst vorgeworfen, daß er diese Ankündigung des großen Kladderadatsches brauche, um die Massen zusammenzuhalten. In der Schweiz — Herr Webel hat ja dort eine Villa und wird die Verhältnisse sehr genau kennen — pflegt man die Socialdemokraten, die sich in der Agitation besonders hervorthun, sofort in irgend ein Amt, zum Vorkommnis oder Finanzminister zu wählen, dann blamieren sich diese Leute sofort, und die socialistische Bewegung geht an dem Ort zurück. Im Kanton Zürich hat der socialdemokratische Finanzminister Ernst mit seinen Steuerorschlägen keinen Erfolg gehabt. (Abg. Webel: Sie haben ja keine Ahnung von den Dingen!) Ich würde dem Kanton Zürich empfehlen, Herrn Ernst zu entlassen und an seiner Stelle Herrn Ulrich aus Hesse zu wählen. Dieser hat als Mitglied der Finanzkommission im hiesigen Landtag eine progressive Einkommensteuer vorgeschlagen. Der Finanzminister hat die darin enthaltene Skala durch zwei Beamte prüfen lassen, und da hat sich herausgestellt, daß wenn diese Steuer durchgeführt würde, die wohlhabenden Leute mit 118 Proz. ihres Einkommens besteuert würden. (Stärkliche Heiterkeit.) Das hieße also eine Ueberweisung der wohlhabenden Klassen an die Armenpflege. In Frankreich sind ja verschiedene Kommunalverwaltungen in Händen der Socialdemokraten — und was thun diese? In Lyon haben sie die Mietsteuer, eine Theater-Billetsteuer und sogar eine Reparatursteuer für Wohnungen eingeführt, die die Wirkung gehabt hat, daß man dort nicht mehr baut. Der frühere Minister Millerand hat in der Vorrede zu der Gesamtausgabe seiner Reden fast allen socialdemokratischen Forderungen widersprochen. (Zuruf bei den Socialdemokraten: Er ist ja ausgeschlossen!) Im Seine-Bezirke ist er ausgeschlossen, alle andern socialdemokratischen Redner haben aber den Ausschluß nicht gebilligt, und wie ich gesehen habe, wird er demnächst an der Spitze einer neuen socialistischen Gruppe erscheinen.

Die Gewerkschaften in Deutschland sind ja zum großen Teil in der Hand der politischen Socialdemokratie. Ich kann jetzt in meinem Wahlkreise die Gründung einer Gewerkschaft beobachten. Da wird zuerst ein Gewerkschaftshaus gebaut; das Geld dazu kommt von der Centralorganisation der Gewerkschaften. Die Erfolglosigkeit des Streiks in Crimmitschau war für die Agitation der Socialdemokratie viel wertvoller, als es ein erfolgreicher Streik gewesen wäre. (Große Ironie.) Lesen Sie doch den „Vorwärts“ darüber! 30 Prozent aller Streiks in den letzten zehn Jahren waren erfolglos. Aber es paßt Ihnen (zu den Socialdemokraten) gerade, wenn dadurch die Erbitterung und Gehässigkeit gegen die Arbeitgeber gefördert wird. Der Crimmitschauer Streik hat auch gezeigt, daß die fortschreitende Entwicklung der Gewerkschaften naturgemäß eine Organisation der Arbeitgeber herbeiführen muß, der dann die Arbeiter als einer unüberwindlichen Macht gegenüber stehen. Das Reich darf den Kampf zwischen diesen beiden großen Organisationen nicht abwarten, sondern muß durch Ausbildung der Arbeitskammern und durch Einführung des Verhandlungszwanges eine rasche Entscheidung über Streiks herbeiführen. In Massachussetts sind aus Grund des Verhandlungszwanges beide Parteien verpflichtet, das Einigungsamt anzurufen, worauf die Differenzen zunächst 20 bis 30 Tage ruhen müssen. Millerand wollte durch seine nicht angenommene Gesetzesvorlage die Majorität der Arbeiter abstimmen lassen, ob ein Streik stattfinden solle oder nicht. Gewaltsame Beeinflussungen sollen nicht mit Geld, sondern mit Gefängnis von einem Monat bis zu einem Jahre bestraft werden.

Ich bedauere, daß das Centrum nicht mehr, wie bisher, geneigt zu sein scheint, mit andern Parteien gemeinsam socialpolitische Ziele zu verfolgen. So ist der Antrag auf Einführung des Zehnstundentages für Arbeiterinnen jetzt gewissermaßen aus meiner Tasche in die des Centrums übergegangen. Ein solches getrenntes Vorgehen erschwert auch unsere Stellung bei künftigen Wahlkämpfen. Gegen die Socialdemokratie hilft nur ein energisches, geschlossenes Vorgehen aller bürgerlichen Parteien! (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär Graf Posadowski: Die Hinausschiebung der Handwerker-Enquete habe ich lebhaft bedauert. Gegenüber dem Widerstand der Finanzverwaltung aber mußten minder wichtige Forderungen fallen gelassen werden. Ausstellungen und Kongresse sind keine besonders angenehme Zugabe meines Amtes, namentlich wenn sie sich so häufen wie jetzt. Aber für St. Louis sind wir festgelegt; unsere nationale Würde erfordert es, uns dort zu beteiligen.

Die Ausführungen des Abg. Dr. Mugdan bewiesen wieder einmal, daß ein Lot Erfahrung mehr wert ist als ein Pfund Theorie. Eine Verbindung von Invaliden- und Krankenversicherung halte auch ich für etwas Naturgemähes; aber dann muß auch ein besonderer Unterbau für die Krankenversicherung geschaffen werden. Es ist unmöglich, das ohne einen solchen lokalen, selbständigen Unterbau die Invalidenversicherungs-Anstalten die Aufgabe der Krankenversicherung noch übernehmen. Dazu kommt noch die Frage der Selbstverwaltung. Selbst in England, dem kaiserschen Lande der Selbstverwaltung, verlagert die Selbstverwaltung vor einer Reihe von Aufgaben. Ich wollte die Rentenstellen weiter ausbilden; der Reichstag ist nicht so weit gegangen. Daß wir aber damals Recht hatten, hat sich aus den Ausführungen des Dr. Mugdan mit Sicherheit ergeben. Es ging daraus hervor, daß gerade der wichtigste Abschnitt der Rentenversicherung, die Begutachtung der Pensionsinstanzen, vielfach ganz mechanisch gehandhabt wird. Es besteht jetzt in der That die Gefahr, daß manchmal eine Rente unverdient erteilt oder auch eine verdiente Rente nicht erteilt wird. Was die Berichte der Gewerbe-Aufsichtsbeamten betrifft, so habe ich dieselben bereits im September dem Reichstage zugefandt, der Bureaudirektor hat sie aber nicht verschiden können, da infolge der Reuwahl die Adressen fehlten. Daß den Gewerbe-Inspektions-Berichten alle Verordnungen, die in den einzelnen Staaten erlassen sind, vorgelesen werden, ist ganz unausführbar. Die Ueberführbarkeit würde durch den Umfang völlig verloren gehen. Ich will erwidern, ob es möglich ist, die im Reich erlassenen Verordnungen vorzubringen. Ueber die Sonntagsruhe in Mollereien ist eine Bundesrats-Verordnung in Vorbereitung. Auch habe ich bereits im vorigen Jahre erklärt, daß die ganzen Bestimmungen über die Sonntagsruhe einer allgemeinen Nachprüfung unterzogen werden. Um die Nachteile namentlich auf dem Gebiete des Wohnungswesens bei den Ziegeleien zu bekämpfen, sind in Preußen eine Reihe von Polizeiverordnungen erlassen.

Durch gerichtliches Erkenntnis sollen diese Verordnungen aufgehoben sein als nicht innerhalb der gesetzlichen Befugnis der Polizeibehörde liegend. Bei Gelegenheit des Wohnungsgesetzes, das in Preußen vorbereitet wird, wird man auch dieser Frage beikommen können. In betreff des hygienischen Normal-Arbeitsstages werden zur Zeit Erhebungen für das Fleischergewerbe und den Nahrungsbetrieb aufgenommen. Später sollen dann andre Gewerbe folgen. Herr v. Dehl hat gesagt, das Reich hätte auf Grund des Artikels 4 der Verfassung im Crimmitschauer Streik wie ein Lord-Oberichter verhandeln sollen. Nach diesem Artikel 4 hat allerdings der Reichskanzler die Aufsicht über die Gewerbeverhältnisse und die Gesetzgebung auf diesem Gebiete. Damit ist doch aber nur gemeint, daß er ganz allgemein diese Verhältnisse zum Gegenstand seiner Beobachtungen machen solle, um eventuell Material für die Gesetzgebung zu haben. Daß der Reichskanzler aber bei jedem lokalen Streik als Vermittelungs-Anstanz auftreten sollte, ist ausgeschlossen. Die Ansicht, daß der Bundesrat nicht befugt sein soll, die Verordnungen zum Schutze der in Fabriken beschäftigten Kinder auch bei Gefährlichkeit anzukündigen, beruht auf einer falschen Auslegung der betreffenden Bestimmung. Diese Befugnis muß dem Bundesrate schon deshalb freistehen, weil sich ja die Verhältnisse in den verschiedenen Industrien manchmal vollkommen verändern und was jetzt unzulässig ist, bei einer Veränderung der Produktionsweise sehr wohl zulässig werden kann.

Im allgemeinen wird der Bundesrat nicht geneigt sein in wesentlichen Fragen des Kinder-schutzes Einschränkungen vorzunehmen. — Herr v. Dehl hat uns dann empfohlen, einen ähnlichen Weg zu gehen wie der Millerand'sche Gesetzentwurf über Schiedsgerichte. Dieser Entwurf ist sowohl seitens der Arbeitgeber wie der Arbeiter in Frankreich einstimmig abgelehnt worden, weil er ein Zwangs-Schiedsgerichtsverfahren einführen wollte. Die Arbeitgeber könnten danach gezwungen werden, unter Umständen höhere Löhne zu zahlen und die Arbeiter gegen ihren Willen die Arbeit über die Kündigungsgrenze hinaus fortzusetzen. Ein solcher Eingriff in die individuelle Freiheit der Arbeiter und Arbeitgeber würde sicher nicht die Zustimmung des Deutschen Reichstages finden. — Es ist auch gesagt worden, unter dem Fürsten Bismarck sei viel schneller auf socialpolitischem Gebiete gearbeitet worden. Nun trotz der großen Schwierigkeiten eine Einigung zwischen den verschiedenen Interessen herbeizuführen, ist doch das Volumen unserer socialpolitischen Gesetzgebung ständig größer geworden. Wir stehen nicht still, sondern schreiten vorwärts. Der Gesetzgeber ist vor allem verpflichtet, darauf zu achten, wie jede Bestimmung auf den wirklichen Ausführung hat. Gegenüber dieser Verpflichtung ist eine Ueberlastung der Gesetzgebung eine außerordentliche Gefahr. (Trabal! rechts.)

Abg. Gamp (Rp.): Ich acceptiere die Erklärung des Staatssekretärs mit Dank, daß er mit uns arbeiten will an der Hebung des Handwerks. Eine ebenso erfreuliche Erklärung hat der Reichskanzler im Abgeordnetenhaus abgegeben. Daraus folgt, daß die Handwerker-Enquete sofort vorgenommen werden muß. Wir beantragen deshalb in einer Resolution (Heiterkeit), die erforderlichen Mittel in einem Nachtragetat zur Verfügung zu stellen. Es sollten zwei, drei Beamte des Reichsamtes des Innern in der Provinz umherreisen, sich mit den Handwerkern besprechen und praktische Vorschläge ausarbeiten, um dem Handwerke zu helfen.

Den anerkennenden Worten des Grafen Posadowski für Herrn Dr. Mugdan kann ich mich im wesentlichen anschließen. Ich bin immer dafür eingetreten, daß in der Krankenversicherung die Arbeitgeber die selben Beiträge wie die Arbeiter zahlen. Der schauerliche Terrorismus der Socialdemokraten in den Krankenkassen muß schnellig gebrochen werden. Es ist mir unbegreiflich gewesen, daß die Regierung nicht schon im vorigen Jahre meinen Anregungen gefolgt und in dieser Hinsicht schnelle Arbeit geleistet hat. Die Handlungsgehilfen und Wertheimer können nicht unter die Kontrolle der socialdemokratischen Arbeiter gestellt werden, die die Kassen beherrschen. Die Unternehmer haben nur eigene Betriebs-Krankenkassen für die Handlungsgehilfen und Wertheimer errichten wollen. Die Bezirksausschüsse haben diese Kassen für notwendig und nützlich erklärt; von oben her ist aber erklärt worden, daß diese Kassen ungeeignet sind. Ich erwarte darüber noch nähere Aufklärung.

Schuld an der traurigen Crimmitschauer Episode hat lediglich die heftige Thätigkeit der Socialdemokratie gehabt. (Lebhafter Widerspruch bei den Socialdemokraten.) Nicht die Rücksicht auf die Konkurrenz hindert die Crimmitschauer Fabrikanten, den Zehnstundentag einzuführen, denn im Westen arbeitet die Textilindustrie überwiegend mit dem Zehnstundentag. Zu ihm konnten die Crimmitschauer Fabrikanten deshalb nicht übergehen, weil sie nicht über ein so vorzügliches Arbeitermaterial verfügen, wie es im Westen vorhanden ist. Trotzdem haben die sächsischen Industriellen anerkannt, daß es nützlich sei, in heutiger Zeit an der einstündigen Arbeitszeit festzuhalten und der geheime Kommerzienrat Vogel, dessen Arbeiterfreundlichkeit, Humanität und Sachkenntnis über allen Zweifel erhaben ist, hatte sich bemüht, die streitenden Parteien zu versöhnen. Er war hingefahren und hatte den Arbeitern versprochen, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit die 10^{1/2}stündige Arbeitszeit eingeführt werden soll. Damit waren die Arbeiter zufrieden. Und Herr Vogel war wieder nach Hause zurückgekehrt. Kaum aber war er wieder angefahren, da erfuhr er, daß infolge der heftigen Thätigkeit der Socialdemokratie in einer Anzahl von Fabriken die Arbeit eingestellt worden sei. Einen solchen Treubruch konnten sich die Fabrikanten nicht gefallen lassen. Da hatten sie vollkommen recht, wenn sie sagten: nun schließen wir die Fabriken selbst. Herrn Limborn sind zu wenig Ausführungen vorgekommen. Nach einer Angabe des Geheimrats v. Fischer handelt es sich aber wirklich um genug Fälle. Daß die Fabrikanten nachher das Schiedsgericht abgelehnt haben, kann man ihnen nicht übel nehmen, hatte sich doch inzwischen die Socialdemokratie der Sache bemächtigt. Daß eine Arbeiterkammer in Crimmitschau für Verständigung hätte beitragen können, kann ich nicht einsehen. In der Arbeiterkammer sitzen doch nur Arbeiter. (Widerspruch im Centrum und bei den Socialdemokraten. Auf: Arbeiterkammer!) Nun, ich habe immer unter Arbeiter- oder Arbeiterkammern solche verstanden, wo die Arbeiter allein sind. In keinem Lande geschieht so viel für die Arbeiter wie bei uns. Ich erinnere nur an die Wohlthaten, die die Aktiengesellschaften den Arbeitern erweisen, an die Geschenke und Stiftungen; jedes Jahr werden Hunderte von Millionen Mark für Arbeiter an Geschenken und Stiftungen ausgebracht. (Große Heiterkeit und lebhafter Widerspruch bei den Socialdemokraten. Abg. Singer ruft: Da sollten Sie auch einmal eine Enquete veranlassen lassen!) Ich brauche keine Enquete, ich habe das Material zu Hause. (Lautes Lachen bei den Socialdemokraten.) Im vorigen Jahre habe ich schon nachgewiesen, daß die „Laurahütte“ zehn Prozent Dividende gezahlt hat, aber so viel sind für die Arbeiter für wohltätige Zwecke ausgeben worden. (Widerspruch bei den Socialdemokraten.) Ich irre mich nicht, Herr Kollege Ledebour. Ein Rechtsanwalt in Harburg hat mir gesagt, daß das Trottoir in dieser Stadt nur noch für die Arbeiter vorhanden sei. Die Gebildeten und Wohlhabenden müßten auf dem Damm gehen. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Das ist ein Stimmungsbild und Sie sprachen ja gestern von Stimmungsbildern. Ein solcher Terrorismus gegen die gebildete und wohlhabende Klasse ist durchaus nicht selten. In vielen Städten sind die Arbeiter die eigentlichen Herren. (Zuruf bei den Socialdemokraten: Gehen Sie denn überhaupt zu Fuß?) Ich glaube, viele der Herren fahren mehr Kutsche wie ich. Ich laufe den ganzen Tag in meinem Walde herum. (Heiterkeit.) Auf Ihren nationalen Kongressen behandeln Sie Arbeiterfragen überhaupt nicht. Für Parteizwecke geben Sie dreimal mehr aus als zur Linderung der Noth. Auf den internationalen Kongressen freuen Sie sich, daß die Frauen mit Ihnen Arm in Arm gehen, weil Sie ihnen Elch-Lostigkeiten versprochen haben. (Heiterkeit.) Na, ein Weibchen wird ja das nach dauern. Sie sollten lieber beraten, wie eine einheitliche Gestaltung der Versicherungs-Gesetzgebung in den vorgeschrittenen Ländern herbeizuführen werden kann. (Abg. Webel: Darüber werden wir in Amsterdam sprechen.)

Präsident Graf Ballestrem: Bei der späten Stunde bitte ich doch die Privat-Unterhaltung zu lassen. (Heiterkeit.)

Abg. Gamp (fortfahrend): Bis her haben Sie jedenfalls Ihre Pflicht auf diesem Gebiete verkannt. Warten Sie mit Ihren Vorwürfen gegen uns, bis die Socialdemokraten in Frankreich dafür gesorgt haben, daß dort die socialpolitische Gesetzgebung so weit ist, wie bei uns. Wir haben es an Interesse für die Arbeiter nicht fehlen lassen. Wir wollen aber eine vorsichtige Behandlung der Fragen, nicht auf einen Boden treten, der unsicher ist. Der Vorwurf des Kollegen v. Dehl gegen den Minister Müller, daß er einseitig für die Arbeitgeber Partei genommen habe, ist gänzlich ungerechtfertigt. Das sage ich, obwohl ich kein Parteigenosse des Ministers Müller bin. (Heiterkeit.) Das Einschreiten der Gesetzgebung in Bezug auf den Arbeiterschutz ist mir unsympathisch. Die Industriellen werden mit den Schutzbestimmungen geradezu diktiert. (Lebhafter Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Die Herren hier haben Ideale im Auge, aber in der Praxis ist vieles anders. Da wird ein Arbeitgeber sehr leicht

wegen irgend einer Lumperei vor den Strafrichter geschleppt. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Die vom grünen Tisch ergangenen Verordnungen sind oft unbefugbar; ich erinnere an die Bäckereiverordnung und die Verordnung für das Schankgewerbe.

Die Socialdemokratie ist noch lange nicht am Ende ihrer Entwicklung angelangt. In ihrer Belämpfung erheben sich die Vertreter der Dresdener Parteitag-Protokolle viel wichtiger als die der Wälzungen Reden (Große Heiterkeit). An eine socialdemokratische Revolution glaube ich ja nicht. Herr Singer ist nicht aus dem Material, aus dem man Parität-Lämpfer schnitt. (Erneute stürmische Heiterkeit.) - Abg. Weber ruft: Warum denn die Angst? Ich rechne mit der Möglichkeit, daß wir in zwanzig Jahren eine socialdemokratische Reichstags-Mehrheit haben. Das wäre allerdings eine schlimme Gefahr für unser Vaterland. Sie (zu den Socialdemokraten) kämpfen viel weniger gegen das Kapital als gegen das Königtum. Sie haben in Ihren eignen Kreisen viel zu viel gefährliche Elemente. In Republiken, wie Frankreich und Amerika, bedrohen Sie keineswegs die staatliche Existenz, weil sie in Republiken freie Bahn zu haben glauben zur Erlangung der politischen Macht. Möge die Regierung sich der Gefahr bewußt sein! (Weisfall rechts.)

Direktor im Reichsamt des Innern Caspar: Die vom Abg. Gamp angeregte Frage einer besonderen Krankenversicherung der Handlungsgehilfen und Werkmeister kann bei einer Novelle zum Handelsgesetz weiter verfolgt werden. Gegenwärtig bestehen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Gerichten und den Verwaltungsbehörden darüber, ob besondere Betriebs-Krankenkassen für Handlungsgehilfen und Werkmeister zulässig sind.

Darauf vertagt sich das Haus.

Persönlich bemerkt

Abg. Mollenhuth (Soz.): Gegenüber Herrn Mugdan bemerke ich: Ich habe nie die Kollage der Ärzte bestritten, sondern ich bin nur der falschen Auffassung entgegengetreten, als sei die Kollage der Ärzte durch die Arbeiterversicherung hervorgerufen worden. Die Kollage der Ärzte hat darin ihren Grund, daß die Vermehrung der Ärzte zeitlich mit der Entwicklung der Arbeiterversicherung zusammenfällt. Die Zahl der Ärzte hat sich aber von 13 000 auf 29 000 vermehrt, während sich die Bevölkerung nur von 47 auf 59 Millionen vermehrt hat. Ich bin früher Anhänger der freien Arztwahl gewesen, jetzt aber durch das Verhalten der Ärzte selbst zu ihrem Gegner geworden. Diese verlangen eine fünf- bis zehnfache Erhöhung des jetzt von den Krankenkassen gezahlten Honorars. Schon bei einer fünffachen Erhöhung würde sich die Leistung der Kassen von 35 1/2 auf 178 Millionen Mark erhöhen. Das bedeutete den Bankrott der ganzen Krankenversicherung, den ich nicht herbeiführen will.

Abg. Fehr. Hehl zu Herrnsheim bestreitet, daß er dem Minister Müller den Vorwurf einseitiger Parteinarbeit für die Arbeitgeber gemacht habe. Er habe nur gesagt, daß seine Maßnahmen von den Gegnern als solche Parteinarbeit gedeutet werden könnte. - Den Müller'schen Vorwurf habe er nicht empfohlen, sondern nur polemisch gegen die Socialdemokratie verwandt.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist heute das 17. Heft des 22. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Trümmer sind wie Niederlagen - Socialpolitische Zusammenhänge. Von Max Maurerbrecher. - Die Arbeiterbewegung im modernen Japan. Von Gullav Schlein. (Fortsetzung.) - Literatur von und über Gewerkschaften. Von Adolf Braun. - Literarische Rundschau: Theodor Wacker, Entwicklung der Socialdemokratie in den zehn ersten Reichstagsparlamenten (1871 bis 1898). Dr. Adolf Neumann-Hofer. Die Entwicklung der Socialdemokratie bei den Wahlen zum deutschen Reichstag 1871 bis 1903. Von ad. Dr. Emil Kreller. Die Entwicklung der deutschen elektrotechnischen Industrie und ihre Aussichten auf dem Weltmarkt. Von J. G. - Notizen: Neumann-überale Schulpolitik. Von Heinrich Schulz. Zur Kritik in der Metallindustrie. Von E. G.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 35 Pf. pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspresse der Postanstalten ist die „Neue Zeit“ unter Nr. 5575 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probestummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dietz Verlag), ist heute das Nr. 3 des 14. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Die Hausindustrie I. Von ad. Dr. - Zur Geschichte der Kinderarbeit. Gelehrte. I. Von W. D. - Spille des (Schluß). - Aus der Bewegung. - Frauenorganisation in Krupp's Reich. Von L. Z. - Realitäten: Ueber den Hülse. - Gebieth von G. Brechtung. - Lied der Armen. Gebieth von Karl Herdell. - Notizen: Das Ende des Rehnstudenkampfes in Garmisch. - Social. Gelehrte. - Weibliche Praktikerinnen. - Vereinsrecht der Frauen. - Verzeichnis von Schriften zur Frage der Heimarbeit.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 35 Pf., unter Kreuzband 85 Pf.

Der „Wahre Jacob“ hat heute die dritte Nummer seines 21. Jahrganges erscheinen lassen. Aus dem Inhalt derselben erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Im Lande der Socialreform“ und „Der Kommunisten-Kämpfer“ sowie die Illustrationen „Der Wählerland“, „Militärischer Bescherde-Automat“, „Militäre des Socialismus“, „Die Legende“, „Kapitalist und Arbeiter“, „Der gekürzte eheliche Frieden in Ostasien“ sowie die Fortsetzung der Serie „Bourgeois-Adren“ von Edmund Edel. Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Opfer! Opfer!“ von Robert Seidel, „Sächsisches Baderleben“, „Dummkäsepredigt“, „Der Traum des Oberbaurathes“, „Neu-Heinrich Morgenleib“, „Ihr ist zuviel!“ und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren Feuilletons „v. Below-Weitenburg an v. Arnim-Schnodderheim“, „Der Kurza-Schulmeister“ (Illustriert), „Vom Schweigen an im Feuer“ und „Der Altentäter“ von Wendelin Johannes Lederer. Der Preis der zwölf Seiten starken Nummer ist zehn Pfennig.

Die „Opfer der Kaiserin“ (München, G. Birk u. Co. Nr. 50 Pf.) befaßt sich die loeben erschienenen Schrift des bekannten Militärchriftstellers Rud. Krafft. Der auf dem Dresdener Parteitag und gegebenem Bann die Herausgabe eines geeigneten Agitationsmaterials gegen den Militarismus ist damit in vorzüglicher Weise durchgeführt worden, so daß wir allen Parteigenossen die Anschaffung der 96 Seiten starken Schrift empfehlen können.

Haus Meyer, Professor am Grauen Kloster. Der richtige Berliner in Worten und Redensarten. Sechste Auflage, neu erschienen. 172 Seiten. Preis 3,- M. Berlin, Druck und Verlag von G. S. Hermann.

Briefkasten der Redaktion.

In Sachen Richard Kopp. Etzuz an einem Fenster der Kaiserin auf den gepflasterten Hof. Wir ersuchen dringend um schnelle Abgabe Ihrer Adresse, beziehungsweise um Ihren Besuch in der Bonntagszeit. - 23. A. H. Sie meinen wahrscheinlich Schuchardt u. Schütte. Lesen Sie das Ersorderliche nach im Abreißbuch I. Band, Seite 1710. Sollte das Ihre Rückmeldung nicht genügen, so fragen Sie bei der Direction der Fabrik an. - Ratgeber. 1. Neueste Grenze ist nur eine Delle von 60 Meter. 2. Die Tauchergänge werden mittels Luftpumpe denartig angelegt, daß sie den Wasserdruck, der in 60 Meter Tiefe 3. 8. - sechs Atmosphären ist, regulieren. - R. 23. 65. „Der Courier“. Organ für die Interessen der ruhenden Theater und Schauspieler in Hamburg. - Word. Der Mordmord ist die in Ausland übliche Art der Thronensetzung (Lauterbach bei der Ermordung Kaiser Pauls, 1801). - Preis. 30 000 Einwohner. - Anti-Alkohol. Ein vierter Prozentsatz aller erledigten Strafsachen ist durch Trunksucht verursacht.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

R. 11. 11. 11. Die sogenannten Reizegele sind nicht Reichsgele, sondern im Mai 1873 erlassene preussische Gele. - R. 99. Wiederholen Sie Ihre Anfrage. - 2. 33. 1. Seit dem 1. Januar ist die Mindestleistung 25 Wochen Krankenunterstützung, durch Statut kann mehr gewährt werden. Kranke, die einer Krankenkasse angehören, welche vor dem 1. Januar nur 13 Wochen gewährt, haben dennoch einen Anspruch auf 25 Wochen, wenn die 13 wöchentliche Frist am 1. Januar noch nicht abgelaufen war. - R. Ja. - W. R. 100. Sie möchten ausdrücklich erklären, daß Sie nicht mehr misspöken. - R. 228. 1. und 2. Am Schluß des dem Arbeiterrecht beigelegten Jahres. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. 3. Nein. - R. 172. 1. Ist die Wohnung gesundheitsgefährdend, so können Sie den Betrag ausgeben und auf Schadensersatz klagen. Auch wenn diese Voraussetzung vorliegt, können Sie Forderung der von Ihnen herausgehobenen Mängel verlangen, andrerseits, eventuell nach Ablauf einer angemessenen Frist die Mängel auf Kosten des Miethers beseitigen lassen und die Drohung ausführen. Ob die Mängel Sie zum Austritt vom Vertrag auch dann berechtigen, wenn eine Gesundheitsgefährdung nicht als vorliegend erachtet wird, hängt von der Ansicht des Richters über den Umfang der Schäden ab. 2. Die Scheide haben Sie zu erheben. - W. W. 3. Wenn Sie Ihre Ehefrau nicht bis am 15. Januar zum 1. Februar geliebt haben, so sind Sie zur Zahlung der Hebrunmiete verpflichtet. - Karl 7. Sie sind verpflichtet, den Schaden auf Ihre Kosten beseitigen zu lassen. - G. W. Ja. - R. Münchener. Kirchenrecht. Das preussische Gesetz über die Grenzen des Rechts zum Gebrauch kirchlicher Straf- und Zuchtmittel vom 13. Mai 1873 lautet: „Keine Kirche oder Religionsgesellschaft ist befugt, andre Straf- oder Zuchtmittel anzudrohen, zu verhängen oder zu verhängen, als solche, welche dem rein religiösen Gebiete angehören oder die Entziehung eines innerhalb der Kirche oder Religionsgesellschaft wirkenden

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 27. Januar.

Anfang 7 1/2 Uhr:

Schauspielhaus. 1812. Deutsches. Hofe Bernd. Berliner. Maria Theresia. Lesung. Kapfenstein. Weiden. Die schöne Helena. Neues. Minna von Barnhelm. Residenz. Die Empfehlung. Der feurige Casimir.

Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wagner-Theater.) Hedda Gabler. Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstadt.) Wilhelm Tell. Luise. Alpenkönig und Menschenfeind. Kleines. Kuchelbl. Trianon. Madame X. Carl Weiss. Die Gauerbeinhalte. Metropol. Durchsicht Rabeschen. Deutsch Amerikanisches. Ueber's großen Tisch. Winter-Garten. Diara. Otto Reutter. Specialitäten. Wasage-Theater. Entführung. Specialitäten. Anfang 8 Uhr. Apollo. Frühlingsluft. Blütenhochzeit. Specialitäten. Gedr. Herrnsfeld. Nur eine Nacht. Casino. Wie einst im Mai. Die Wenzel. Trianon. Taubenstraße 18/19. Um 8 Uhr: Der Erdball als Träger des Lebens. Nachmittags 4 Uhr (kleine Preise): An den Seen Oberitaliens. Invalidentheater. 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Central-Theater.

Jubiläum-Ouverture von G. R. v. Weber. Dieraul: Das Schwalbenest. Eröffnet in 5 Akten v. R. Ordemann. Morgen und folgende Tage 7 1/2 Uhr: Das Schwalbenest.

Urania.

Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr: Der Erdball als Träger des Lebens. Um 4 Uhr (kleine Preise): An den Seen Oberitaliens. Sternwarte. Invalidentheater. 57/62.

CASTANS PANOPTICUM

Friedrichstr. 165.

Ein Naturwunder: Die wunderschönen Herkules-Brüder

Der Indianer-Riese Mianko Karoo.

ALT-CHINA Kunst-Ausstellung

LAPZIGER-STRASSE 12



Täglich geöffnet 10-8. Entree 1 M., Sonntag 50 Pf.

Residenz-Theater

Direktion G. Gaudenburg. Abends 7 1/2 Uhr:

Die Empfehlung. Der kensche Casimir.

Abends 8 Uhr:

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:

Alpenkönig u. Menschenfeind

Donnerstag: Kean oder Genie und Leidenschaft. Freitag: Zum erstenmal: Die reiferen Studenten. Sonnabend: Das Räthsel von Geilbrunn. Sonntag: Die reiferen Studenten. Montag: Der Sohn der Wildnis.

Neues Theater.

Schiffbauerdamm 4a-5.

Minna von Barnhelm.

Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Salome. Logik des Herzens.

Metropol-Theater

Durchlaucht Radieschen!

Barleske Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von Julius Freund. Musik von Victor Holländer. In Scene gesetzt von Direktor Richard Schultz. Im 4. Bilde: Grosses Ballett. Wie damals im Monat Mai. Anfang 7 1/2 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Trianon-Theater.

Georgenstraße, zwischen Friedrich- und Universitätsstraße.

Madame X.

Anfang 8 Uhr. Sonntag: „Biscotta.“

Deutsch-Amerikanisches Theater.

Heute: Zum Köpnickstrasse 67. Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr 30 Min. GASTSPIEL Ad. Philipp. Ueberr grossen 154. TEICH. Male:

IX. Berliner Saison.

Cirkus Busch.

Zum 35. Male: Aus den Alpen. Orig.-Pantomime, Cirkus Busch. Gemesenswert: Der Automobilsturz. Die offene Schleife. 8 Meter Sprung. Hr. Richard Sawade mit seiner berühmten Tiger-, Löwen- u. Bären-Dressur. Herr Burkhardt-Footitt, Schutzeiter. Eine Hirschjagd, ger. m. 20 Bollen und Halbblutjorden.

Apollo-Theater.

Abends 8 Uhr: Frühlingsluft. Operette von Strauss. Im dritten Blütenhochzeit. Bild: Grosses Ausstattungsballett. 9 1/2 Uhr: Das ersteklassige Januar-Specialitäten-Programm. Miss Blanche Sloan. X Solma Brantz. Los Poroz. X X Little Pich. Martin Kettner. Meisters Diophon und Kosmograph. Anfang 8 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr. Sonntag, den 31. Januar cr., bei ermäßigten Preisen: Gesinde-Ball.

Bernhard Rose-Theater

Geländeburgen, Badstraße 98. Mittwoch, den 27. Januar 1904: Eine leichte Person. Große Feste mit Gesang in 3 Akten von Blücher und Pöhl. Anfang 8 Uhr. Nach der Vorstellung: Grosser Ball.

Was soll ich trinken?

Der Kathreiners Malzkaffee trinkt, führt seinem Körper etwas außerordentlich Wohlbelömmliches zu. Kathreiners Malzkaffee vereinigt mit dem Wohlgeschmack und Aroma des Vohnenkaffees die vortrefflichen Eigenschaften des Malzes. Er ist im Gegensatz zum Vohnenkaffee für jede Natur, auch für die schwächliche und für Kinder, nicht nur vollkommen unschädlich, sondern nach ärztlicher Ansicht der Gesundheit sehr zuträglich. Mit Rücksicht auf diese Eigenschaften haben besonders Familien, in denen Kinder vorhanden sind, Kathreiners Malzkaffee schon längst zu ihrem ständigen Frühstücks- und Besper-Getränk gemacht.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.

Nachtsayl.

Anfang 8 Uhr. Morgen: Elektra.

Casino-Theater.

Lothringersr. 37. Anf. 8. Sonntag 7 1/2.

Wie einst im Mai.

Schauspiel mit Gesang in 2 Akten. Dazu neu: Die Wenzel und das brillante Januar-Programm. Sonntag: 4 Uhr: Ein edles Weib.

Fröbels Allerlei-Theater

H. Puhlmann, Schönhauser Allee 148. Inhaber: Wilhelm Fröbel. Heute Mittwochabend 8 Uhr: Humoristischer Abend. Norddeutsche Sänger. Nach der Vorstellung: Gr. Extraball ohne Nachzahlung.

Steidl-Theater

Linien-Oranienburger Thor. strasse 132. Kolossaler Erfolg! Rent! Das teure Vaterhaus. Dramalet von Fritz Steidl.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Straße 132. Nachmittags 4 Uhr: Schülervorstellung 10, 25, 40 Pf. Die Frau von Orleans. Abends 8 Uhr: Letzte Woche des Oberbayerischen Bauern-Theaters. Der Weindiebener. Volkstheater in 4 Akten v. E. Angenauer. Morgen: Die Leni v. Oberammergau.

Kranz- und Blumebinderei

H. Rodewald, Alexandrinenstrasse 1a. Anlässe mit Bindungsgeschäften. Arrang. zu Festlichkeiten, Bouquets, Topfgewächse jeder Art zu prelowert.

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill. Brunnenstrasse 16. Der Glöckner v. Notre-Dame. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Donnerstag: Extra-Vorstellung. Kean oder: Genie und Leidenschaft. Apotheke z. goldenen Adler. Alexandrinenstr. 41. Hämorrhoidallikör. a Flasche 1 Mark, 7 Flaschen 6 Mark.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O.
(Ballner-Theater).
Rittwochabend 8 Uhr:
Hedda Gabler.
Schauspiel in 4 Aufzügen von Henrik Ibsen. Deutsch von M. v. Borch.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Vasantasena.
Freitagabend 8 Uhr:
Der Tallisman.

Schiller-Theater N.
(Friedrich-Schiller-Theater).
Rittwochabend 8 Uhr:
Wilhelm Tell.
Schauspiel in 5 Aufzügen von Friedrich Schiller.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Uriel Acosta.
Freitagabend 8 Uhr:
Der Compagnon.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73. Amt IV 4440.
Direktion Jean Kron und Alfred Schönfeld.
Heute Rittwoch u. Freitag ab. 8 Uhr:
Gastspiel Isadora Duncan.
Donnerstag zum 150. Male:
Der Hochtourist.

Belle-Alliance-Theater.
Belle-Alliancestr. 7/8. Amt VI 283.
Heute Rittwoch u. Freitag ab. 7 1/2 Uhr:
Der Hochtourist.
Donnerstag, Sonnabend u. Sonntag:
Der reichste Berliner.

Cirkus Schumann.

Große Gala-Parade-Vorstellung. — Festprogramm.
Sommer das Original. Direktor Albert Schumanns neueste und modernste Dressuren.
25 männliche Kaiser-Löwen des Herrn Seeth.
Nur noch kurze Zeit.
Die phänomenale offene Loop. des Hrn. Ancillotti.
Babel. Gr. Ausstattungs-Pantomime der Gegenwart.

Palast-Theater
Burgstraße 22, früher Foss-Palast.
Heute und folgende Tage:
Abend 8 Uhr:
Das Millionenmädchen.
Lebensbild mit Gesang in 5 Bildern von Jacobson und Bilien.
Berber-Kanzari und Spezialitäten.
3 Brochers Reliques.
Rusikalischer Extravaganza-Balance-Act.
Les Varias.
Phänomenale Trapezkünstler.
Deamando und Anni.
Acrobatische equilibrist. Delange-Act.
Freitagabend 8 Uhr: Elitvorstellung.
Wilhelm Tell.
Schauspiel von Fr. v. Schiller.
Ab 1. Februar: Vollständig neues Programm.

Gebrüder Herrnfeld-Theater. Sonntags: 8 Uhr. 7 Uhr.
„Wieder ein neuer grosser Erfolg!“
lautet die einstimmige Kritik der gesamten Presse über die II. und D. Herrnfeldsche Komität:
Nur eine Nacht.
Zwei Akte aus einer Götze mit den Händlern in d. Hauptrollen.
Premiere: Januar-Attraktionen mit Sandix.
Vorverkauf 11-2 Uhr mittags.

Passage-Theater.
Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 8 Uhr. Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.

Enthauptung
einer lebenden Dame!
Willy Prager
mit seinem Schläger:
Die kleine Garnison.
14 neue erstklassige Nummern.

Sanssouci.
Kollbuscher Thor — Stat. der Hochbahn.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger u. Tanzkränzchen.
Jeden Dienstag:
Theater-Abend.
Wochentags Vorzugskarten gültig.
In Vorbereitung:
Ein Mann aus dem Volke.

Königstadt-Kasino
Goldmarkstr. 72, Ecke Alexanderstraße.
Täglich:
Frans Sobanski.
Mit Roselli, Georg u. Papi Wagner.
Bortolotti-Millardo-Kennas.
Zum Schluss: Die zweite Frau.
Nach der Vorstellung: Rittwoch, Sonnabend u. Sonntag: **Tanz.**

Germania-Prachtsäle
Gaulstr. 103, Arnold Scholz.
Jeden Mittwoch:
Sänger
(Stuhl, Wald)
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Vorzugskarten gültig.

Victoria-Brauerei

Aktien-Gesellschaft

Berlin und Stralau

= Bock = Bier =

Victoria-Lagerbier (halb hell) | **Victoria-Tafelbier** (ganz hell)
von vorzüglichem böhmischen Getreide

Victoria-Saazer-Bräu | **Victoria-Exportbier**
ganz hell nach Pilsener Art, sehr aromatisch kühlend. | dunkles Gebäu nach Münchener Art, besonders malzig.

Requisit, Medalien, Julius Kallist, Berlin. Für den Importanten beantragt: L. G. Orban, Berlin, Deutscher Reichstag, Reichs-Verwaltung, Reichs-Verwaltung, Reichs-Verwaltung.

Der Ausstoss unseres Schultheiss' BOCK hat begonnen.

Schultheiss' Brauerei A.-G.

Böhmisches Brauhaus, Landsberger Alle No. 11-13.

Unser **Bockbier-Ausstoss** beginnt am **Mittwoch, den 27. Januar cr.**

Ebenso empfehlen wir unser **4049L***

Helles und dunkles Tafelbier in Fässern
Gambrinus-Bräu nach Münchener Art und Flaschen.
und Böhmisches Pilsener

Telephon-Amt VII 3120 für Bestellungen in Fässern.
do. VII 5088 " " " Flaschen.
do. VII 1670 " " " "

Ziehung 2. u. 3. März zu Berlin im Kaiserhof. XIV. Lotterie d. techn. Commission f. Transporen.

Berliner Lose A 1 & 11
11 Lose 10 A, Porto u. Liste 20 J.
Pferde mit 70 % des angesetzten Wertes sofort verkauflich gegen mit Sandix.

Baar-Geld.
6039 Gewinne Gesamt-wert

100000
10000
6000
5000
4000

2 A 3000 = 6000
5 A 2000 = 10000
6 A 1500 = 9000
2 A 1000 = 2000
6000 A 10 u. 5 Mark = 44000
20 Fahrräder = 4000

Berliner Lose versendet: General-Debit Lud. Müller & Co.
Berlin, Breitestr. 5. Telegr.-Adr.: Glucksmüller

Zahn-Klinik. Preise: beliebige Zahn- u. Invalidentherapie. Olga Jacobson, strasse 145.

Brauerei Germania Akt.-Ges.

Berlin O. Frankfurter Allee 58. VII 2645.

Ausschank in 80 eignen Geschäften.

Bock-Bier

1/10 Liter 10 Pf.
1 Flasche 10 Pf. 1/2 Tonne 3,50 Mk. 4100L*

15 Flaschen 1,50 Mk. frei Haus.

Gegen Monatsraten von 2 Mk.

an liefern wir

Musikwerke selbstspielende sowie Drahtinstrumente mit auswechselbaren Metallnoten von 18 Mk. aufwärts.

Accordeons in sehr reicher Auswahl, sehr preiswerte Instrumente in allen Preislagen.

Phonographen mit antiklonigen, vorzüglich funktionierenden Apparate von 20 Mk. aufwärts. Bespielte und unbespielte Wälzer in Ia. Qualität.

Zithern aller Arten, wie Accord-, Harfen-, Duett-, Konzert-, Gitarre-Zithern etc.

Bial & Freund in Breslau II.
Illustrierte Kataloge auf Verlangen gratis und frei.

Vorwärts-Buchhandlung

SW., Lindenstrasse 69.

Die Russen-Interpellation hat das Interesse für Russland und seine Verhältnisse geweckt.
Wir empfehlen zu diesem Thema folgende Bücher:

Sechzehn Jahre in Sibirien. Erinnerungen eines russischen Revolutionärs von P. G. Deutsch. 3 Bde., geb. 3,50 Mk.
Ein im Jahre 1884 in Deutschland verhafteter und nach Russland ausgewiesener russischer Student schildert in dem Buche seine Erfahrungen in deutschen, russischen und sibirischen Gefängnissen, in denen er ein halbes Menschenalter hindurch gefangen war, bis er über Japan und Amerika entflohen ist.
Kennen: Sibirien gebunden 1,50 Mk.
" Russische Gefängnisse — 60
" Zeltleben in Sibirien 1,-

Lehmann-Parvus: Das hungernde Russland. Reiseindrücke, Beobachtungen und Untersuchungen. Illustriert. 3 Bde., geb. 4,50 Mk.

Jadringer, R.: Sibirien. Geographisch-ethnographische und historische Studien. Mit zahlreichen Abbildungen. Statt 16 Mk. nur 6 Mk.

Leroy-Beaulieu, A.: Das Reich des Zaren und die Russen. 2 Bände. Statt 10 Mk. nur 4 Mk.

Ein die russischen Verhältnisse überaus trefflich schilderndes Werk:
Conzen und Celsch: Das heutige Russland. 2 Bände. Statt 6 Mk. nur 3 Mk. Der erste Band schildert das europäische, der zweite das asiatische Russland.

Sandbeck, Henry: Durch Sibirien. Eine Reise vom Ural bis zum Sibirischen Ozean. Statt 20 Mk. nur 6 Mk. 233/2*

Sozialdemokratischer Verein für den 5. Berliner Reichstagswahlkreis.
Am Montag, den 25. Januar, verliert unser altes Mitglied, der Steinträger
Hugo Biester
welcher sich an den Arbeiten der Partei stets eifrig beteiligt hat.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 28. Januar, nachmittags 4 Uhr, vom Georgen-Kirchhof, Röllstrasse, Weihensee, aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet.
Der Vorstand.

Verband der Bau-, Erd- und gewerbli. Hilfsarbeiter Deutschl. Bezirk Nord-Ost.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Kollege
Hugo Biester
am 25. Januar d. J. an der Proctierkrankheit gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 28. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofs, Röllstrasse, Weihensee, aus statt.
Ihre rege Beteiligung erwartet.
32/9 Die Ortsverwaltung.

Frauen- u. Mädchen-Bildungsverein Schöneberg u. Umg.
Am 25. Januar verliert unser Mitglied
Frau Mertins
Johannisthal.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 28. Januar, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des alten Georgen-Kirchhofs, am Röllsthor, aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet.
1290 b Der Vorstand.

Den Kollegen zur Nachricht, daß am 23. Januar unser Kollege
Stefan Szarata
verstorben ist.
Die Beerdigung findet am 27. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Reichs-Kirchhofs (Kartenfelder Weg) aus statt.
Die Kollegen der Firma 1290 b Schwab u. Co.

Steinarbeiter.
Am Montag, den 25. Januar, starb unser Mitglied, der Steinmetz
Albert Gönnerl.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 28. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des alten Dorosthen-Kirchhofs, Röllstrasse, aus statt.
Das Komitee.

Jubiläum-Unterstützungskasse der Steinbrüder und Zithergraphen.
Die Beerdigung des am 25. Januar cr. verstorbenen Steinbrüders
Theodor Werner
findet statt am Donnerstag, den 28. Januar cr., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des alten Dorosthen-Kirchhofs, Röllstrasse.
Das Komitee.

Danksagung.
Sage hiermit allen Kollegen, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Wahlkreis und dem Central-Verband von Rixdorf, der Firma Jung u. Co., sowie dem Sparclub „Ehre“ und dem Lotterielub „Harnlos“ für die rege Teilnahme und Krankschreiben bei der Beerdigung meines Vaters meinen herzlichsten Dank.
41012
Rixdorf. Martha Herkt.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters, des Malers
Max Benicke,
sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie dem Gefangenenverein Norddeutsche Schiffe und der Central-Struktur- und Sterbefälle der Vater zu Rixdorf, sowie der Verleihung der Maler, Lackierer und Anstreicher, Hilde Rixdorf, meinen herzlichsten Dank.
W. Elise Benicke.

Feldschlößchen
Müller-Strasse 142.
Sonnabend, den 12. März, ist mein 1224b. Saal frei geworden.

Reichshallen Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

5. Sitzung, Dienstag, den 26. Januar 1904, 11 Uhr. Am Ministerische sind zunächst nur Kommissare anwesend. Die erste Lesung des Etats wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Sattler (natl.):

Ich will nur einige Punkte, die bisher in der Debatte berührt worden sind, herausgreifen. Da ist zunächst die runde Weg zu verwerfende Sparte, die unnatürliche Verbindung zweier ganz verschiedenartiger Gebiete. — Die Eisenbahnen müßten wegen der großen Einnahmeschwankungen viel selbständigere Organisationen haben. Sie würden dann auch besser ihrem Zweck entsprechen, ein wichtiges Verkehrsinstitut zu sein. Mit der Regelung der Schulunterhaltungs-Pflicht sind wir gern einverstanden; wir fürchten nur, daß anlässlich dieses Gesetzes die Konfessionalität der Volksschule übertrieben werden könnte. Das Wahlgesetz muß mindestens insofern geändert werden, als die großen Wahlkreise zerlegt werden. Die Polenpolitik der Regierung werden wir auch weiterhin unterstützen. Ich komme nun auf die letzten Landtagswahlen zurück. Jede Partei sucht durch ihre Agitation Anhänger zu gewinnen, auch die Konservativen, z. B. in Hannover. Da brauchen sie gegen Angriffe von anderer Seite nicht so empfindlich zu sein. Schon 1890 hat uns der Bund der Landwirte den Krieg erklärt. Und doch ist z. B. im Reichstag der Jollitars nur mit untrer Hilfe zur Annahme gelangt. Wir wollen, daß allen Landesteilen Gerechtigkeit geschieht. Darum sind wir auch für die Kanalvorlage eingetreten. Nicht von uns sind andere als wirtschaftliche Erwägungen zuerst in diese Frage hineingetragen worden. Sie (zu den Konservativen) vertreten nur einseitig bestimmte Interessen, während wir für alle Bevölkerungsklassen sorgen wollen. Herr v. Jellidig ist weder seiner Partei, noch seiner Persönlichkeit nach berechtigt, uns Vorschriften zu machen. (Wabro! bei den National-Liberalen.) Seine Partei ist im Reichs- wie im Landtage wenig zahlreich. (Sehr richtig! bei den National-Liberalen.) Herr v. Jellidig sagte, wir müßten ein „Bläthen an der Sonne“. Das ist ein unerbörter Vorwurf! (Sehr wahr! bei den National-Liberalen.) Unse ganze Vergangenheit ist Zeugnis genug dafür, daß wir für alle nationalen Interessen eintreten.

Abg. Dr. Porck (C.):

Von der Hochwasser-Katastrophe ist mein Wahlkreis in Oberschlesien ganz besonders hart betroffen worden, insofern als die sogenannten „Anteressenten“, auf die nach dem letzten Hochwasserbeschluß die Wassersteuer von den betroffenen Gemeinden abgewälzt werden kann, häufig absoht nicht in der Lage sind, diese schwere Belastung zu ertragen. Die Grundstücke, nach denen der Flulpfaster aufgestellt wird, sind ganz unhaltbar und müssen geändert werden. In letzter Linie ist eine Abänderung des Hochwasserbeschützes und Auge zu fassen.

Unser Standpunkt zum Schulunterhaltungsgesetz hat bereits mein Freund Bachem dargelegt. Alle Befürchtungen, als wenn wir die Pflicht hätten, in irgend einer unzulässigen Weise ein solches Gesetz zu beipfanden, sind unbegründet.

Auch die Polen haben nicht immer lokal gehandelt. Ich erinnere an die polnische Hege gegen den Grafen Vallerstrem; fort und fort suchte man mit erfindenen Anschuldigungen des Grafen Vallerstrem bei unwissenden Lesern Eindruck zu machen. Immer noch haben die polnischen Agitatoren sich nicht zu entschließen vermocht, die Worte des Grafen Vallerstrem richtig zu stellen. Ein Volk, das keine historischen Erinnerungen hat, das keine Trauer über ein zerrissenes Vaterland empfinden kann, mit solchen Erinnerungen zu erfüllen, es von seinen natürlichen Führern zu trennen, ist ein Unrecht! (Sehr richtig! im Centrum.) Wir halten die polnische Bewegung für berechtigt, insofern sie auf die Erhaltung der polnischen Muttersprache, insbesondere im Religionsunterricht, gerichtet ist. In der Bewegung steckt somit ein berechtigter Kern, um den eine unberechtigte Schale sich gelegt hat. Wir stimmen dem Ministerpräsidenten darin zu, daß man in Oberschlesien keine Bespreßungsmaßnahmen ergreifen darf. Es hat in Oberschlesien immer eine lokale Bevölkerung gegeben, die zum Teil irreführt ist von Leuten, die es von ihrem Standpunkt aus gut gemeint haben mögen. Man soll diese lokale Bevölkerung in ihrer Lokalität zu erhalten suchen, nicht aber sie durch eine verfehlte Politik in die Hände von Sekern treiben! (Lebhafte Zustimmung im Centrum.)

Landwirtschaftsminister v. Fobbielki:

Der Vorredner erwähnte die sogenannte Wassersteuer in Schlesien. Nach dem Gesetz sind die dem Provinzialverband erwachsenen Flulpfasterregulierungskosten von den Interessenten aufzubringen, und zwar nach dem Verhältnis des Vorteils. Wenn noch weitere Beschwerden über etwaige Ueberlastungen zu meiner Kenntnis kommen sollten, werde ich die Verhältnisse prüfen und, wenn nötig, zu Gunsten der Ueberlasteten eingreifen. Zunächst aber ist die Kostenregelung Sache der Provinzialbehörden.

Abg. Freiherr v. Jellidig (N.):

Für eine Erneuerung des Schulgesetz-Entwurfs von 1892 werden wir nicht zu haben sein. Dr. Sattler bemerkte mir gegenüber, seine Partei sei ausschlaggebend gewesen im Reichstag bei der Annahme des Antrags Starobin, hier in der Polenfrage. Welches befähigt meine Aeußerungen vom Sonnabend, wonach der Liberalismus zwar als solcher keine Zukunft mehr hat, wohl aber, soweit er seinen Schwerpunkt auf das nationale Element legt. Das war aber beim Jollitars und in der Polenfrage der Fall. Dr. Sattler hat also meine Deduktion bestätigt. Ich halte es für eine einfache Pflicht der National-Liberalen, mit den Reichsparteien in nationalen Fragen zusammenzugehen. Ein national-liberaler Abgeordneter hat aber unter Kammerunterstützung öffentlich eine reinliche Scheidung von ihren rechten Radbarn gefordert. Die Art, wie die Berliner Clique, — die Richtung Krause, will ich einmal sagen (Große Heiterkeit, da Vizepräsident Dr. Krause gerade das Präsidium führt) — in der Partei wirtschaftet, muß zu Mißverständnissen führen und in zweiten Kreisen die Anschauung wecken, daß in landwirtschaftlichen Fragen kein Verlaß auf die National-Liberalen ist. (Oh! bei den National-Liberalen.) Ich kann Sie (zu den National-Liberalen) im Interesse des Gemeinwohls nur bitten: lassen Sie die linke Richtung in sich nicht aufkommen! (Oh! und Gelächter bei den National-Liberalen.) „Laß dich vom Linken nicht umgarnen!“ Wägen die National-Liberalen wieder voll national sein! (Wabro! rechts. Lachen links.)

Abg. Dr. v. Starzynski (Pole):

Der Minister des Innern ruft uns zu: „Wir haben zu befehlen, Sie zu gehorchen!“ Diese Aeußerung wird für uns ein vorzügliches Agitationsmittel sein. Sie konnte nur gehen werden in einem Parlament, das in seiner Mehrheit aus sich gehorham stehenden Untertanen besteht und nur in seiner Minderheit aus unabhängigen und frei geseinten Männern!

Vizepräsident Dr. Krause (unterbrechend):

Sie haben kein Recht, die Mehrheit des Hauses in dieser Weise zu charakterisieren! Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung! (Wabro! rechts.)

Abg. Dr. v. Starzynski (fortfahrend):

Die heutige Regierungspolitik geht darauf hinaus: „Das Polentum muß gesiegt werden!“ Ist das nicht tief beschämend? Das ist der Kampf der rohen politischen Gewalt gegen eine unterdrückte Nationalität! Alle Polen sind empört über diese Behandlung, die durch nichts verdient ist! Der Ministerpräsident hat geradezu erklärt: „Friede wird erst eintreten, wenn es keine Polen mehr giebt!“ Aber die Minister sind vergänglich. Auch Herr v. Hammerstein wird gehen und nach ihm kommt vielleicht ein Minister, der es nicht für seine Aufgabe er-

achtet, einen Nationalitätenkampf innerhalb des Vaterlandes zu führen! Die heutige Regierung prahlt mit großen Worten. Aber jedes polnische Kind kennt den Wert dieser Prahlereien. Heute wird ein dreifaches Verbrechen an den Polen begangen: an ihrer Sprache, ihrer Religion und ihrem Hab und Gut! (Weifall bei den Polen.)

Ein Regierungskommissar:

Wenn die Polen sich als gute preussische Untertanen erweisen, sind wir nicht unliebenswürdig gegen sie. Im übrigen sind die polnischen Reden immer dieselben und natürlich wird auch die Haltung der Regierung demzufolge dieselbe bleiben.

Abg. Dr. Friedberg (natl.):

Der polnische Vorredner hat die unerhörtesten Uebertreibungen vorgebracht. Soll ich ihn erinnern an den polnischen Edelmann, der auf seinem Hause eine Fahne anbrachte mit der Aufschrift: „Tod den Deutschen!“ (Große Unruhe.)

Nun zu den Ausführungen der Abgg. Dr. Jzmer und Freiherr v. Jellidig. Wir fassen allerdings den konservativen Standpunkt in der Verkehrs- und in der Schulfrage als rückständig, als reaktionär auf! Wenn sich die Konservativen über derartige Bezeichnungen in unsern Wahlflugblättern beschwert fühlen, so kann ich den „Ton“ dieser Flugblätter gerechtfertigt finden. Auch die Konservativen verstehen ja in der Agitation etwas zu leisten. So wurden wir National-Liberalen in einem ihrer Flugblätter als Vertreter des Großkapitals charakterisiert, die kein Herz für die Landwirte hätten und für hohe Dividenden schwärmten. Eignen nicht auch bei den Konservativen Aufsichtsratsmitglieder und Vertreter von Aktiengesellschaften? Auch Herr Dr. Jzmer weiß in kräftiger Agitation Bescheid. Ein Artikel: Die freisinnige Volkspartei, der Schnaps und das Schwein — eine schöne Ueberschrift — stammt nach den Mitteilungen des Herrn v. Verlaß von Herrn Dr. Jzmer. Herr v. Jellidig hat gar keine Veranlassung sich zu Verlagen über die keine Verstimmung zwischen National-Liberalen und Freikonservativen. Sie hat ihm Veranlassung gegeben, eine Menge Artikel in der „Post“ und im „Tag“ vom Stapel zu lassen. Die National-Liberalen werden aber auch trotz der Mahnung des Herrn v. Jellidig ihren Liberalismus weiter betonen außer dem Nationalen. Wir haben den Kampf mit den Herren Dr. Jzmer und Genossen würdig aufgenommen und untrer Energie ist es hauptsächlich zu verdanken, daß die Führer der Wähler bei den Reichstagswahlen auf der Strecke geblieben sind. Dann in der Kanalfrage. Auch die Art, wie gerade Herr v. Jellidig die Kanal-campagne geführt hat mit den zahlreichen Artikeln in der „Post“ unter Anwendung aller Vertilgungsmittel hat uns erbittert. Herr v. Jellidig hätte das Parteigezänk hier gar nicht anfangen sollen. Wir halten ein solches Parteigezänk für schädlich im Interesse des Gemeinwohls. (Weifall bei den National-Liberalen.)

Abg. Dr. Jzmer (L.):

Wenn die National-Liberalen ihren Liberalismus in den Vordergrund stellen wollen, haben wir nichts dagegen. Bei den letzten Wahlen haben sie wenig Geschäfte damit gemacht. Im übrigen haben wir gar nichts gegen den Liberalismus. (Große Unruhe links.) Wir würden es sehr bedauern, wenn der Liberalismus von der politischen Bühne verschwände (Lachen links) und durch die Unsturzpartei ersetzt würde, und ich spreche wohl im Namen der ganzen konservativen Partei, wenn ich erkläre, daß wir gern bereit sind, in solchen Fällen an der Rekonstruktion der national-liberalen Partei mitzuarbeiten. (Heiterkeit rechts. Lachen links.) Herr Dr. Friedberg hat von einem Artikel gesprochen, den ich geschrieben haben soll, mit der Ueberschrift: „Der Schnaps, das Schwein und die freisinnige Volkspartei.“ Ob ich den Artikel geschrieben habe, weiß ich nicht (Lachen links). — Warten Sie doch ab — ich weiß, daß der Artikel 1898 geschrieben wurde, und ich schäme mich vieler Ueberschriften nicht, welche nur eine Entschelte ist, denn sie bildete im Wahlkampf den Kampfruf der Freisinnigen in der Fassung: „Der Schnaps, das Schwein und die Junker.“ (Weifall rechts.)

Abg. Dr. Arendt (mit Unruhe empfangen):

Von der national-liberalen Partei ist die Agitation des Bundes der Landwirte mit der sozialdemokratischen Agitation verglichen worden. Das ist total ungerecht. Die Kanalfrage ist für uns keine politische Frage, sie ist bei uns als offene Frage behandelt worden. Wir haben Kanal-freunde und -gegner in untrer Mitte. Die national-liberale Partei, die sonst alle wirtschaftlichen Fragen als offen behandelt, hat die Kanalfrage als politische behandelt. Das ist ein Widerspruch. Wir sind nicht verkehrfeindlich, weil wir den Mittelstand nicht wollen. Es ist keine Annahme, wenn wir wünschen, daß die uns näher stehenden Elemente in der national-liberalen Partei wieder die Oberhand gewinnen möchten. Solche Auseinandersetzungen sind ja unangenehm, aber sie führen auch unter Umständen zur Klärung und Verständigung. Diese Verständigung ist notwendig, da wir aufeinander angewiesen sind zu gemeinsamen Kämpfen gegen gemeinsame Gegner. Weniger hier im Abgeordnetenhaus, als im Reichstags-tage, wo es den Kampf gegen den Unsturz giebt. (Weifall rechts.)

Abg. v. Chyren (natl.):

Die Konservativen haben wirklich kein Recht, sich über den schledchten Ton bei uns zu beklagen. Auch unsere Haltung der Sozialdemokratie gegenüber kann uns nicht zum Vorwurf gemacht werden. Wir haben die Sozialdemokratie nirgends auch nur durch Passivität unterstützt. Wenn die Konservativen fortfahren, die wirtschaftliche Entwicklung zu hemmen, und wir halten den Kanal für eine Förderung dieser Entwicklung und deshalb die Kanalfrage für eine hochpolitische Frage, wenn Sie fortfahren, auf kirchlichem Gebiete und auf dem Gebiete der freien wissenschaftlichen Förderung rückschrittliche Tendenzen zu verfolgen, so ist es so sicher wie 2 x 2 = 4, daß die extremen Elemente auf der anderen Seite an Bedeutung und Einfluß gewinnen und die gemäßigten Parteien zurückgedrängt werden und daß dann die extremen Parteien rechts und links einen nach untrer Meinung für das Gesamtinteresse nur unheilvollen Kampf aufziehen werden. Dann mögen Sie nach dem starken Mann rufen. Das hilft nichts, denn solche große geistige Bewegungen werden nicht von Einzelnen gehemmt oder gefördert. (Weifall links.)

Hierauf wird die Debatte geschlossen.

Es folgen eine Reihe persönlicher Bemerkungen zwischen den Abgg. Dr. Friedberg und v. Chyren einerseits und den Abgg. v. Jellidig und Dr. Arendt andererseits.

Der Etat wird der Budgetkommission übermiesen.

Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr. Rechnungssachen. Gesetzentwurf betreffend die Verpflichtung zum Besuch der ländlichen Fortbildungsschulen in Hessen-Kassau. Kleinere Vorlagen.)

Schluß 3/4 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Ueber das Befinden des Genossen Vollmar wurden in der Presse sehr ungünstige Nachrichten kolportiert. Danach sollte zu befürchten sein, daß er nicht mehr parlamentarisch werde thätig sein können. Die „Münchener Post“ ist in der Lage, diese Mitteilungen als unbegründet bezeichnen zu können. Vollmar selbst schrieb einem Mitgliede der bayerischen sozialdemokratischen Landtagsfraktion am 21. d. M.: „Vor drei bis vier Wochen werde ich nicht kommen können, obwohl es sehr kräftig vorwärts geht. Dann denke ich aber wieder thätig mitthun zu können.“

Eine Bitte! An die Verleger und Redakteure der Partei- und Gewerkschaftsblätter, die Leiter der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen, Parteibuchhandlungen usw., wie an alle einzelnen Parteigenossen, richtet unterzeichneter Verein die dringende Bitte an der Begründung einer Arbeiterbibliothek für den ober-schlesischen Industriebezirk durch unentgeltliche Uebermittlung von Büchern,

Broschüren und Zeitschriften mitwirken zu wollen. Nach schweren Kämpfen und Segnern aller Art ist es endlich gelungen, auch im ober-schlesischen Industriebezirk eine politische Organisation der Klassenbewußten Arbeiterschaft zu begründen. Dieselbe hat ihren Sitz in dem nach langem Kampfe mit Behörden usw. errungenen eignen Heim der Kattowitzer Arbeiter. Nunmehr gilt es, den noch engen Kreis der geistig vorgefertigten kampfesmutigen Arbeiter allen Schwerkriegsleitern zum Trost mehr und mehr zu erweitern, eine Verbreiterung zu bilden, die imstande sein wird, auch im ober-schlesischen Industriegebiet untrer Sache den Sieg zu erringen. Diesem schönen Ziele würde ganz besonders eine größere gute Bibliothek dienen. Sie würde den armen ungebildeten, aber nach Wissen, nach Licht im tiefen Dunkel ihres traurigen Lebens schmachtenden Arbeitern dieses fern von aller Kultur unmittelbar an russischen-Polen und an Galizien grenzenden preussischen Gebiets zur Leuchte werden können. Hunderttausende Arbeiter harren hier der Befreiung aus geistigen wie ökonomischen Banden, in die Faschismus und Industrie-Feudalismus sie gefesselt haben. Auch bei den polnischen Arbeitern kann eine deutsche Bibliothek Bedeutendes wirken, da infolge der Unterdrückung des polnischen Schulunterrichts zu Gunsten des deutschen die polnischen Arbeitervereine erheblich besser beaufschlagt wie polnisch lesen. Die vorhandenen ober-schlesischen „Volksschulbibliotheken“ sind aber entweder in den Händen der katholischen Geistlichen oder halatistischen „Gernantiatoren“, können für die Aufklärung der Arbeiter also niemals in Betracht kommen.

Wer daher an der Entfaltung der großen kulturellen Aufgabe der Arbeiterbewegung auch im ober-schlesischen Industriebezirk mitwirken will, der ermögliche durch opferwillige Schenkung von Büchern, Broschüren, Zeitschriften die Begründung der „Ober-schlesischen Arbeiterbibliothek“. Jede einzelne Gabe wird dankbar entgegen-genommen. Insbesondere werden auch die Parteibuchhandlungen gebeten, von den bei der gegenwärtigen Inventuraufnahme etwa zurückgebliebenen Sachen einiges für diesen Zweck zu opfern. Auch mehrere Exemplare desselben Werkes werden gern genommen, da die Bibliothek den Parteigenossen aller im Industriegebiet gelegener Orte zur Verfügung gestellt werden soll. Erwünscht sind neben allen Erzeugnissen untrer Partei- und Gewerkschaftsliteratur volkwirtschaftlichen, geschichtlichen und naturwissenschaftlichen Büchern und Schriften, besonders auch die Werke untrer namhaften deutschen Dichter, wie die des Auslandes in guten Uebersetzungen. Auch gediegene Unterhaltungsliteratur ist sehr willkommen als Mittel zur würdigen, geistesanregenden Erholung untrer Arbeiter.

Allen freundlichen Gebern im voraus herzlich dankend mit Parteigruß der Socialdemokratische Verein in Kattowitz, J. U.: J. Bruhn.

Sendungen erbeten an:

Julius Bruhn, Schriftsteller, Kattowitz OS.

Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Gefängnisstrafe für einen Spaziergang.

Aus Posen wird uns geschrieben: Die hiesige Kaiserfeier hat sechs der Teilnehmer an derselben eine Anklage eingebracht, über die am 25. d. M. vor dem Schöffengericht verhandelt wurde. Am 1. Mai 1903 veranstaltete das Gewerkschafts-Komitee eine Kaiserfeier-Veranstaltung. Der Leiter derselben, Genosse Wujdzinski, machte vor Schluß der Versammlung die Anwesenden darauf aufmerksam, daß am selben Tage nachmittags ein gemeinsamer Spaziergang stattfinden, es den Versammelten freistehend, sich an demselben zu beteiligen. Da zu dieser Zeit gerade die Holzarbeiter streikten, fanden sich zum Spaziergang mehr Personen ein als es sonst bei solchen Anlässen der Fall war, da in Posen nur verhältnismäßig wenig Arbeiter den 1. Mai zu feiern wegen können. Die Spaziergänger gingen jedoch keineswegs etwa in geschlossenem Zuge, sondern in einzelnen, losen Trupps; sie wählten für ihren Ausflug sogar verkehrsrarme Straßen und Feldwege. Zum Ueberflus begleitete noch ein Kommissar auf einem Rade die Ausflügler auf ihrem Wege, ohne Anlaß zum Einschreiten zu finden. Dennoch muß die Polizei in dem harmlosen Ausfluge ein Haar gefunden haben. Als die Spaziergänger sich nämlich auf dem Rückwege befanden, wurden sie von einem Kommissar und vier Schulheuten, die im eilfertigen Galopp in einer Droschke angefahren kamen, angehalten, die an der Spitze gebenden festgenommen und auf die Wache gebracht. Die Anklage sieht diesen Ausflug nun als öffentlichen Umzug an, der ohne polizeiliche Genehmigung arrangiert worden sei und natürlich schwer geahndet werden muß. Es stand in dieser Sache schon mehrfach Termin an, doch konnte wegen Verzugs einiger der Angeklagten nicht verhandelt werden. Nach dem in der Hauptverhandlung verlesenen Eröffnungsbeschlus sind beschuldigt: Wujdzinski, in der Versammlung zum öffentlichen Umzuge aufgefordert zu haben, ohne im Besitze einer polizeilichen Genehmigung zu sein; Kamle, Kosmiski, Helminial, Wegher und Naprzajal, sich an diesem Umzuge beteiligt, die ersteren beiden ihm geführt resp. geordnet zu haben. Die als Zeugen vernommenen Schulheute und der Kommissar konnten nur befehlen, daß sie plötzlich telephonisch requiriert worden wären, den Zug, den „die Sozialdemokraten“ auf der Kapomiete (einige Schritte vor dem Versammlungslokal) bildeten, aufzulösen. Nach ihrer Aussage wären die Ausflügler in einem geschlossenen Zuge zu 2 Mann hochgeordnet marschiert, was die Angeklagten entschieden bestritten; sie waren vor dem Versammlungslokal erklärterweise näher aneinander herangekommen, keineswegs aber auf dem Wege dorthin in Kotten marschiert. Kampe und Kosmiski werden nach der Anklage deshalb als Anführer und Ordner angesehen, weil sie rote „Abzeichen“, die in Halstüchern und Schlipsen bestanden, trugen. Die Zeugenaussagen gerade bei solchen Gelegenheiten gewertet werden müssen, wurde in diesem Prozesse mit geradezu klassischen Beispielen belegt. Jeder der fünf Polizeibeamten stellte die „Abzeichen“, auf die sich die Anklage stützt, anders dar. Nach der Aussage des Kommissars trugen Kampe und Kosmiski breite rote Schärpen über die Schulter gehängt, an der Seite mit einer Kugel zusammengehalten; ein Schulmann hat nur Rosetten gesehen, ein anderer ein rotes Tuch über dem Rockragen, der dritte ein schmales rotes Band unter dem Rockragen usw. Trotzdem nahm das Gericht die „Strafbaten“ als erwiesen an und verurteilte die Angeklagten, die sie doch allerhöchstenfalls nur einer Form-fünde, der Unterlassung der Einholung der polizeilichen Erlaubnis, schuldig gemacht haben, zu den horrenden Strafen von drei und zwei Monaten Gefängnis für Kosmiski und Kampe und zu 15, 8 und 3 M. Geldstrafe für die übrigen Angeklagten.

Wegen Verleumdung der Polizei wurde in Hamm der Bauarbeiter Holland zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt. Er hatte in einer Versammlung, die sich mit der Frage des Bauarbeiter-schutzes beschäftigte, der Polizei vorgeworfen, daß sie ungenügend kontrolliere und daß Polizeibeamte mit den Unternehmern trüben, wenn sie zur Kontrolle kommen.

Soziales.

Kerze und Kassen.

Die Deputation des Verbandes der Kölnischen Krankenkassen hat nach längeren Konferenzen mit dem Kultusminister und dem Handelsminister erreicht, daß der Regierungspräsident von Köln zum Bericht aufgefordert worden ist. Bis dahin dürfte die Angelegenheit in Köln in der Schwebe bleiben.

Zu dem Bericht über den Krankentag in Leipzig ersucht uns Herr Tischendörfer um Veröffentlichung dieser Mitteilung: „Der Bericht über meine Ausführungen auf dem Krankentag“

Langreg enthält zwei urrichtige Sätze. An der einen Stelle führt er aus, daß durch den Massenwahn heute bereits 12 Millionen Menschen einem Teil der Ärgste gemüßigt entzogen wären und daß die Entwicklung auf eine erhebliche Vermehrung dieser Zahl hinausläufe. Es wäre dies z. B. ebenso, als wenn man von 100 000 Metallarbeitern 50 000 verbieten würde, in Bayern, Württemberg und Sachsen, welche zusammen ebenfalls 12 Millionen Menschen umfassen, Arbeit zu nehmen.

Dann habe ich nur Absatz 3, und zwar u. a. auch als eine Beleidigung der Ärgste bezeichnet, im übrigen aber die Streichung der Sätze 3, 8 und 10 besonders begründet.

Wir können nicht finden, daß dies etwas anderes, und vor allem nicht, daß es etwas Klügeres sei, als was unser Bericht Herrn Tischendorfser sagen läßt.

Zum Geschenk über die Kaufmannsgerichte nahm der „Verein der Arbeitgeber-Beisitzer des Gewerbegerichts Berlin“ in seiner ordentlichen Generalversammlung durch folgende Resolution Stellung:

„Der Verein der Arbeitgeber-Beisitzer des Berliner Gewerbegerichts hat mit großer Bemühtung Kenntnis von dem Entwurf über das Kaufmannsgericht genommen und erblickt darin eine Förderung unserer socialpolitischen Gesetzgebung. Der Verein erwartet, daß der vorliegende Entwurf in kürzester Zeit zum Gesetz erhoben wird.“

In der Debatte geäußerte weitergehende Wünsche stellte man zurück mit der Begründung, daß man das Zustandekommen des Gesetzes nicht gefährden wolle.

Bei der Arbeitslosen-Zählung in Magdeburg, die vom Gewerkschaftsamt unter Mitwirkung der Stadt vorgenommen wurde, ermittelte man 2366 Arbeitslose, darunter 599 Familienväter mit 3128 Kindern. Nicht mitgezählt wurden die 120 Insassen einer Arbeiterkolonie und die Insassen des Asyls für Obdachlose. Außerdem berichteten viele Häuser, daß sie mehrmals von Arbeitslosen beschuldigt worden.

Aus dem Leben der medienburgischen Volksschullehrer.

Die in medienburgische Ritterschaft die Erziehungstätigkeit ihrer Lehrer beiderlei, zeigt das Einkommen des ritterschaftlichen Lehrers in S., das sich aus folgenden Positionen zusammensetzt: Freie Weide für eine Kuh, das Recht zur Benutzung der Gutsgrünweide, wofür auf je zehn Tiere ein Exemplar an den Gutsbesitzer abzuliefern ist, 32 Raummeter Holz, Wohnung im strohgedeckten Tagelohnern, freie ärztliche Behandlung und freie Medizin, 120 Quadratruten Acker- und 30 Quadratruten Gartenland, 40 Scheffel Korn, 25 Prozent der Einnahmen aus dem herrschaftlichen Weinstand, der zu verwalten ist, die Befugnis, Schweine und Federwied in beschränkter Zahl mästen und züchten zu dürfen und ein Barghalt von 200 M. Ein Gesuch um Aufbesserung wurde ablehnend beschieden.

Unfallentschädigung in Rußland.

Am 1. Januar trat das neue russische Gesetz über die Unfallentschädigung in Kraft, das äußerlich einen principiellen Gegensatz zu dem bisherigen bilden soll. Nach den bisherigen Bestimmungen mußte der Arbeiter beweisen, daß der Unfall durch die Schuld des Unternehmers geschehen ist. Jetzt wird die Beweislast auf den Inhaber des Betriebes übergeben. Will dieser sich von der Entschädigungszahlung befreien, so muß er beweisen, daß die Ursache des Unfalls die Unvorsichtigkeit des Geschädigten oder eine grobe Fahrlässigkeit des Geschädigten gewesen ist, die nicht durch die Arbeit des Betroffenen zu rechtfertigen ist. Der Begriff der groben Fahrlässigkeit ist das Hintertürchen, durch welches die Unternehmer sehr oft entkommen werden, wenn die Besonderheiten der russischen Rechtspflege in Betracht gezogen werden. Dieser Begriff ist es, der den Unternehmern die Pille verschlucken sollte und durch ihn ist in dem bisherigen Rechtszustand kaum eine Änderung vor sich gegangen; die Rechtsverhältnisse auf der Grundlage des neuen Gesetzes werden sich von den bisherigen nur unwesentlich unterscheiden. Die Entschädigung kam in der Form der Kapitalabfindung oder Rentenzahlung stattfinden. Vom Unfalltag an muß der Unternehmer Unterstützung im Betrage des halben Tagelohnes des Geschädigten zahlen. Die Renten werden festgelegt bei gänzlicher Arbeitsunfähigkeit im Anfang von zwei Dritteln des Verdienstes, bei teilweiser nach dem Grad der Arbeitsunfähigkeit. Der Unfallbetroffene ist berechtigt, von dem Unternehmer unentgeltlich ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Ueber jeden Unfall muß der Unternehmer gleich die Polizei benachrichtigen, im Unterlassungsfall wird er mit einer Strafe von 25 bis 100 Rubel belegt. Wenn der Unternehmer beweisen kann, daß seine Arbeiter auf dem Versicherungswege genügende Entschädigungsgarantie erhalten haben, dann ist er der Entschädigungspflicht und den damit verbundenen Formalitäten entbunden. Diese Bestimmung ist in das Gesetz hineingebracht, um die Unternehmer zu Versicherungen anzureizen, was auch noch durch einige andre Bestimmungen in dem Gesetze beabsichtigt wird. Das Gesetz wurde im August publiziert, die vor einigen Tagen erscheinende Instruktion für die Verwaltung bringt bereits schon Verordnungen desselben. Durch Ungenauigkeiten und dehnbare Begriffe ermöglicht die Instruktion eine Hinauszögerung der Erfüllung der Entschädigungsforderungen auf lange Zeiten. Das Urteil über die neue russische Lebensversicherung der Arbeiter gegenüber ist denn auch kein allzu schmeichelhaftes für die Regierung. Die russische Zeitschrift „Der Arzt“ sagt es dahin zusammen, daß „nur die Zukunft lehren werde, ob das Gesetz den Arbeitern irgend welchen Nutzen bringen wird. Eine jedoch muß gleich gesagt werden, daß die Interessen der Unternehmer bei der Ausarbeitung des Gesetzes keineswegs vergessen worden sind.“

Aus der Frauenbewegung.

Komm den Frauen zart entgegen.

Die braunschweigische Regierung hat eine sogenannte Reform des Vereinsrechtes der Frauen eingeleitet; sie hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der den Frauen gestattet, sich in Vereinen mit Wirtschaft- und Erziehungsfragen zu beschäftigen. Die Beschäftigung mit beruflichen Interessen will sie ihnen jedoch nicht gestatten, obwohl dies sogar der reaktionäre braunschweigische Landtag gewünscht hatte. Das begründet die Regierung wie folgt:

„Zu der Ausscheidung der „beruflichen Interessen“ ist die herzogliche Landesregierung nach reiflicher Erwägung gekommen; sie hat geglaubt, die Frauen auf das ihnen von der Natur zugewiesene Gebiet, die Beschäftigung der Nächstenliebe und die Beteiligung an der Erziehung und dem Unterrichte ihres eignen Geschlechts, beschränken zu müssen, unter strengstem Ausschluß der Mitwirkung der Frauen auf dem politischen Gebiete. Ein solcher Ausschluß wäre praktisch nicht durchführbar, wenn man ihnen das Feld der „beruflichen Interessen“ öffnete; die Unbestimmtheit und Dehnbarkeit dieses Ausdruckes macht eine bestimmte Abgrenzung unmöglich. In einer großen Anzahl, vielleicht in der Mehrzahl der Fälle wird die Wahrnehmung beruflicher Interessen auf das socialpolitische, ja sogar auf das rein politische Gebiet übergrreifen müssen; in allen solchen Fällen würde die Polizei vor eine bei der Richtigkeit der Grenzen zwischen den drei genannten Begriffen äußerst schwierige Entscheidung gestellt werden. In den beteiligten Kreisen würde man bestrebt sein, den Worten des Gesetzes eine möglichst weite Auslegung zu geben und den Frauen Rechte zuzusprechen, die ihnen zu gewahren nicht Absicht des Gesetzgebers gewesen ist. Auch davon abgesehen ist zu befürchten, daß es in solchen Versammlungen, an denen Frauen teilnehmen, bei der leichten Erregbarkeit derselben, und gerade derjenigen der hier am meisten beteiligten Schichten der Bevölkerung zu unerwünschten Szenen kommen wird, die ein direktes Einschreiten der Polizei nötig machen, und wie mißlich dieses notwendig, unter Umständen mit Anwendung körperlicher Gewalt verbundene Einschreiten sein würde, bedarf keiner weiteren Hervorhebung.“

Wie während diese zarte Sorge ist, die Frauen könnten körperlicher Gewalt durch rothfarbige Polizeimänner ausgesetzt werden, wenn man ihnen — Rechte gewährt. Ebenso gutmütig ist es auch von der braunschweigischen Regierung, die Frauen auf das ihnen „von der Natur zugewiesene“ Gebiet der Nächstenliebe und Erziehung zu beschränken. Da die brutale Willkür des Wirtschaftslebens leider gar keinen Respekt vor den Grenzen der Natur bewiesen hat, so muß man erwarten, daß die Regierung auch hier einschreiten und den „natürlichen Zustand“ durch einen Gesetzentwurf schleunigst wieder herzustellen versuchen, das heißt den Frauen jede berufliche Tätigkeit außerhalb der Gebiete der Nächstenliebe und der Erziehung des eignen Geschlechts zu verbieten.

Unsre Parteigenossen werden eine öffentliche Protestaktion im ganzen Lande gegen die Verweigerung des vollen Vereinsrechtes an die Frauen veranstalten.

Baumfällensweg. Donnerstag, den 28. d. M., abends 8 1/2 Uhr, hält der Verein für Frauen und Mädchen Schönebergs und Umgegend im Lokale von Christ, Ernststraße, Ecke Marienbühlstraße eine Wanderbesprechung ab. Herr Dr. Chajes wird über „Innere und äußere Blutungen“ referieren. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet
Der Vorstand.

Lokales.

Branddirektor Giersberg gegen die Rörgler.

Den Feuerwehmannschaften ist dieser Tage der folgende „Abteilungsbeleg“ des Branddirektors vorgelesen worden:

„Zur Vorbeugung von Mißverständnissen weise ich darauf hin, daß in meiner Verfügung vom 7. d. M. eine Mehrbelastung der dienstfreien Tage mit dienstlichen Verrichtungen keineswegs bezweckt ist, vielmehr ein Schutz der Mannschaften gegen die in der letzten Zeit vorgelommene Ueberanstrengung gegeben ist, weil es mehrfach vorgekommen war, daß Mannschaften nur 1 bis 1 1/2 Tag durchschnittlich im Monat dienstfrei hatten. Es hat diese Anordnung mit der grundsätzlichen Stellungnahme der Abteilung, zu der Verpflichtung, Theater- und sonstige Sicherheitswachen an dienstfreien Tagen zu übernehmen, nichts zu tun. Die Abtheilung hofft, daß ihr jahrelanges Streben, den Mannschaften hinsichtlich der dienstfreien Tage weitere Vergünstigungen zuzuführen, in nicht mehr ferner Zeit Erfolg haben wird. Es ist selbstverständlich, daß auch hier nur Schritt vor Schritt vorgegangen werden kann, um das zielbewusste Streben für die Wohlfahrt der Gesamtheit zum günstigen Abschluß zu bringen, wie dieses — man schöpfe gehörig Atem. D. Red. — auch mit den ungeheuren Kosten verurtheilenden Einrichtungen und Aenderungen gelungen ist, als Trennung der Wohn-, Schlaf-, Wasch- und Kochräume, die früher in einem Raum vereinigt waren, Verbesserungen in den Schlafeinrichtungen, Verbesserungen in der Bekleidung, Verbesserungen in der Verpflegung sowohl auf Brandstellen wie in der kalten Jahreszeit auf Wache, Uebergang von dem Stellingehalt zu einem fortgeschrittenen Gehalt mit Dienstalters-Zulagen, vorzeitliche Erhöhung der Gehälter, wesentliche Erhöhung der Löhne für Theater- und sonstige Sicherheitswachen, welche den bisherigen Landesgesetzen gemäß von den Betriebsunternehmern zu zahlen sind, Erleichterungen im Postendienst und die Verringerung der Pensionsverhältnisse und vornehmlich die geschnäbelte Versorgung der Witwen und Waisen. Ganz besonders aber fällt ins Gewicht, daß in den letzten zwei Jahren durch außerordentliche Maßnahmen sehr bedeutende Erleichterungen im Feuerdienst getroffen worden sind und namentlich eine Verminderung der Alarmierungen für die einzelnen Wachen von etwa 150 auf 75 im Monat eingetreten ist. Es wird durch Persönlichkeiten, welche die Verhältnisse und den Betrieb der Feuerwehre und die Pflichten des Feuerwehpersonal nicht kennen, Stimmung gemacht, die geeignet ist, Mißmut unter den Mannschaften zu erregen und leicht dazu angethan sein kann, die Bestrebungen der Abteilung zur Verringerung der Verhältnisse unerwünscht zu hemmen.“

So der Abteilungsbeleg, aus dem das eine mit einiger Zuverlässigkeit hervorgeht, daß der Branddirektor vom Dienst des Feuerwehmannes nicht die wünschenswerte Kenntnis hat. Die Feuerwehleute erinnern sich im Gegensatz zu der Wissenschaft des jetzigen Branddirektors sehr wohl, daß unter dem Branddirektor Witte jeder Mann mindestens 4—5 Tage im Monat ganz frei hatte, wogegen jetzt auf den Monat nur zwei völlig dienstfreie Tage kommen. Früher hatte der Feuerwehmann an 5—6 Tagen im Monat Theaterwachen zu übernehmen, jetzt läßt er diese Pflicht nicht selten 8—9 mal monatlich. Namentlich an Sonntagen sieht es schlimm um die Erholung aus. Kommt der Feuerwehmann morgens halb neun vom Dienst in seiner Wohnung an, dann muß er mittags 1 1/2 Uhr wieder im Theater sein und ist dort erst abends nach 11 Uhr mit seinem Dienst fertig. Am nächsten Morgen Punkt 8 Uhr muß er aber schon wieder seinen 48stündigen Dienst antreten. Wenn die Einführung solcher Zustände eine Erleichterung bedeutet, dann alle Achtung! Herr Giersberg kann versichert sein, daß es heutigen Tages wirklich nicht nötig ist, unter den Feuerwehrlenten künstlich Erregung und Mißmut zu erzeugen!

Der Einspruch der Großen Berliner gegen die Fortführung der Untergrundbahn ist gestern auch in der Verkehrsdeputation erörtert worden. Nach dem offiziellen Bericht scheinen besondere Beschlüsse in dieser Angelegenheit nicht gefaßt worden zu sein; es wurde bebauert, daß die Feststellungsfrage nicht nur Kosten verursacht, sondern auch lange Zeit in Anspruch nimmt. In der „Nation“ des Herrn Abg. Paris vertritt J. Kollmann die optimistische Ansicht, daß nach Lage der Dinge sich kein ernstzunehmender Sachverständiger und noch weniger ein deutscher Gerichtshof finden werde, der den Standpunkt der Großen Berliner Straßenbahn für berechtigt erklärt. Niemals, so heißt es in dem Artikel, war die Rechtslage zweier Kontrahenten klarer als in dem vorliegenden Fall, in dem zugleich der gesunde Menschenverstand und das öffentliche Verkehrsinteresse der Reichshauptstadt so eng verbunden sind. Hätte die Große Berliner Straßenbahn, deren ganze Politik im Grunde in einer meist wenig geschickten Vertretung ihrer Sonderinteressen und in dem Vandalismus vor dem Eisenbahnministerium besteht, noch Sympathien zu verlieren, so würde das durch ihre neueste Erklärung geschehen sein.

Weiter heißt es in dem Artikel: Der Stadt Berlin aber ist nur dringend zu raten, den Vertrag über den Ausbau der Untergrundbahn schleunigst zum Abschluß zu bringen und den Baubeginn nach aller Möglichkeit zu fördern, ohne sich durch die ganz haltlosen Ansprüche der Straßenbahn irgendwie beirren zu lassen. Diese Straßenbahn möge klagen und schon die bisherige Konkurrenz in dem Verkehr zwischen dem Halleschen Thor und dem Potsdamer Platz zur Grundlage ihrer Ansprüche machen; denn je länger sie mit dieser Klage wartet, um so unendlich schwieriger wird der Nachweis des erlittenen Schadens sein. Die öffentliche Meinung dagegen und die preussische Volksvertretung werden ihr wachsamem Auge darauf zu richten haben, daß nicht auch diesmal aus einer angeblich unklaren Rechtslage die Straßenbahn in irgend einer Weise Vorteile heraus schlägt, auch für den Fall, daß sie ihren formalistischen Verwaltungsapparat noch erweitern sollte.

Mit den tatsächlichen Feststellungen, die wir im einzelnen nicht wiedergeben können, mag der Verfasser durchaus Recht haben. Ein unverzeihlicher Optimismus ist es aber, vom preussischen Klassenparlament zu erwarten, daß es der den Junkern so verhassten Reichshauptstadt Gerechtigkeit widerfahren lasse. Da kennt man Buchholzen schlecht.

Der Deckeneinsturz im Deutschen Theater erregt ernste Besorgnis im Publikum. So wird dem „V. U. G.“ geschrieben: Der Hauptgrund, weshalb sich bei dem Einsturz eines Theiles der Dede eine Art Panik des Publikums bemächtigte, war die im Zuschauertraum herrschende Finsternis. Obwohl von allen Seiten der Ruf „Sicht!“ ertönte, dauerte es trotzdem eine volle Minute, ehe das elektrische Licht wieder brannte. Das Drängen in dem von der rechten

Parterreflecke nach der Straße führenden Notausgang war derartig, daß fast jedermann über die an der Thür befindlichen Stufen stolperte. Eine Beseitigung dieser Stufen erscheint daher sehr empfehlenswert. Daß eine Dame in Weinstämme verfiel, sei nebenbei erwähnt. Betsch war man verunndert, daß man den eisernen Vorhang nicht herabließ. Im ersten Augenblick konnte niemand wissen, ob nicht wirklich im Hause Feuer ausgebrochen sei, und in diesem Falle hätte der auf der Bühne herrschende Zug das Feuer wahrscheinlich stark angefaßt. Und in einer Zuschrift an das „Kleine Journal“ heißt es: Ich zweifle nicht, daß, wenn wirklich Feuer ausgebrochen wäre, ungeheures Unglück dadurch entständen wäre, daß die Notausgänge für eine Panik viel zu klein und zu selten angebracht sind. Nur, wenn hier Abhilfe geschieht, könnten sich die Besucher des Parterres retten. Für die oberen Gänge sind eben solche Notausgänge mit besonderen breiten Treppen eine unumgängliche Notwendigkeit. Das Drängen großer Massen bei Feuergefahr muß unbedingt in Rücksicht gezogen werden. Das Publikum könnte übrigens so, daß nur wenige Personen die Anbräue von der Bühne verlassen konnten. Als ich wieder in den Theatertraum ging, rief ich selbst Herrn Pauli zu, er müsse viel lauter schreien, was er denn auch that. Darauf trat Verabingung ein, und viele Personen verließen ohne Hast das Theater.“

Der Graf als Cypher. Wie jetzt bekannt wird, zählte Köln den Joeben in Berlin wegen Erbrechtung zu einem Jahre und neun Monaten Gefängnis und wegen Vergehens gegen § 176 zu weiteren sechs Monaten verurteilten Grafen Paul Tyszkiewicz zu seinen böhmischen Bürgern. Seine Angehörigen mitterlebens lebten als Kölner in Köln, während der Vater des Grafen Pole war. Graf Paul Tyszkiewicz hat höhere Schulbildung genossen, sich dann längere Zeit draußen herumgetrieben und war noch im vorigen Jahre in einer kölnischen Korkfabrik als Kommiss angestellt. Der jüdisch-polnische Graf ist derselbe Dunkelmann, der bereits gegen Ende des verfloffenen Jahrhunderts als Angestellter der Trebergesellschaft in Kassel einen Geldbrief um einige Tausend Mark erleichterte und deshalb eine zweijährige Gefängnisstrafe verbüßen mußte. Und schließlich sind Graf Tyszkiewicz und sein Freund, der Schlächtergelle Hermann Anorre, wie aus der Urteilsverurteilung hervorgeht, dieselben gemeingefährlichen Subjekte, um die der 53jährige Konjul H. v. S., Bruder eines Polizeipräsidenten und eines Obersten, in wischen in Buenos-Ayres seinem Leben gewaltsam ein Ende bereitet hat, nachdem er, wie sich der Vorsitzende ausdrückte, „bis aufs Blut gepeinigt war“.

Die Entweichungen aus dem Magdalenen-Stift in Teltow scheinen epidemisch zu werden. Nachdem erst kürzlich über die Flucht dreier Jöglinge berichtet wurde, gelang es gestern nachmittags fünf Mädchen, zu entkommen. Die Flüchtlinge sind 16 bis 19 Jahre alt und heißen Margarete Klein, Elise Daenell, Frieda Schulze und Bertha Jäger aus Berlin und Elise Winkler aus Jüsterberg. Gleich Frieda Sittel und deren Kachfolgerinnen werden sie sich wohl nach Berlin gewandt haben, wo sie nicht so leicht zu ermitteln sind. Die Leiter der Anstalt sowie die Aufsichtsbehörden sollten sich angeichts der unausgesetzten Entweichungen die Frage vorlegen, ob die Einrichtungen des Stiftes die Jöglinge nicht etwa zwingen, unter allen Umständen dieser Anstalt zu fliehen. Eine Verfassungsanstalt soll weder ein Gefängnis noch ein Beschäftigungsinstitut sein.

Als ein Opfer des Schlafstellenwesens kann man das siebenjährige Töchterchen des Malers A. aus der Hochländerstraße betrachten, das am Sonntag von einem Küssling mißbraucht wurde. Bei dem Maler war der Küssling Steininger in Schlafstelle. Als die Eltern am Abend fortgegangen waren und das Kind allein im Hause zurückließen, benutzte Steininger die Gelegenheit, um an dem Kinde ein Einflüsterverbrechen zu verüben. Die Eltern wurden am nächsten Tage gewahrt, was mit ihrer Tochter geschehen war und zeigten das Verbrechen der Polizei an. Diese verhaftete gestern nacht den Küssling.

Major von Schiemang, der amerikanische Heiratschwindler, ist eine in hiesigen Varietés-Kreisen bekannte Persönlichkeit. v. Sch., welcher angeblich den amerikanischen Krieg mitgemacht und bei dieser Gelegenheit den Majorrang erworben haben will, war schon vor mehreren Jahren in Berlin und verkehrte viel in einem Variété in der Friedrichstraße. Er suchte damals den Anschein zu erwecken, als ob er in engeren Beziehungen zu der Variété-Inhaberin stände. Der Deutsch-Amerikaner nutzte jetzt seine damals erworbenen Kenntnisse aus, um einen Schwindel zu betreiben, über dessen Bedeutung sich die Behörde noch nicht klar ist. Er verbreitete das Gerücht, daß er mit der Variété-Inhaberin auch jetzt noch in Verbindung stände. Die Dame hätte in New York ein großes Variété-Etablissement, obwohl sie in Deutschland wohne und er wäre Beauftragter und Bevollmächtigter jenes Theaters. Er suchte angeblich Variété-Sängerinnen für das betreffende Etablissement zu engagieren, künftige auch nach dieser Richtung hin Unterhandlungen an, brachte jedoch solche niemals zum Abschluß. Schiemang verkehrte auch sehr viel in Lokalen mit Damenbedienung und prahlte auch den Kellerinnen gegenüber mit seinen Beziehungen zu jenem Lokal. Junge und hübsche Mädchen wollte er sogar für das betreffende Etablissement engagieren; sie sollten ihre Stellung dann sofort verlassen und in einer von ihm zu mietenden Wohnung so lange verbleiben, bis eine größere Anzahl von jungen Mädchen zusammen sei. Diese Erzählungen gaben Anlaß zu dem Gerücht, daß Schiemang Mädchenhandel betriebe.

Aus der Gast entlassen worden ist der Schlächtermeister Stephan Hoffmann aus der Mirbadstraße 73. Die Mitteilung, daß er Hehlerei getrieben habe, hat sich als gänzlich unbegründet herausgestellt.

In Geiseldumachtung von gestern, Dienstagvormittag, die 31 Jahre alte Ehefrau Hedwig des Lampenarbeiters Geatzig aus der Karlsgrabenstraße 17 aus dem dritten Stock auf die Straße hinab. Die seit sechs Wochen nervenranke Frau kam morgens um 9 Uhr zu der Bureaudienersfrau Woppler in der Reichensbergerstraße 155, die sie seit zwei Jahren kennt. Sie erzählte ihr, daß sie nervös geworden sei und bei ihrer Freundin sich einmal etwas zerstreuen wolle, während ihr Mann in der Seebastianstraße arbeite. Nach 10 Uhr ging Frau Woppler zum Schlächter, um für den Mittag einzuholen. Sie merkte keinerlei Aufregung an ihrem Besuch. Als sie aber um 10 1/2 Uhr zurückkehrte, kam sie gerade dazu, wie Frau Geatzig das Fenster ihrer im dritten Stock gelegenen Wohnstube aufschloß und sich auf den Bürgersteig herabstürzte. Die Lebensmüde 39jährige sehr schwere innere und äußere Verletzungen zu und wurde mit einem kölnischen Rettungswagen nach dem Krankenhaus am Urban gebracht, wo sie bestimmungslos darniederliegt.

Drei Wagen und Pferde sind gestern vor der Central-Markthalle von der Straße weg gestohlen worden. Das eine Gespann gehörte dem Großschlächtermeister Max Schulz aus der Ebertstraße 29, das andre einem Bäckermeister und das dritte einem Landmann. Der Schlächterwagen, der zwei Kinderbrüste und neun Centner verschiedenes Rindfleisch enthielt, wurde später im Osten der Stadt leer wiedergefunden. Den Bäckerwagen liehen die Spitzbuben im Westen auf der Straße stehen, natürlich auch ohne die Ladung. Das Fuhrwerk des Landmannes, ein Planwagen, ist noch nicht wiedergefunden worden.

Ein schrecklicher Unfall, der ein blühendes Menschenleben vernichtete, ereignete sich in der Nacht zu gestern auf dem Bahnhof Friedrichsgraben der Silesischen Vorortbahn. Der 26 Jahre alte Sohn Alfred des Gemeindevorsetzers Junhoff zu Rahnsdorf-Wähle war in Berlin als Schriftfeger beschäftigt und fuhr jeden Abend mit dem vorletzten Zuge. Von der Arbeit ermattet, war der junge Mann im Eisenbahnwagen eingeschlafen. Als er auf dem Bahnhof Friedrichsgraben erwachte, glaubte er, schon in Rahnsdorf angekommen zu sein, und verließ eilig den Wagen. Gleich darauf erkannte er seinen Irrtum und wollte wieder einsteigen. Der Zug hatte sich aber schon in Bewegung gesetzt, der unglückliche glitt auf dem glatten Bahnsteig aus und fiel zwischen zwei Wagen auf das Geleise hinab. Bevor der Zug wieder zum

Stehen gebracht werden konnte, waren einige Räder über ihn hinweggegangen und hatten ihm Arme und Beine zermalmt. Trotz der furchtbaren Verletzungen blieb Juchoff bei vollem Bewußtsein und verlangte nach seinen Eltern, die unverzüglich gerufen wurden. Unter diesen starb aber der Verunglückte auf dem Wege zum hiesigen Krankenhaus. Die Leiche wurde einstweilen im Krankenhaus geborgen.

Ein goldenes Portemonnaie im Werte von 500 R. hat gestern eine Dame verloren, welche ein Warenhaus in der Leipzigerstraße besuchte. Sie war in einer Droschke vorgefahren und hatte kaum das Geschäftsfloß betreten, als sie den Verlust bemerkte. Ein Angestellter des Warenhauses eilte der bereits in der Abfahrt befindlichen Droschke nach und durchsuchte sie. Die wertvolle Geldtasche war jedoch nicht vorhanden; das Portemonnaie hat 100 R. in Gold und Silber enthalten. Hoffentlich empfindet die Dame den Verlust nicht allzu schmerzhaft.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich am Donnerstag mit folgenden Gegenständen der Tagesordnung zu befassen: Wahl eines Mitgliedes für die Steuerdeputation und der Mitglieder für die Schuldeputation, sowie von drei Mitgliedern für die 168b Armenkommission. — Berichterstattung über die Vorlage, betreffend die Satzungen für die Ausbildung und Anstellung von Schwestern für den Krankenpflegebetrieb der Stadt Berlin und Oberin der städtischen Schwesterhospitäler. — Vorlagen, betreffend: Die Frequenz in den Gemeindefschulen am 1. November 1903, — die Annahme von zwei Schenkungen zur Verwendung für wohltätige Zwecke, — ein mit den Nachbargemeinden getroffenes Abkommen bezüglich der Besteuerung von Hundeu neu angelegter Hundebelager, — die Bewilligung von Urlaub an städtische Arbeiter. — Zwei Anträge von Mitgliedern der Versammlung betreffend die Verbreiterung der Alexanderstraße, bezw. die Verhandlungen wegen Eingemeindung der südlichen Seite der Straße Hafenseide. — Vorlagen, betreffend Übernahme der Gemeindefachschule Bergmannstr. 60/65, — die erfolgte Bauabnahme von acht Schulpavillons an der Divaerstraße, — die Genehmigung der Lagen über die abzubrechenden Baulichkeiten auf dem Gelände des Krankenhauses Moabit, — die Annahme der zu Gunsten der hiesigen städtischen Blindenanstalten bestimmten Erbschaft des verstorbenen Fr. Marie Hoffmann, — die Erteilung des Zuschlages auf Übernahme der Bepflanzung, Bedienung und Unterhaltung der städtischen Kehrmaschinen für die Zeit vom 1. April 1904/1907, — den Verkauf einer am Starfischendamm, Ecke der Schlüterstraße, in Charlottenburg belegenen Parzelle, — die Festsetzung von Fluchlinien für die Verlängerung der Straße „An der Apostelkirche“, — den Erwerb einer vor dem Grundstücke Holzmarktstr. 1 belegenen Fläche — und die Beschaffung von zehn Sprengwagen und neun Kehrmaschinen, sowie Anbringung eines zweiten Drahterohres an 47 alten Sprengwagen für das Rechnungsjahr 1904.

Ein allgemeines Arbeiter-Sportfest nach dem Muster des im August 1902 abgehaltenen soll auch in diesem Sommer veranstaltet werden. Eine Ansprache in dieser Angelegenheit erfolgt am 26. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Merlowsh, Andreasstr. 26. Alle Vereine, die sich an dem Feste zu beteiligen gedenken, werden ersucht, zu dieser Versammlung Vertreter zu entsenden; es ist wünschenswert, daß die Vereine ihre Adresse baldigst an H. Müller, Weidenweg 88, einjenden. Dort wird auch jede Auskunft erteilt.

Der Afrikareisende G. W. Schillings erregte vor einigen Jahren in den wissenschaftlichen Kreisen Deutschlands großes Aufsehen mit photographischen Aufnahmen, die er gelegentlich seiner Afrikareise von wilden Tieren in der Freiheit gemacht hatte. Bekanntlich hatte er, ebenso wie von ihm, Tag- und Nacht- ausnahmen von wilden Elefanten, Tigern, Löwen, Wölfen, Nashörnern etc. aus unmittelbarer Nähe und von vollkommener Nähe zu stande gebracht, bevor die niemals fehlende Angel des kühnen Reisenden, der als einer der besten Schützen Europas gilt, den photographierten Tieren ein jähes Ende bereite. Unvergessen wegen der fast graufigen Wirkung sind in Berlin noch von den damaligen Skoptikon-Vorführungen dieser Aufnahmen in der Kriegsakademie einige, auf denen man einen wilden riesigen Elefanten und ein Nashorn, nur noch 12-13 Schritte entfernt, im Ansturm auf den mit größter Seelenruhe photographierenden Schützen erblickt. Wie wir soeben erfahren, kehrt Herr Schillings von einer neuen Afrikareise zurück; er dürfte Ende dieses Monats in Hamburg eintreffen; Schillings bringt ein halb ausgewachsenes Nashorn, drei junge Löwen vom Kilimandscharo, zwei Marabusfische, zwei wunderschöne Guerezos (Seidenaffen) vom Kilimandscharo, einen Gänsegeier der Abart Gyps-Schillings-Erl, ein Stachelhäutchen etc. mit; für die Wissenschaft sehr erfreuliche Dinge, die alleamt und zwar der Mehrzahl nach, als Geschenk in den Besitz des Berliner Zoologischen Gartens übergehen werden, dessen Direktor, Dr. Hedl, befindet sich bereits in Neapel bei Schillings auf dem Dampfer „Bürgermeister“, um die Vorkehrungen für diese exotischen Tiere beim Transport durch unsere Winterregionen persönlich zu überwachen. Die für die Wissenschaft wertvollste Ausbeute des Herrn Schillings von seiner diesmaligen Reise besteht indessen zweifellos in photographischen Aufnahmen wilder Tiere in der Freiheit, welche das Ergebnis der vorigen Reise an Originalität weit übertraffen sollen. Geheimrat Dohrn, der Leiter der deutschen Zoologischen Station in Neapel, besuchte mit seinen Assistenten und Professor Gehrmann den Dampfer „Bürgermeister“; während des dortigen Aufenthalts und sollte den Ergebnissen der Schillings'schen Reise die vollste Anerkennung.

Theater. Im Schiller-Theater N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater) geht am Mittwoch Schillers „Wilhelm Tell“ zum letztenmal im Abonnement (also an einem Abend) in Scene. Nächsten Sonntagmorgen findet der I. Schiller-Ghllus mit einer Aufführung von „Wilhelm Tell“ seinen Abschluß. — Residenz-Theater. Zum Besten der durch furchtbaren Brandunglück heimgegangenen Bewohner von Kalesund wird Direktor Lauenburg im Laufe der nächsten Woche eine Wohlthätigkeits-Vorstellung veranstalten, deren Ertrag den Hilfsbedürftigen ungenümt zufließen soll. Zur Aufführung gelangt Jbsens „Wildente“. Weitere Einzelheiten werden noch bekannt gemacht werden. — Carl Weich-Theater. Michael Dengg, der Direktor des Oberbayerischen Bauern-Theaters, gastierte auf Wunsch der Direktion des Vesting-Theaters in der letzten Sonntagmorgens-Vorstellung als Weineidbauer. — Die Premiere von dem Volksstück „Die Bauern-Bräutigam“ muß technisch Schwierigkeiten wegen auf Freitag verlegt werden. Dafür gelangt am Mittwoch „Der Weineidbauer“ und am Donnerstag „Die Leni von Oberammergau“ zum letztenmal zur Aufführung. — Im Thalia-Theater tritt heute, Mittwoch, Miss Duncan mit dem griechischen Knabenchor zum zweitenmal auf; morgen, Donnerstag, geht wieder „Der Hochtourist“ in Scene, und zwar ist dies, wie schon erwähnt, die 150. Aufführung, welche das Lustspiel, mit Guido Thielscher in der Titelrolle, erlebt. — Im Belle Alliance-Theater geht heute, Mittwoch, „Der Hochtourist“ mit Guido Thielscher, morgen, Donnerstag, „Der reichste Berliner“ mit Gerda Walde und Fritz Helmert in Scene.

Aus den Nachbarorten.

Parteienossen! Seht die Wählerlisten zur Gemeindevahl bis zum 30. Januar nach oder beauftragt die an den einzelnen Orten bekannt gegebenen Personen mit der Durchsicht der Liste!

Friedrichsfelde. Die Gemeindevertretung hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, für die Feuerwehr ein etwa einen halben Morgen großes Grundstück zum Preise von 10800 R. zu kaufen. — Auf Ersuchen des Kreis-Schulinspektors soll für die Schule in Karlsdorf ein Lehrer und eine Lehrerin neu eingestellt werden. — Ein Antrag der Gemeindebeamten auf Gehaltserhöhung wurde

nach lebhafter Erörterung einer aus 19 Personen bestehenden Kommission überwiesen. — In der Kanalisations-Angelegenheit hatte die Firma Brau u. Schlee sich erboten, für 4500 R. ein der Wilmsdorfer Anlage ähnliches Projekt nach dem biologischen Verfahren auszuarbeiten. Eine solche Anlage war auch in Wilbau hergestellt worden. Nun hat aber die Firma sich die Anlage in Weihensee zum Muster genommen und auf dies Projekt will die Gemeindevertretung sich nicht einlassen. So wird denn wahrscheinlich die Verbindung mit der erwähnten Firma gelöst werden und die Folge ist eine abermalige Verzögerung. — Der Verein „Eigenhaus“ in Karlsdorf hat um Unterstutzung der dort zu errichtenden Privatschule für höhere Töchter gebeten. Dies Gesuch wurde abgelehnt.

Rizdorf. Ein Opfer der Glätte ist am Dienstagmorgen auf dem Wege nach der Arbeit der Gärtler Franz Geher aus der Rietheustra. 27 geboren. Er glitt auf dem Bürgersteig in der Bergstraße aus und fiel so unglücklich hin, daß er sich das rechte Bein brach. Die Unfallstation XII leistete dem Verunglückten die erste Hilfe. — Ein ähnlicher Unfall ereignete sich in der Reuterstraße. Der Maurer Julius Baum aus der Prinz Handjerystr. 50 wollte ein Schanellot betreten, wobei er jedoch von dem Arbeiter Reuter aus Berlin aus Scherz einen Stoß erhielt, daß er hinfiel und sich den rechten Unterschenkel brach. Nach Anlegung eines Notverbandes erfolgte seine Ueberführung nach dem Krankenhaus am Urban.

Der schwere Unglücksfall, der sich am Sonnabend in der Motorwagen-Fabrik Tempelhof ereignete, hat mit dem Tode des betreffenden jungen Mannes geendet. Gleichzeitig hat aber dieser bedauerndwerte Vorfall noch ein zweites Opfer gefordert, indem ein anderer junger Mann, der den Verunglückten Hilfe leistete, infolge der erlittenen Aufregungen — er litt auch an Krämpfen — kurz nach dem Unglück ebenfalls verstarb.

Gerichts-Zeitung.

Dreizeh Schwindeln der Telephon lagen der Anklage zu Grunde, die gestern den Hausdiener Alwin Ker, den Hausdiener Karl Friedrich Schulz und den Schächter Robert Arndt unter der Anklage des Betruges bezw. der Urkundenfälschung und des Scheckdiebstahls Karl August Welke unter der Anklage der Hehlerei vor die 10. Strafkammer des Landgerichts I führte. Die Angeklagten wurden von den Rechtsanwältin Dr. Liebnecht und Dr. Berthauer verteidigt. Ker hatte keine Kenntnisse von den Kaufs- und Verkaufsverhältnissen in der Konfektionsbranche dazu benutzt, um eine Reihe von Firmen durch erdichtete Bestellungen auf falschen Namen zu schädigen. Er hatte es besonders darauf abgesehen, Seidentaffet zu erhalten, und dies ist ihm auch wiederholt gelungen. Gewöhnlich spielte sich der Vorgang nach folgender Schablone ab: Eine Großfirmen-Firma wurde angeblich von einem Kunden, dessen Name durch das Telephon genannt wurde, angefragt und mit ihr über die Lieferung eines Postens Seidentaffet verhandelt. Bald darauf erschien dann ein junger Mann in dem Geschäftsbüro der angefragten Firma, überreichte eine Geschäftsliste des Kunden und verlangte die bestellte Ware. Die Geschäftsliste trug auf der Rückseite die Worte: „Bitte, dem Ueberbringer die bestellte Ware auszuliefern.“ Das geschah denn auch meistens. Der Angeklagte Ker konnte diese Betrügereien nur dadurch erfolgreich durchführen, daß er sich Geschäftslisten der Firmen, die er als Verkäufer vorschreiben wollte, selbst drucken ließ. Er erlangte auf diese Weise von der Firma Neuenburg u. Nieß mehrere Coupons Taffet im Werte von 500 R., von der Firma Koffen u. Co. Futterstoffe im Werte von 400 R., von der Firma Georges Goldenbaum drei Stücke Taffet im Werte von 400 R., von Taranowski u. Blumenberg Taffet im Werte von 240 R., von J. Kraft u. Co. Taffetstoffe im Werte von 500 R. Die Liste ist hiermit noch nicht erschöpft, es schweben vielmehr noch zwei andere Verfahren, bei denen es sich um gleichartige Betrügereien handelt. Bei der Seidenwarenhandlung von Geschwister Reichel hat Ker das Mandat vergeblich versucht. Hier bestellte er angeblich Namens der Firma Berger u. Rude per Telephon schwarzen Taffet, den ein Voté bald abholen würde. Es erschien dann auch ein Dienstmann mit einer Geschäftsliste von B. u. G. Man hatte aber inzwischen bei letzteren Telephonische Rückfrage gehalten und erfahren, daß hier offenbar ein Schwindel inszeniert werde. Es wurde deshalb dem Dienstmann zum Schein ein Paket zurecht gemacht und übergeben. Dem Dienstmann folgte aber ein Angestellter der Firma Reichel; dessen Mission blieb leider ohne Ergebnis, denn Ker hatte instinktiv gemerkt, daß ihm Gefahr drohe und sich noch rechtzeitig unsichtbar gemacht, ehe der Dienstmann auf dem vorher verabredeten Platz eintraf. Auch in einem zweiten Fall, wo eine vor den Telephon-Schwindlern bereits gewarnte Firma in ähnlicher Weise den Betrüger festzunehmen hoffte, gelang es Ker, zu entkommen. Endlich wurde er am 21. September erwischt. Von einem Restaurant in der Kronenstraße aus bestellte er per Telephon bei Reichelsohn u. Namroth drei Stücke Taffet. Die auf die Firma J. Goldstein lautende Geschäftsliste, die sich Ker hatte drucken lassen, wurde von einem Dienstmann überbracht, der von dem Angeklagten Schulz zu dieser Kommission angenommen worden war. In diesem Falle gelang es, den Schulz festzunehmen und in weiterer Folge auch den Ker als die Seele des ganzen Schwindels zu ermitteln. — Der Angeklagte Arndt ist dem Ker in einem Betrugsfalle, der geläufig war, ein Helfer gewesen. Ein Teil der erdichteten Waren ist zum Angeklagten Welke gewandert, der erscheinend bestritt, sich irgendwie strafbar gemacht zu haben. Da sein Verteidiger noch in letzter Stunde mehrere neue Entlastungsbeispiele anbot, so wurde der diesen Angeklagten betreffende Teil der Anklage verjagt. Im übrigen wurde mit Rücksicht auf ihre bisherige Unbescholtenheit Ker zu 1 1/2 Jahren, Schulz zu 1 Monat, Arndt zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Ein schwerer Unglücksfall, der sich am 4. Dezember v. J. in der Potsdamerstraße ereignete, führte gestern den Aufrührer Felix Wehrndt unter der Anklage der fahrlässigen Tötung vor die zweite Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte fuhr mit einem zweispännigen, beladenen Geschäftswagen durch die Potsdamerstraße. In der Nähe der Potsdamer Brücke bemerkte er, daß eine Krankenpflegerin kurz vor seinen Pferden den Straßendamm überschritt, ohne Nade nach rechts oder links zu werfen. Der Angeklagte jagelte seine Pferde, um ein Unglück zu verhüten, ein solches wäre vielleicht aber doch geschehen, wenn nicht ein Herr hinzugefahren wäre, die Krankenpflegerin am Arm gepackt und beiseite gerissen hätte. Der Angeklagte hatte seine ganze Aufmerksamkeit auf den geschickten keinen Vorgang gerichtet und dabei nicht bemerkt, daß von der linken Seite her ein Dienstmädchen über den Damm kam und ihm direkt gegen die Pferde lief. Im nächsten Augenblick lag es unter den Pferden und wurde überfahren. Es wurde bewußtlos unter dem Wagen herbeigezogen und ist an den erlittenen schweren Verletzungen bald verstorben. Die Jungen auferten sich fast übereinstimmend dahin, daß die Verstorbene völlig den Kopf verloren haben müsse. Der Staatsanwalt war der Ansicht, daß die Unvorsichtigkeit der Verstorbenen den Angeklagten nicht von Schuld und Strafe befreien könne, denn er hätte an jener verkehrswichtigen Stelle im Schritt und nicht, wie er gelien, im Trab fahren dürfen. Er beantragte eine Gefängnisstrafe von drei Monaten. Der Gerichtshof folgte den Ausführungen des Verteidigers, Rechtsanwalts Leonh. Friedmann, und sprach den Angeklagten frei, da der ursächliche Zusammenhang zwischen dem Trabfahren und dem Unglücksfall nicht nachgewiesen sei.

In Braunschweig ist gestern vor der Strafkammer gegen den 17-jährigen Mörder Jantonski verhandelt worden, der am 2. Dezember den 9-jährigen Sohn des Schächtermeisters Arndel, seines Lehrers, mit einem Beile erschlagen hatte. Er wurde zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt.

Centralverband der Konditoren und verwandter Berufe. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Wille, Brunnenstr. 188: Generalversammlung aller vier Bezirke. Neuherrn wichtige Tagesordnung, u. a. Anträge zum Verbandszuge, Neuwahl des Gesamtvorstandes etc. Das Erscheinen aller ist Pflicht. Das Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Giffaktion für Kalesund geht überall kräftig ein. Das „Hamburger Echo“ bringt über die Ausrüstung der „Phönicia“ folgende interessante Schilderung: Der Dampfer mußte bis Sonntagmorgen fertig zur Abreise sein. Innerhalb zwölf Stunden mußte man das Schiff zur Ausreise klar machen. Es war das ein gewaltiges Stück Arbeit, das in der That nur von einem so riesigen Institut geleistet werden kann, wie es Hamburg in der Paletsfahrt besitzt. Man denke: einen Koloss von den Dimensionen der „Phönicia“ in einer halben Tageszeit vorjagen mit Kohlen, Proviand, Mannschaft und allem dem vielen, das man auf einer Seereise an sich und für diesen speziellen Zweck besonders brauchte. Und das an einem Sonntag, wo die Arbeit im Hafen so ziemlich ruht. Als der Befehl zur Ausrüstung erging, neigte der Sonnabend sich seinem Ende. Aber Schlag 6 Uhr konnte der große Dampfer von den Pfählen im Kaiser Wilhelmhafen losgemacht und bald darauf vor Schuppen 72 am Auguste Victoriaquai wieder festgelegt werden. Und nun begann eine Arbeit, so intensiv, so umfangreich und so vielseitig, daß man nur mit Bewunderung davon sprechen kann. Eine große Schar Arbeiter, die von den Inspektoren und deren Helfern noch mitten in der Nacht aus den Betten geholt war, ging daran, den Steamer reisefertig zu machen. Alles war in Bewegung, alles in Thätigkeit. Geradezu übermenschlich schafften die Arbeiter und alle die andern Angehörigen.

Das Schiff war so wenig gerüstet, daß es nicht einmal ein Ankerpfeil an Bord hatte. Mittels des schwimmenden Strahrs der S. A. P. A. G. wurde dasselbe an Bord geschafft und sofort montiert. Und so ging es auch mit der übrigen Ausrüstung. In aller Dunkelheit noch nahen sich auf dem Landwege Wagen, auf dem Wasserwege trotz hindernden Eises Säulen, Schleppe, Leichter und Baracken. Fast die ganze Fluß- und Hafenflotte der Gesellschaft war mobil gemacht. Und ein ganzes Heer von Arbeitern schaffte die von all diesen Fahrzeugen herbeigeführten Gegenstände und Waren an Ort und Stelle und verkaufte sie. Alles Rötige war dabei: Kohlen für die Maschine, Proviand für die Mannschaft, die in aller Eile von den übrigen im Hafen liegenden Fahrzeugen der Gesellschaft rekrutiert war, dann vor allem Medikamente, Kleidungsstücke, Decken, Kissen, Matrasen, Eßtischen aller Art für die Unglücklichen von Kalesund, Weißbleche, Bretter, Balken usw. zum Aufschlagen von Baracken. Von den Mengen, die von diesen Gegenständen an Bord geschafft wurden, nachdem sie teils den Magazinen der Gesellschaft entnommen, teils zu „nachschlafender“ Zeit bei allerhand Geschäftsleuten zusammengelaufen waren, kann man sich kaum einen Begriff machen. Eine riesenleistung vollbrachten die Kostenarbeiter, die in den paar Stunden 600—700 Tonnen Kohlen bunkerten.

Niemand, der „dabei“ gewesen ist, wird diese Morgenstunden an und auf der „Phönicia“ vergessen. Um 3 Uhr war der Dampfer klar zur Ausreise, und um 3 1/2 Uhr ging er im Tau der großen Schlepper „Breitshausen“ und „Schröder“, die nordwestliche Passage im Vortopp führend, stromabwärts, um auf der Höhe von Breitshausen noch einmal vor Anker zu gehen, damit er von zwei Reichtern weitere Waren, Ausrüstungsgegenstände und allerhand Hilfsmittel an Bord nehmen konnte. Weiter wird berichtet, daß die „Phönicia“ 4000 Personen an Bord nehmen kann. Es wurden unter anderem mitgenommen: Ochsenfleisch 5000 Pfd., Kalbfleisch 200 Pfd., frisches Hammelfleisch 300 Pfd., Schinken 150 Pfd., Kochschinken 100 Pfd., kondensierte Milch 1600 Dosen, Rahm 10 Dosen, Eier 2000 Stück, Butter 325 Pfd., Roggenmehl 2 Faß, Weiz 400 Pfd., 1000 Pfd. ger. Speck, 10 000 Pfd. Weiz, 4500 Pfd. Schmarzwort, 120 Faß Mehl, 2000 Pfd. Margarine, 1000 Pfd. Zwetschen, 200 Pfd. Aepfel trocken, 200 Pfd. Rosinen, 300 Pfd. Pfefferkörner, 800 Pfd. Graupen, 2000 Pfd. Reis, 1200 Pfd. gelbe Erbsen, 1200 Pfd. grüne Erbsen, 2000 Pfd. Bohnen, 1200 Pfd. Sauerkraut, 750 Pfd. div. andern Kohl, 20 Pfd. Sellerie, 2400 Pfd. Karri, 1200 Pfd. Kaffee, 100 Pfd. Thee, 360 Liter Essig, 200 Liter Kümmel, 200 Liter Rotwein, 1000 Pfd. Vanille. Das sind nur einige der Hauptzahlen, die endlose Reihe der kleineren Quantitäten lassen wir unerwähnt. An Bord wird bis Kalesund ununterbrochen Brot gebacken.

Menschenleben scheinen bei dem Brande in Kalesund zum Glück nicht verloren gegangen zu sein. Aus Kristiania wird gemeldet, daß in der Storchingsskation vom Dienstag der Präsident besonders der deutschen Hilfeleistung ehrend gedachte. Demeist sei noch, daß in Berlin die Expeditions- und Lagerhaus-Gesellschaft (A. G.) vormals Vary u. Co., Kaiserstr. 39/41, sich bereit erklärt hat, Gaben aller Art für die Opfer des Brandunglücks in Empfang zu nehmen und sie fracht- und spesenfrei nach Kalesund zu senden. Verbrecherische Gefährdung von Eisenbahnzügen hat sich wiederholt auf weisfälligen Eisenbahnstrecken ereignet. Vorgefunden morgen hatte man bei Warendorf eine Weiche unbrauchbar gemacht, wodurch der Personenzug entgleiste. Mehrere Wagen sowie die Lokomotive wurden stark beschädigt, mehrere Personen leicht verletzt. Seitens der Behörden wurde die schärfste Untersuchung eingeleitet. Grubenunglück. Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Dortmund vom 25. gemeldet: Auf der Zeche „Kaiser Friedrich“ ließ der Maschinist einen mit Vergleuten besetzten Förderkorb in den mit Wasser gefüllten Schacht zum Absturz hinabgehen; drei Mann retteten sich, drei konnten ins Leben zurückgerufen werden; ein Steiger ertrank. Meyer-Kwilecki. Die aus dem Kwiselsch-Prozess bekannte Bahnhofsleiterin Meyer hat bei dem Krakauer Gericht die Klage auf Anerkennung des angeblichen Grafensohnes als ihres Kindes und auf Herausgabe desselben eingereicht.

Die Bergwerkskatastrophe in Pennsylvania. Bei der Explosion in dem Kohlenbergwerke Harwick bei Cheswid (Pennsylvania) wurden, wie im Ansluß an andre bisherigen Meldungen weiter gelabelt wird, 150 bis 175 Vergleute verschüttet. Hilfsmannschaften, die zur Rettung der Verunglückten in den Schacht einzudringen suchten, sahen sich durch die angesammelten giftigen Gase genötigt, gleich wieder umzukehren. Sie bemerkten in dem Schacht kein Lebenszeichen. Man befürchtet, daß alle Verschütteten tot sind. Die im Schacht Begrabenen sind größtenteils Verblühten.

Ein späteres Telegramm meldet, daß keine Hoffnung vorhanden sei, die in der Grube der Harwick-Coal-Company verschütteten Arbeiter, deren Zahl 184 beträgt, noch zu retten.

Feuer in der Turiner Universitäts-Bibliothek. Der Draht meldet aus Turin: Dienstagmorgen entstand in der hiesigen Universitäts-Bibliothek eine große Feuersbrunst, durch die fünf Säle abbrannten.

Dreißig Arbeiter beim Bahndamm erschuld. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich bei Dombrowa. Die Erbauer der Zweigbahn Jablowitz-Mortimer ließen Schlade von der Schladehalde der Paulinenhütte nach dem neuen Bahnhofs abfahren. Dabei löste sich plötzlich eine Schlade an und begrub dreißig Arbeiter unter sich. Nach zweifelhafte angestrengter Rettungsarbeit wurden sieben Leichen herausgeschafft. Die Vergungsarbeiten werden fortgesetzt.

Wer hat den Theaterbrand in Chicago verschuldet? Nach Vernehmung von gegen 100 Zeugen über den Brand des Proquois-Theaters hat das Gericht die Verantwortlichkeit für das Unglück den Erbauern und der Leitung des Theaters zugesprochen. Die Untersuchung ergab, daß das Gebäude bei der Eröffnung des Theaters noch nicht fertig war, und daß die Ausgänge überall verschlossen waren. In dem Gerichtsbeschluß wird empfohlen, die Bühnenscenerien und die Ausstattung feuerfester zu machen. Ein ausgezeichnete Rat, nachdem 700 Menschen elend umgekommen sind.

Ueber die Laboratoriumspest in Petersburg wird der „Frankf. Zeitung“ aus Petersburg gemeldet: Kurzer dem Leiter des Laboratoriums der kaiserlichen Anstalt für Versuchsmethoden Wisniewskij sind auf dem Fort Alexander I noch zwei Feldscherer an Pest erkrankt.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 27. Januar 1904. Etwas wärmer, zeitweise aufklarend, aber veränderlich mit geringen Niederschlägen und mäßigen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterdienst.

